

Nachlaß

Hermann Heimerich

Zugang: 24/1972

331

Verzeichnis der Korrespondenzpartner

Ranz, , Rechtsanwalt , *Hamburg*

Reichert, Ludwig, Dr., Bürgermeister, Ludwigshafen

Remmele, Adam, Dr.h.c., Freiburg/Hamburg

Reuß, Ingo, Dr., Wirtschaftsschriftsteller in Schriftleitung "Die Welt",
Hamburg

Riedel, Paul, Beigeordneter, Mannheim, [Demokratische Volkspartei, Mannheim]

Rittershausen, Heinrich, Professor, Frankfurt

Rossmann, Erich, Intendant a.D. des Süddeutschen Rundfunk Stuttgart

Samstag, Wilhelm, Dr.iur., Schlüchtern

Schulz-Frey, Werner, Dr., Freiburg
(Schweizer Verein "Helvetia", Mannheim)

Sommer, *Jakob*, Stadtrat, Mannheim

Sonnen, Werner, Dr.iur., Birkenau

SPD (Der Stadtrat zu Nürnberg) [Professor Dr.Schulz]

Steingroever, E. , , Berlin

Stiefel, Ernst C., Dr., [Rechtsanwalt] , *New York*

Strahinger, W. , Dipl.Ing., Direktor der Hessischen Elektrizitäts A.G., Darmstadt

Swart, *Hugo*, Dr., Oberbürgermeister, Heidelberg

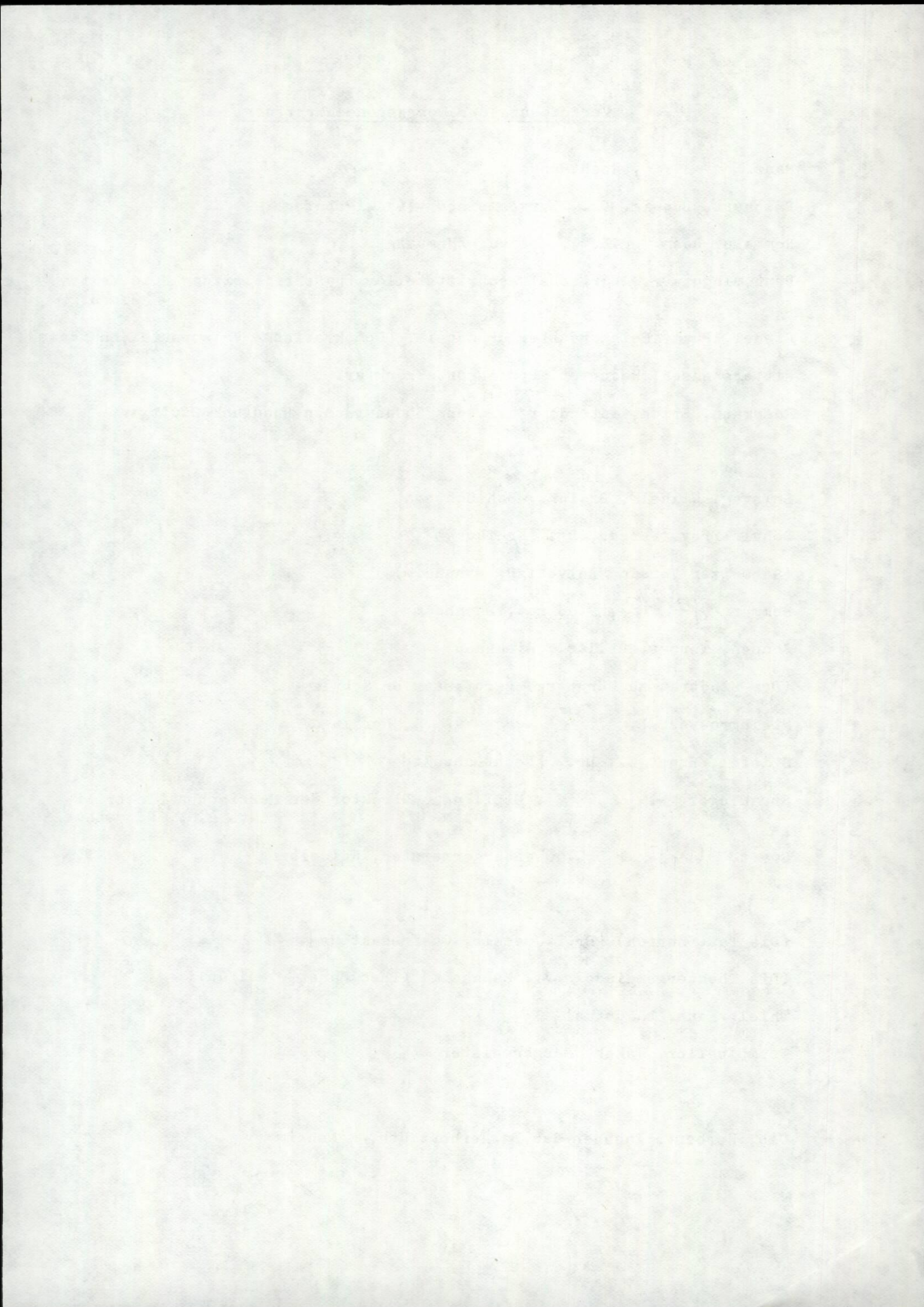
(Die Tat, Zürich) [Dr.E.Jaeckle, Chefredakteur]

(Die Theatergemeinde e.V., Mannheim) [Theo Maret] Mai/Juli

Thiel, Hans, Landstuhl

Trumpfheller, Jakob, Bürgermeister

Uth, Herbert, Inhaber der Fa.Herbert Uth, Mannheim



Verzeichnis der Korrespondenzpartner

Veith, Hermann, Dr., Wirtschaftsminister, Stuttgart

Veith, Werner, Dr., Rechtsanwalt, *Stuttgart*

(V f R Mannheim)

Wächter, Georg, Hauptlehrer, München

[Waldschule, Mannheim]

Walter, Friedrich, Dr., Professor, Heidelberg

Walz, Ernst, Dr., Senatspräsident beim Württemberg-Badischen Verwaltungs-
gerichtshof, Heidelberg

Weber, Alfred, Dr., Professor, Heidelberg

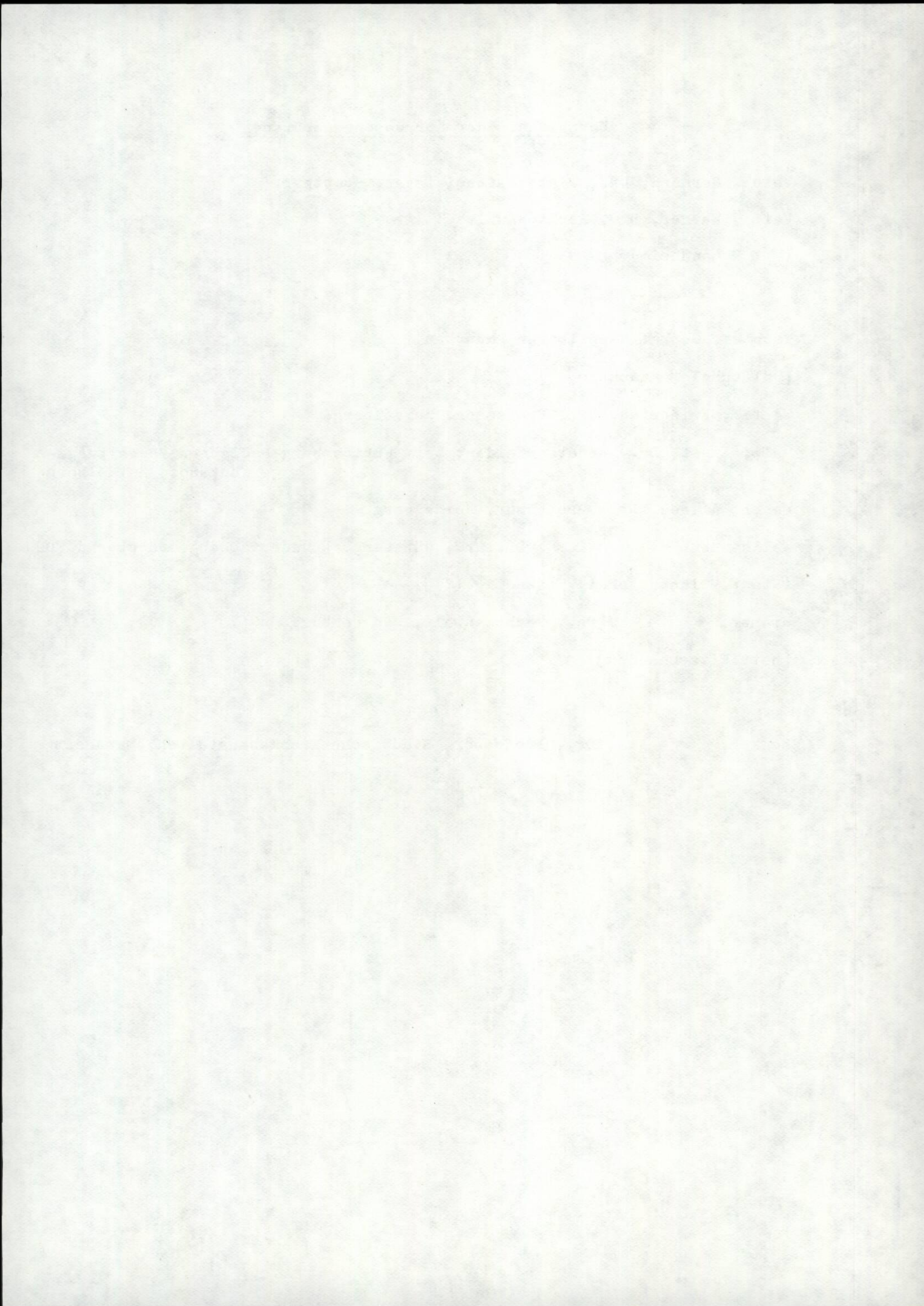
Wellhausen, H. , Dr.iur., Nürnberg, [Bundestagsabgeordneter d.FDP]

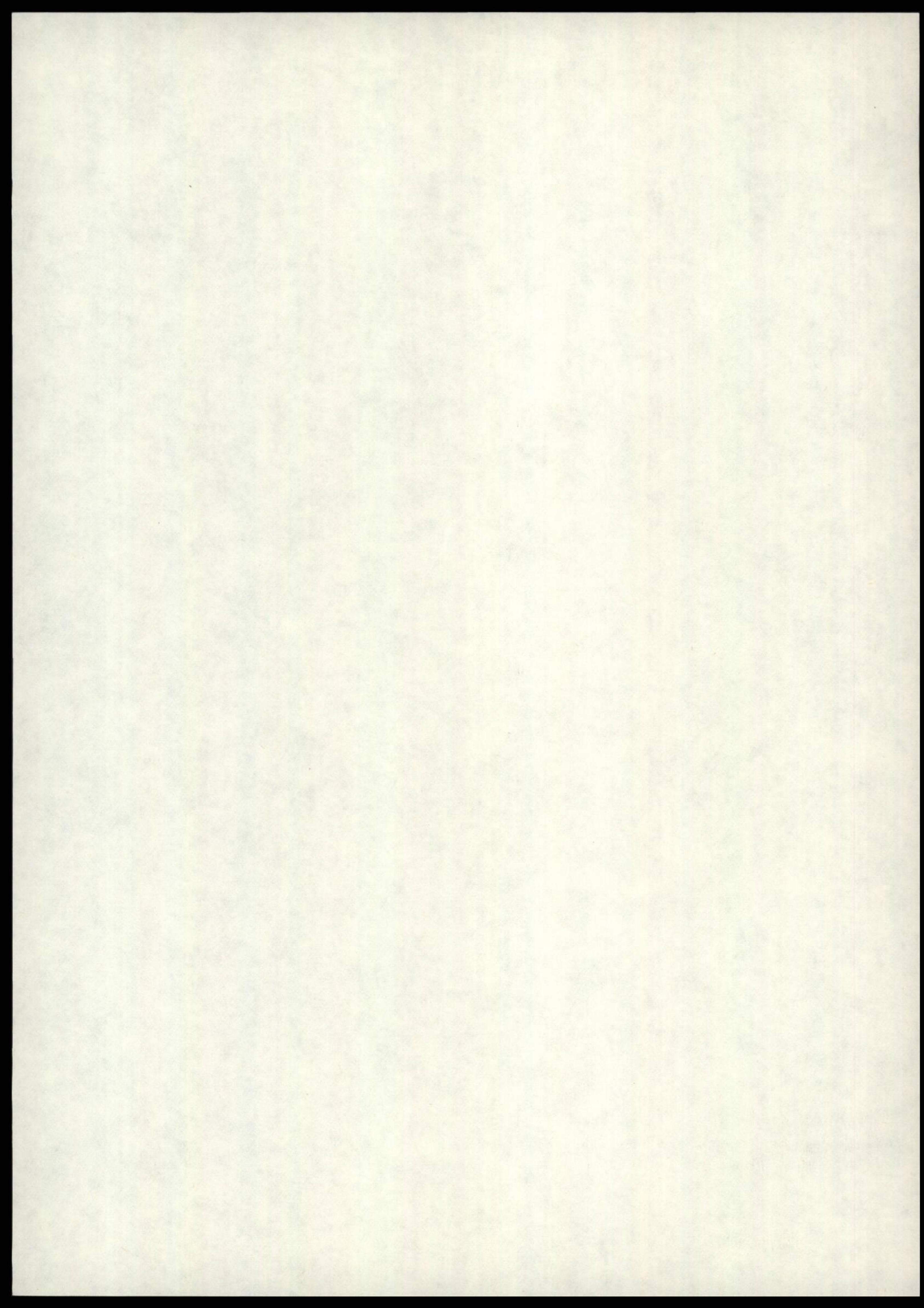
(Städt.Volksbücherei), [Wendling (?)]

Wicher, , Dr., Rechtsanwalt, Bad Homburg

[betr.Witzenhausen]

Zenker, , Dr., Professor, Städtische Krankenanstalten, Mannheim





9. November 1949

Sehr geehrter Herr Kollege Ranz !

Besten Dank für Ihre freundlichen Glückwünsche zu meiner Wiederwahl in Mannheim. Ich bin nur auf vieles Drängen und weniger auf eigenen Antrieb wieder nach Mannheim gegangen. Aber nun macht mir die kommunale Arbeit und Stadtgestaltung doch wieder Freude.

Aus der Anwaltschaft habe ich mich nur in beschränktem Umfang zurückgezogen. Ich bleibe der Hauptherausgeber des "Betriebs-Beraters" und bleibe auch mit meiner Kanzlei, die von den Kollegen Dr. Otto und Dr. Becker-Bender weitergeführt wird, in einer gewissen Verbindung. Auch bleibe ich Mitglied des Mannheimer Anwaltvereins.

Ich war als Anwalt sehr glücklich und werde diese Zeit nie vergessen.

Ich hoffe, Sie gelegentlich wieder zu sehen und bin einstweilen

Ihr ergebener

B. H.

Herrn

Rechtsanwalt R a n z,

Hilfskasse

Deutscher Rechtsanwälte,

-24a- H a m b u r g 36

Postschließfach 52

9. Nov. 1949

Herrn

Oberbürgermeister Dr.Dr. h.c. H e i m e r i c h

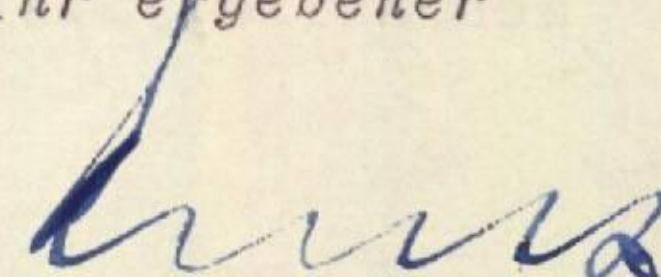
(17a) M a n n h e i m

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich !

Gestatten Sie auch mir, Ihnen zu der Übernahme Ihres alten Amtes als Oberbürgermeister der Stadt Mannheim meine aufrichtigen Glückwünsche zu sagen. Mit dem Mannheimer barreau wird es die gesamte deutsche Anwaltschaft schmerzlich bedauern, dass Sie damit aus ihren Reihen ausscheiden. Aber ich glaube doch, dass die Freude und die Genugtuung darüber überwiegt, dass Sie jetzt in Ihr altes Amt zurückgekehrt sind. Und dessen kann die Anwaltschaft wohl gewiss sein, dass Sie ihr Ihr Interesse und Ihre Verbundenheit stets bewahren werden.

Mit verbindlicher Empfehlung bin ich

Ihr ergebener


Rechtsanwalt Ranz

23. Sep. 1949

Dr. LUDWIG REICHERT

Bürgermeister

Dr. Rei/Gr.

② Ludwigshafen a. Rh., den 20.9.1949.

~~Kiststraße 121x~~ 483

Tel. Nr. 2821/4p. 625 u. 432 (Wohnung)

Stadthaus Wittelsbachstr.

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Dr. H e i m e r i c h
M a n n h e i m

*Hei/Gr. am
Empfang*

Uh.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bestätige den Empfang
der Abschrift Ihres Briefes an die "Rhein-Neckar-Zeitung" und
danke Ihnen verbindlichst, dass Sie so mutig und entschieden für
das Pfälzorchester eingetreten sind.

Ich hatte bisher den Eindruck, dass die "Rhein-Neckar-Zeitung"
für den Südweststaat einschliesslich Pfalz eingestellt sei und
hätte ihr deshalb die Publikation derartig engstirniger und klein-
licher Auffassungen garnicht zugetraut. Es ist auch möglich, dass
es sich um eine Extratour eines Lokalredakteurs handelt, der aus
irgendwelchen Gründen sich Interessentenwünsche dienstbar machte.
Hoffentlich bewirkt Ihr Schreiben, dass in Zukunft wenigstens
Artikel dieser Art unterbleiben. Die anscheinend gegen das Pfälz-
orchester bestehende Animosität wird erst durch weitere Aufklärungs-
arbeit ausgeräumt werden können.

Ich verbleibe mit besten Grüßen

Ihr ergebener

M. Reicher

20.9.1949.

xxxxxx 483

Stadthaus Wittenbachstr.

Dr. Reil/Gr.

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Dr. Heimrich
Mannheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ich bestätige den Empfang
der Abschrift Ihres Briefes an die "Rhein-Neckar-Zeitung" und
danke Ihnen verbindlich, dass Sie so mutig und entschieden für
das Philharmonische Orchester eingetreten sind.

Ich hatte bisher den Eindruck, dass die "Rhein-Neckar-Zeitung"
für den Südweststaat einschliesslich Pfalz eingestellt sei und
hatte ihr deshalb die Publikation derartig eingeschränkt und klein-
licher Aufzählungen gar nicht zugeordnet. Es ist auch möglich, dass
es sich um eine Extratur eines Lokalredakteurs handelt, der aus
irgendwelchen Gründen sich Interessenwünsche dienstbar machte.
Hoffentlich bewirkt Ihr Schreiben, dass in Zukunft wenigstens
Artikel dieser Art unterbleiben. Die anstehende gegen das Phil-
harmonische Orchester bestehende Animosität wird erst durch weitere Aufklärungs-
arbeit ausgeräumt werden können.

Ich verbleibe mit besten Grüßen

Ihr ergebener

1. November 1949

Lieber Genosse Remmele !

Besten Dank für Ihre Zeilen vom 28. v.M. Ich bedauere sehr, daß Sie in Freiburg gleich das Krankenhaus aufsuchen mußten und daß Ihnen vielleicht eine Operation bevorsteht. Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihre völlige Wiederherstellung und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß wir Sie dann einmal in Mannheim begrüßen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr

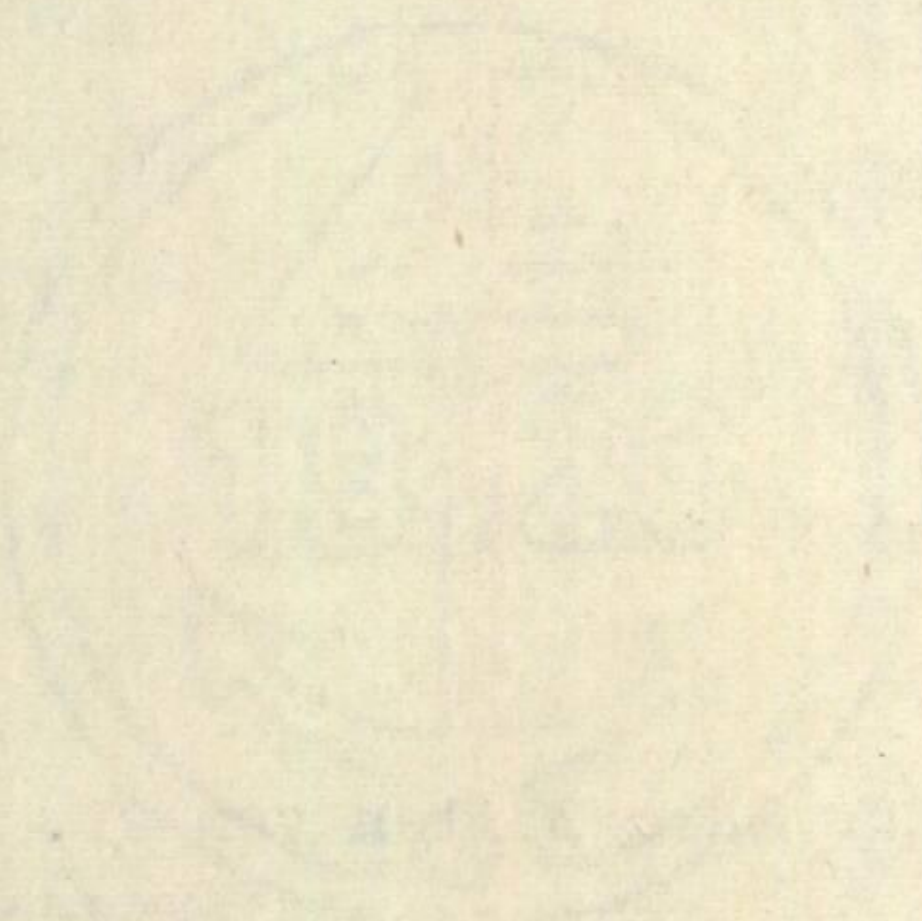
54.

Herrn

Dr.h.c. Adam Remmele,

F r e i b u r g i.Br.

z.Zt. Med. Universitätsklinik



ADAM REMMELE, Dr. h. c.

29. Okt. 1949

Freiburg i.Br. 28.10.49

~~(24a) HAMBURG 24. den~~

~~- HAMMERLANDSTR. 38 -~~

z.Zt. Med. Universitätsklinik

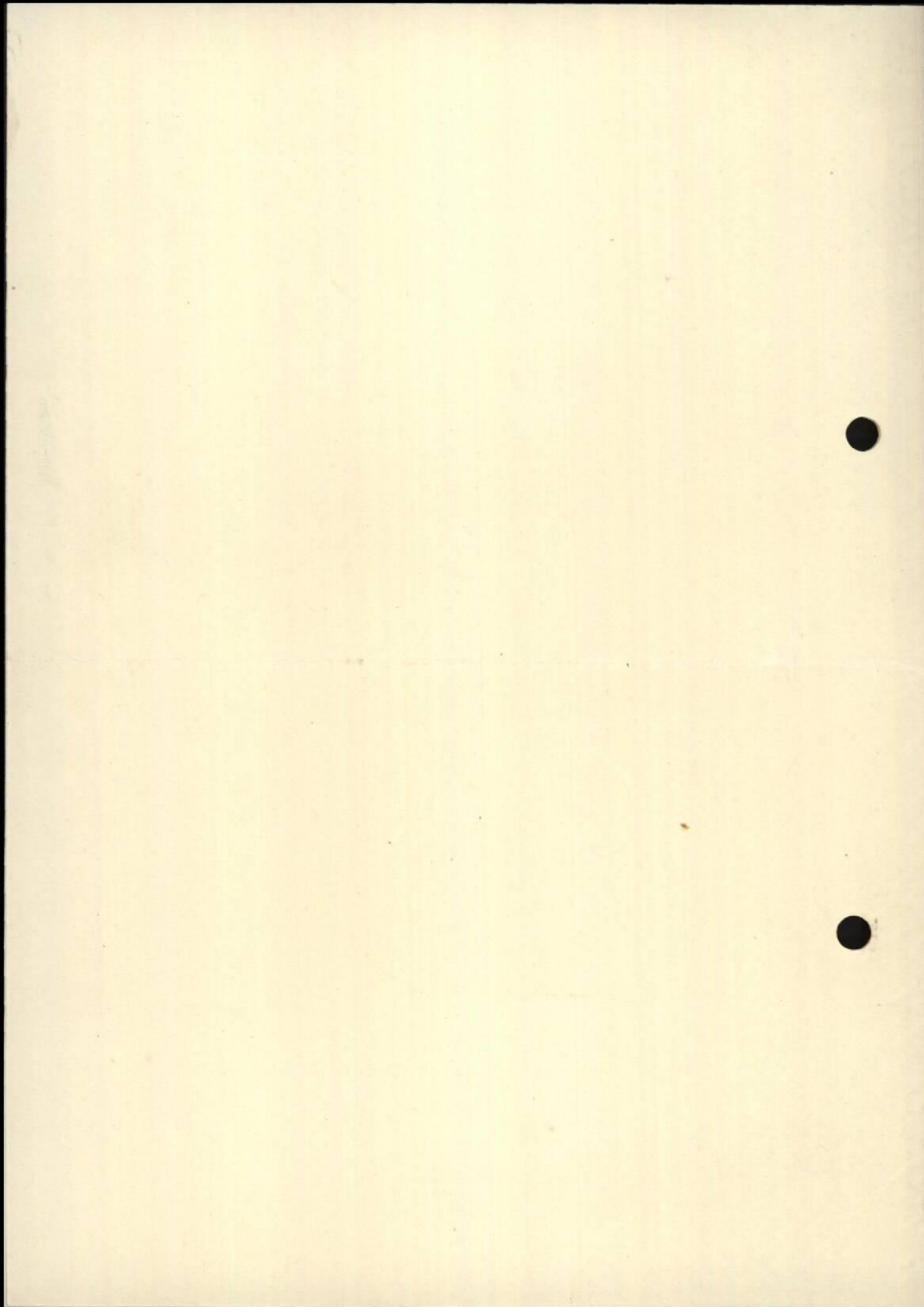
H

Werter Genosse Heimerich!

Vielen Dank für die mir übersandte Lektüre.
Sie leistet mir in meiner Seelennot grosse
Dienste. Blutarmut und deren Folgen nötigten
mich, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.
Sie läuft auf eine Magenoperation hinaus.
In etwa zwei Wochen soll sich entscheiden,
was werden soll mit mir.
Einstweilen

freundliche Grüsse!

Remmle



25. Okt. 1949 Freiburg i. Br. 22.10.49

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Seit dem 12. d.Mts. habe ich mich in Freiburg
sesshaft gemacht. Sobald ich mich hier etwas ein-
gelebt habe, werde ich mir erlauben, Ihnen einen
Besuch zu machen.

Mit freundlichen Grüßen!

Reumelt

Absender: Adam Remmele
(Vor- und Zuname)

Freiburg i. Br.

Lambertusstrasse

Wohnort, auch Zustell- oder Leitpostamt

12

Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk oder Postschließfachnummer;
bei Untermietern auch Name des Vermieters

Postkarte

Herrn

Oberbürgermeister Dr. Dr.

Heimerich

Mannheim

Rathaus

Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk oder Postschließfachnummer;
bei Untermietern auch Name des Vermieters



ADAM REMMELE, Dr. h. c.

25. Sep. 1949

(24a) HAMBURG 24, den 4. 9. 1949
HAMMERLANDSTR. 38

Herrn

Oberbürgermeister Dr. Dr. Heimerich

M a n n h e i m

Rathaus

Werter Genosse Heimerich!

Ich danke Ihnen bestens für die Überlassung Ihres Amtsblattes mit dem Bericht über Ihre Amtseinführung. Sie haben bei dieser Gelegenheit eine klug abgewogene Rede gehalten, von der man nur wünschen kann, dass sie allseits eine nachhaltige Beachtung findet.

Es ist mein aufrichtiger Wunsch, dass Sie in Ihrem neuen Amt volle Befriedigung finden. An Ärger und Verdruss wird es bei Ihrer Amtsführung ja nicht fehlen, hoffentlich aber auch nicht an sichtbaren Erfolgen, an denen man den Masstab dafür anzulegen pflegt, ob man auf dem richtigen Platz steht. Es kommt nicht darauf an, was die Masse

Mensch von einem hält, sondern darauf, ob man ihr den Meister zu zeigen imstande ist. Die "Reife des Lebens" und ein "wenig Weisheit" sind sicherlich so wertvoll wie die "Jugendkraft", und ich füge Ihren Worten hinzu, weit, weit wertvoller! Porzellan zu zerbrechen ist keine Kunst, was dem "Ungestümen" leichter passiert als dem gereiften Mann. So, und nun Gott befohlen!

In den Oktobertagen verziehe ich nach Freiburg in der Hoffnung, dass ich in meinem engeren Vaterland noch einige geruhsame Jahre verleben darf.

Ich verbleibe mit herzlichsten Grüßen

in alter Freundschaft!

Sturm

Stadt. Pressestelle.

Mannheim, den 2. September 1949.

Stadt Mannheim
Hauptverwaltung

Eing. - 3. SEPT. 1949

Zweckverband -

betr.

Aktenvermerk.

Gelegentlich der Pressevorbesprechung der "SÜHOGA" äusserte Dr. Ingo Reuss, der Wirtschaftsschriftleiter der "Rheinpfalz" und Mitarbeiter der Hamburger Zeitung "Die Welt", den Wunsch, Herrn Oberbürgermeister Dr. Heimerich über Fragen des Südweststaates und des Zweckverbandes Mannheim - Ludwigshafen zu interviewen. Es wird daher um Festlegung eines Zeitpunktes gebeten, an dem Dr. Reuss hier vorsprechen kann.

Stadt. Pressestelle.

An den

Herrn Oberbürgermeister.

Wilmsh
H. & M. Reuss hat heute
vorgesprochen 15/9.49

best.

Westverbindung -

Westverbindung

1. 1. 1951

Stettin

Stettin

31. August

49

Herr Oberbürgermeister Dr. Heimerich läßt Ihnen mitteilen, daß er Ihnen am Samstag, den 3. September - vormittags - zur Verfügung steht. Zeit: etwa 9.30^h.

Hochachtungsvoll

Herrn

Dr. Ingo Reuß,

Speyer a/Rhein

Prinzluitpoldstr. 4

Gnab

*H. Dr. Reuß teilt mit, daß er am
3.9. nun doch verhindert sei & bittet um
Mitteilung eines neuen Termins.*

2/9.9

Mannheim, den 30. August 1949

Mannheim, den 27. August 1949

Herr Oberbürgermeister !

Herr Dr. Reuß von der Zeitung "Die Welt" bittet, Sie einmal wegen des Zweckverbandes interviewen zu dürfen. Es wäre ihm angenehm, wenn Sie ihm einen Termin an den Tagen Dienstag, Donnerstag, am liebsten allerdings an einem Samstag, nennen würden, zu dem er bei Ihnen vorsprechen kann.

La

Im

Mannheim, den 27. August 1942

Herr Oberbürgermeister!

Herr Dr. Reus von der Zeitung "Die Welt" bittet, Sie einmal wegen des Zweckverbandes interviewen zu dürfen. Es wäre ihm angenehm, wenn Sie ihm einen Termin an den Tagen Dienstag, Donnerstag, am liebsten allerdings am einem Samstag, nennen würden, zu dem er bei Ihnen vorsprechen kann.

2. Juli 1949

Dr.H./Kr.

Herrn

Beigeordneten Paul R i e d e l

M a n n h e i m

Rathaus

Sehr geehrter Herr Kollege Riedel!

Besten Dank für Ihren Brief vom 29. v.Mts. Ich bin sehr erfreut darüber, dass die Mitgliederversammlung der Demokratischen Volkspartei einstimmig beschlossen hat, sich für meine Kandidatur bei der Oberbürgermeisterwahl einzusetzen. Mittlerweile haben die Sozialdemokraten, wie ich gestern abend hörte, das Gleiche getan, und ich hoffe, dass auch die CDU nicht abseits stehen wird. So dürfte die breite Vertrauensbasis zustande kommen, die es mir ermöglichen soll, in fruchtbarer Weise mit der Arbeit in Mannheim wieder zu beginnen.

Sobald ich wieder im Mannheimer Rathaus bin, was wohl im Laufe der nächsten Woche der Fall sein wird, werde ich mir erlauben, Sie zu besuchen.

Mit den besten Grüßen
bin ich Ihr

(Dr.Heimerich)

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

1941

PAUL RIEDEL
Beigeordneter.

4/75
MANNHEIM, den 29. Juni 1949.
~~Moltkestrasse 33a~~

Herrn
Dr.Dr.h.c. Hermann Heimerich,
H e i d e l b e r g
Moltkestrasse 33a

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich !

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Demokratische Volkspartei Mannheim gestern in ihrer Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen hat, sich für Ihre Kandidatur bei der Oberbürgermeisterwahl einzusetzen. Aus Zweckmässigkeitsgründen halten wir es für richtig, daß wir mit dieser Stellungnahme erst an die Öffentlichkeit treten, wenn der Termin für die Einreichung von Bewerbungen abgelaufen ist. Wir wollen damit vermeiden, dass Sie von dritter Seite etwa als Parteikandidat angesprochen werden. Sollten allerdings bis zu diesem Zeitpunkt interfraktionelle Besprechungen stattfinden, werden wir uns gemäss Beschluss der Mitgliederversammlung ohne Einschränkung dafür einsetzen, dass Sie als gemeinsamer Kandidat der Mannheimer Parteien betrachtet werden.

Es wäre uns sehr erwünscht, wenn wir uns nach Abschluss der Einreichungsfrist mit Ihnen über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Propagierung Ihrer Kandidatur unterhalten könnten.

Mit bestem Gruss

Paul Riedel

Verfahren, den 22. Juni 1912.

AN DER
K. K. OBER-
RECHTSANWALTSCHAFT
IN WENNAU

Herrn
K. K. OBER-RECHTSANWALT
IN WENNAU
ZU ERLEDIGEN
HOLZSCHEN Gasse 12

Sehr geehrter Herr O. R. A.!

Ich habe Ihnen heute, nach der Besprechung mit dem
K. K. O. R. A. in Wien, die Beschlüsse der Verwaltung
mitgeteilt, nach der das Oberbürgermeisteramt ein-
gesetzt. Die Beschlüsse sind Ihnen mitgeteilt worden,
wie mit dieser Stellungnahme erst in die Öffentlichkeit
der Termin der Einreichung von Beweisen abgehandelt ist.
Ich habe Ihnen mitgeteilt, dass die von Ihnen
eingereichten Beweise nicht angenommen werden können.
Ich habe Ihnen mitgeteilt, dass die von Ihnen
eingereichten Beweise nicht angenommen werden können.
Ich habe Ihnen mitgeteilt, dass die von Ihnen
eingereichten Beweise nicht angenommen werden können.

Ich habe Ihnen mitgeteilt, dass die von Ihnen
eingereichten Beweise nicht angenommen werden können.
Ich habe Ihnen mitgeteilt, dass die von Ihnen
eingereichten Beweise nicht angenommen werden können.

Ich habe Ihnen mitgeteilt, dass die von Ihnen
eingereichten Beweise nicht angenommen werden können.
Ich habe Ihnen mitgeteilt, dass die von Ihnen
eingereichten Beweise nicht angenommen werden können.

HEINRICH RITTERSHAUSEN
Prof. a. d. Universität

Emil. 378
(16) Frankfurt a. M.-21, den 28.8.49
Im Burgfeld 138
Telefon: 2 48 24

Ug. Gruppe in Neustadt
Bin leider morgen
in Frankfurt, würde aber
Prof. R. gerne bald
sprechen.

Ab morgen für 3 Tage:
Neustadt a.d. Haardt, 3265,
Fa. Imbeg, oder Hotel Müller-
Pressler in Haardt.

31.8.

Lieber Herr Oberbürgermeister,

6 nach meiner grossen Freude, Sie wieder gesehen
zu haben, komme ich am Donnerstag ¹³ gegen 14 Uhr wieder durch
Mannheim. Hätten Sie an diesem Mittag oder Nachmittag eine kurze
Zeit zu einer Besprechung? Ich kann mich in Bezug auf meine
anderen Verpflichtungen ganz nach Ihnen richten. Zutreffenden-
falls wäre ich telefonisch für hinterlassene Nachrichten in
Neustadt und Haardt (s.oben) leicht erreichbar. Ich bin nicht
immer anwesend, weil ich Vormittags Vorträge an der Verwaltungs-
akademie Speyer zu halten habe.

Mit verbindlichen Grüßen

ganz Ihr

Rittershausen

13. Sept. 1949

Sehr geehrter Genosse Rossmann!

Besten Dank für die Übersendung Ihrer Rede vor dem Rundfunkrat am 8. Aug. 1949, die mich ausserordentlich interessiert hat.

Ich hoffe, dass Sie nach so langem verdienstvollem Wirken wieder eine neue, Sie befriedigende Tätigkeit finden.

Als kleine Gegengabe erlaube ich mir, einen Abdruck meiner Antrittsrede und ferner eine Rede zu überreichen, die ich am 7. Sept. 1949 aus Anlass des ersten Zutritts des Bundestags vor den oberen Klassen der höheren Schulen gehalten habe.

Mit den besten Grüßen
verbleibe ich Ihr

Lh.

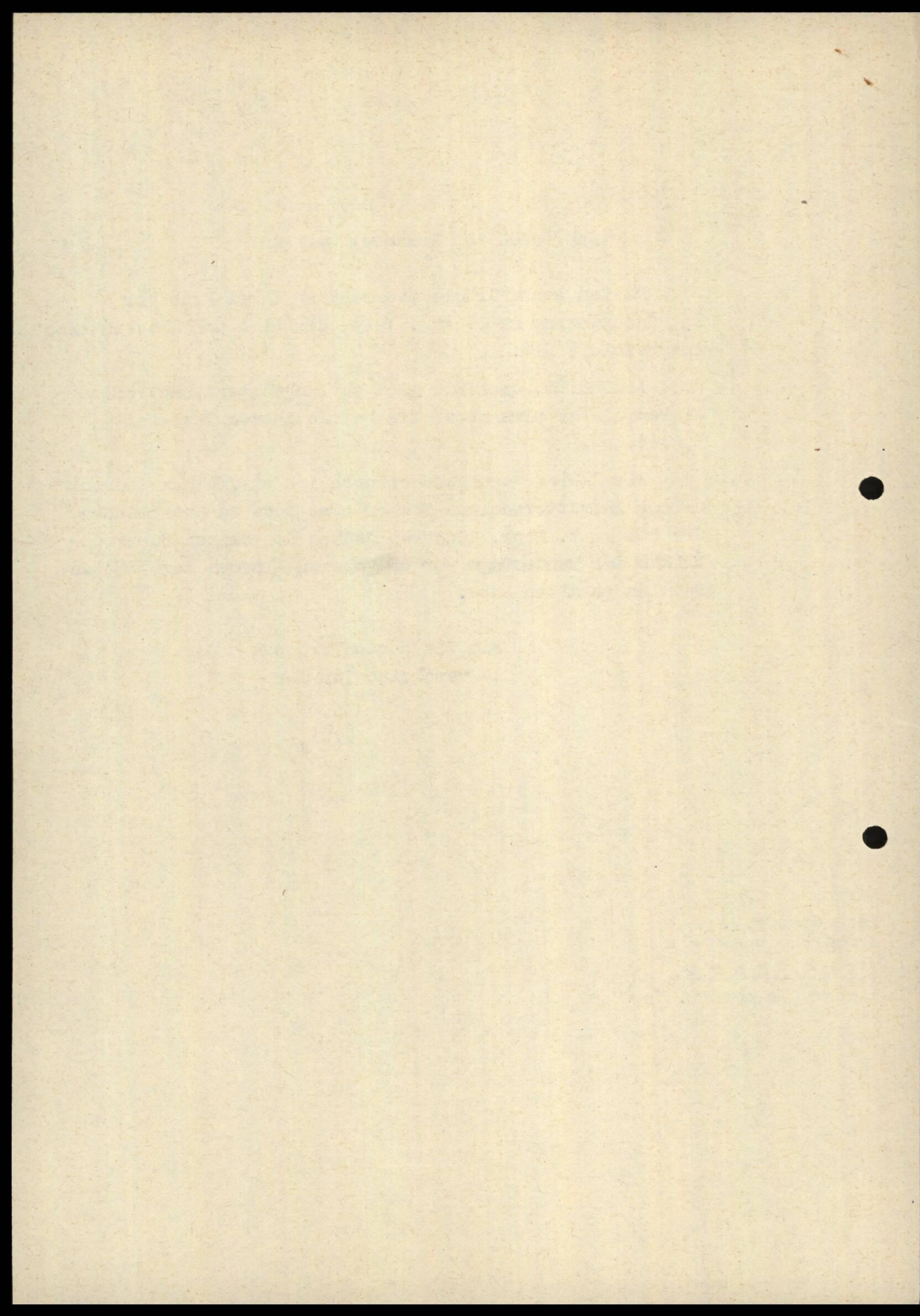
Herrn

Intendant a.D.

Erich Rossmann

Stuttgart

Richard Wagnerstr. 10



Kommuniqué des Rundfunkrats über seine Sitzung
vom 25.8.1949.

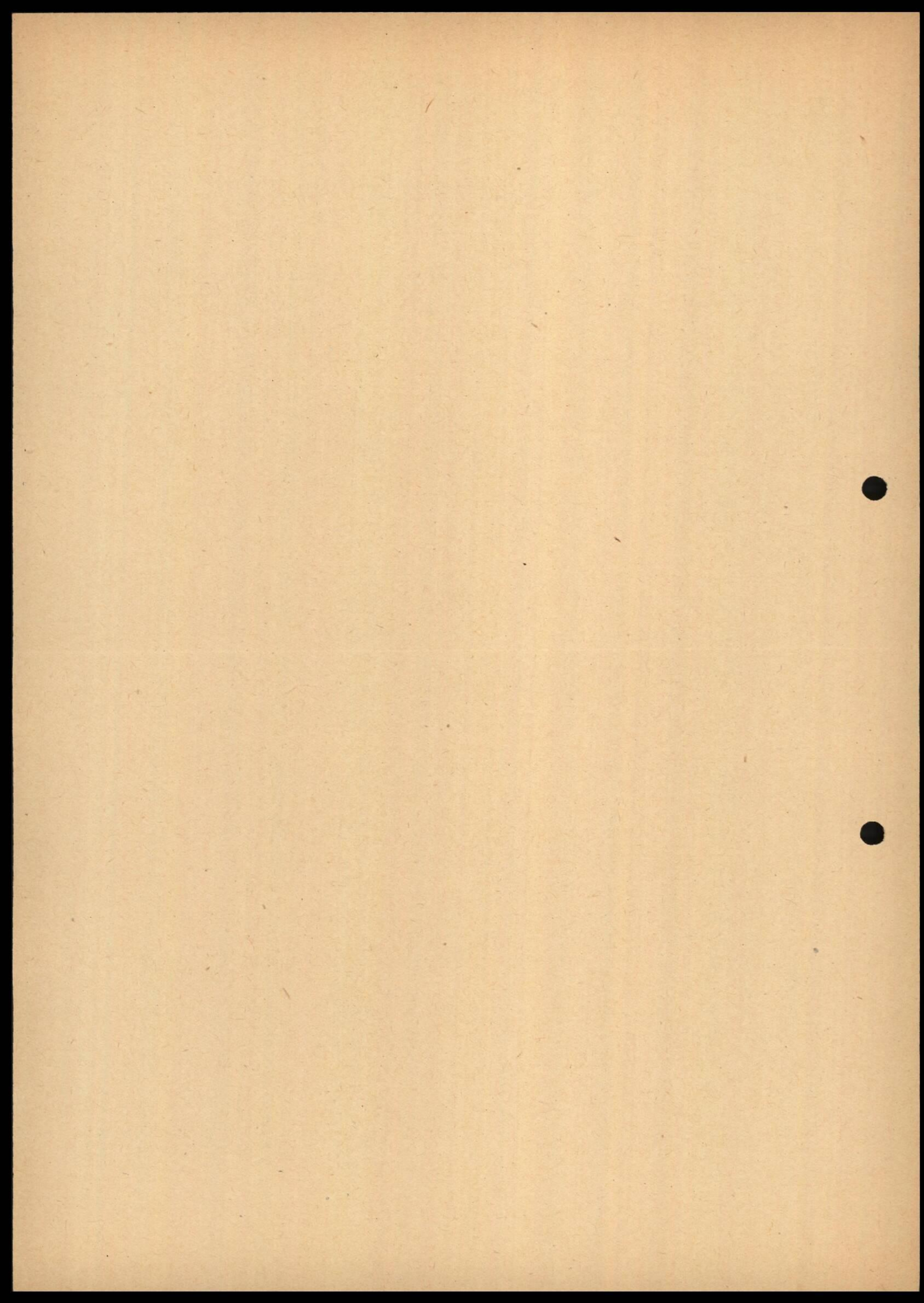
"Der Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks hat in gemeinsamer Sitzung mit dem Verwaltungsrat heute die Entscheidung des in der Sitzung vom 8.8.1949 gewählten Intendanten Herrn Dr. Hohner entgegengenommen. Herr Dr. Hohner hatte sich seinerzeit eine Bedenkzeit für die Annahme der Wahl ausbedungen. Da Dr. Hohner sich nur bereit erklären konnte, das Amt für 6 Monate anzunehmen, ohne Bindungen für eine längere Zeit eingehen zu können, entschied der Rundfunkrat, dass die Voraussetzungen der Wahl auf 3 Jahre nicht erfüllt seien. Dr. Hohner hat infolgedessen auf die Annahme der Wahl verzichtet.

In Voraussicht einer solchen Entwicklung war der Verwaltungsrat an den bisherigen Intendanten, Herrn Erich Rossmann, mit der Frage herangetreten, ob er bereit wäre, sich durch den Rundfunkrat auf ein bis zwei Jahre in seinem Amt bestätigen zu lassen. Herr Erich Rossmann hat in einem Schreiben an den Verwaltungsrat gebeten, von diesem Vorschlag Abstand zu nehmen.

Der Rundfunkrat wählte alsdann mit 17 Stimmen bei 6 Enthaltungen Herr Dr. Fritz Eberhard zum Intendanten des Süddeutschen Rundfunks unter den folgenden Bedingungen:

1. dass Dr. Eberhard aus dem Staatsdienst ausscheidet
2. dass er sein Landtagsmandat niederlegt
3. dass er auf seine Eigenschaft als Herausgeber einer Zeitschrift verzichtet
4. dass er sein neues Amt spätestens am 1. September 1949 antritt.

Der Verwaltungsrat wurde beauftragt, unter Berücksichtigung dieser Bedingungen mit Herrn Dr. Eberhard unverzüglich den Anstellungsvertrag abzuschliessen."



10. Sep. 1949

A u s z u g

aus der Rede des Intendanten Erich Rossmann
vor dem Rundfunkrat am 8. August 1949.

Im Jahre 1902 kam ich nach Stuttgart. Die Stadt und das Land wurden mein Schicksal. Noch ehe ich geistig und politisch eine fertige Persönlichkeit war, schlug mein Wesen hier Wurzeln - so fest, dass ich nicht mehr los kam. Es war etwas Unruhiges in meiner Seele. Sie suchte nach einer anderen Betätigung als der Handel und das Gewerbe, so sehr ich auch meine praktischen Kenntnisse auf diesem Gebiet in den mannigfachsten Positionen und namentlich während der Bedrängnis durch das Dritte Reich, zu schätzen wusste.

Schon im Jahre 1905, noch nicht 21 Jahre alt, ging ich zum Journalismus. Es gibt in unserem Kreise noch einen Mann, der hieran die Mitschuld trägt und der genau berichten könnte, wes Geistes Kind ich bin. Es ist unser verehrter Landtagspräsident Wilhelm Keil, mit dem ich seit 45 Jahren geistig, politisch und beruflich aufs Engste verbunden bin. Es war die Zeit vor dem ersten Weltkrieg, für die meisten heute schon beinahe eine Sage. Ich war Sozialdemokrat und ich bin stolz auf diese Tatsache. Ich habe ein Gefühl tiefer Dankbarkeit gegenüber meiner Partei, ohne deren Resonanz, ohne die Gelegenheit, die sie mir, dem Arbeiterkinde, gab, es nicht möglich gewesen wäre, langsam aber stetig mir die Fähigkeiten zur Bekleidung öffentlicher Ämter von hoher Bedeutung anzueignen.

Es ist ein beliebtes, aber wenig geistreiches und noch weniger vornehmes Mittel, aus diesem Anlass einen Menschen als einen gelernten Parteimann hinzustellen. Was heisst das überhaupt? Soweit man damit Engherzigkeit, fanatische Einstellung zu allen Fragen des Lebens meint, so ist zu sagen, dass eine solche Charakterisierung mein Wesen nicht treffen würde.

Der gelernte Parteimann tut es für Menschen, die eine Wirkung auf das Ganze erzielen wollen, überhaupt nicht. Da muss hinzu kommen jene Aufgeschlossenheit zum Leben als solchem, das nicht identisch mit einer Partei ist, das zur Voraussetzung hat die engste Verwachsenheit mit dem Geist des Volkes, mit seinem religiösen, seinem literarischen, seinem künstlerischen, seinem philosophischen und seinem politischen Sein. Ich erhebe Anspruch darauf, als ein solcher Mensch zu gelten.

14

An den
Vorsitzenden des Verwaltungsrats
des Süddeutschen Rundfunks
Herrn Abgeordneten Josef Ersing
S t u t t g a r t
Heusteigstr. 45

23. August 1949

Sehr geehrter Herr Ersing,

Sie hatten die Liebenswürdigkeit, mir mitzuteilen, dass der Verwaltungsrat des Süddeutschen Rundfunks für den Fall eines negativen Ausgangs der Verhandlungen mit Herrn Dr. Hohner beschlossen hat, dem Rundfunkrat in seiner Sitzung am 25.8.1949 zu empfehlen, mich für eine verkürzte Dienstzeit in meinem Amt als Intendant zu bestätigen.

So sehr ich die Motive würdige, die den Verwaltungsrat zu diesem Vorschlag veranlasst haben und so dankbar ich für das Vertrauen bin, das damit bekundet wurde, glaube ich dennoch, dass ich es meiner Würde - und nach meinem Gefühl auch dem Rundfunkrat - schuldig bin, Sie zu bitten, von dem Vollzug dieses Beschlusses Abstand zu nehmen. Ich übersehe keineswegs, dass der Rundfunkrat durch eine unverantwortliche Überspielung bei der Intendantenwahl am 8.8.1949 in eine peinliche Lage geraten ist. Die Lage lässt sich aber nicht dadurch wiederherstellen, dass man auf die Person des bisherigen Intendanten zurückgreift.

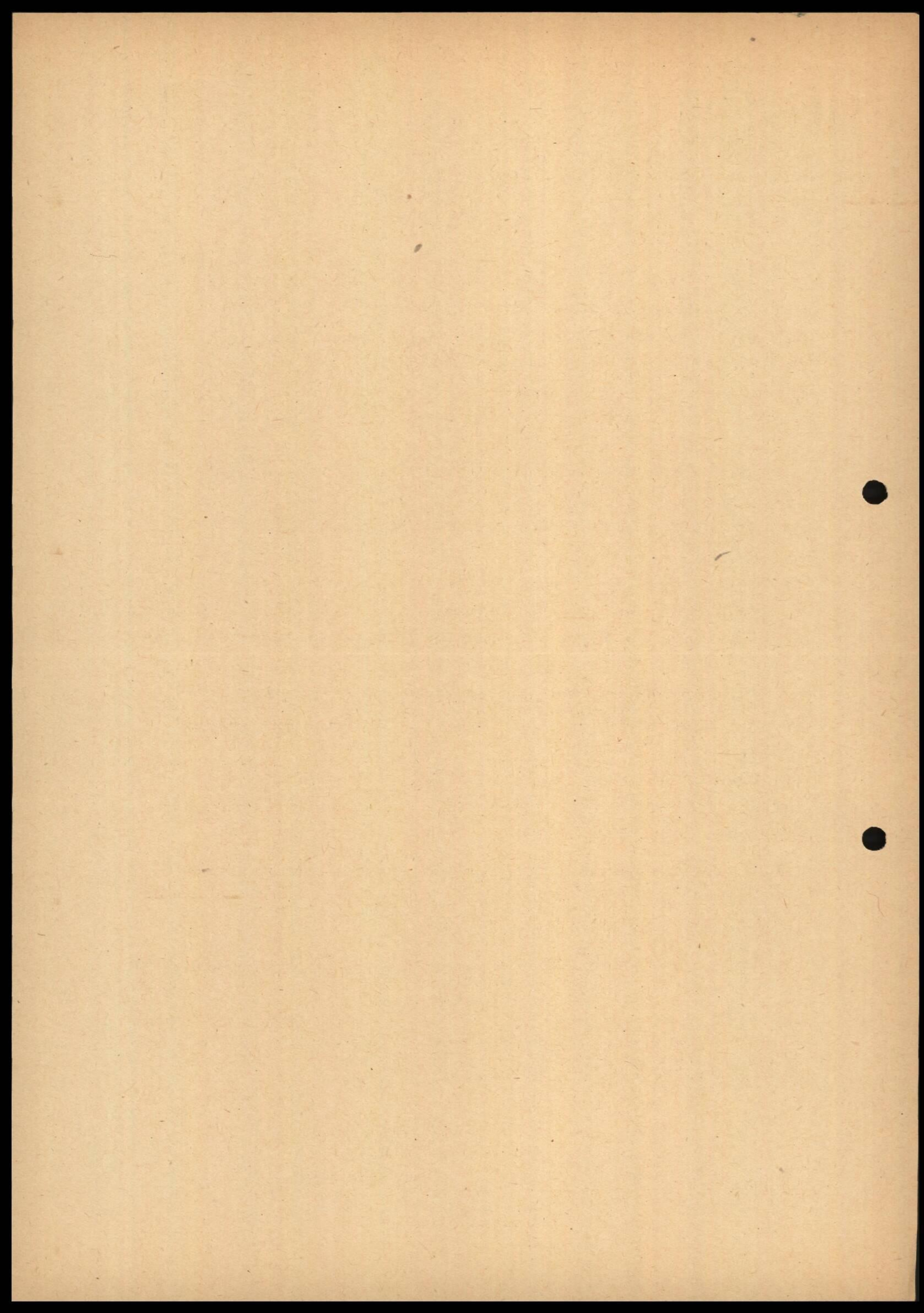
Meine Freunde und Mitarbeiter wissen, dass ich den Posten des Intendanten nicht aus materiellen Gründen für mich zu erhalten suchte. Sie wissen auch, dass ich es abgelehnt habe, in dieser Beziehung besondere Sicherungen für mich zu erbitten. Der Verlust meiner Stellung trifft mich daher in materieller Beziehung nicht, obwohl ich glaubte, nach der ehrenvollen Anerkennung meiner Leistungen, die mir vom Rundfunkrat und vom Verwaltungsrat schriftlich zuteil geworden ist, einen würdigeren Abgang verdient zu haben.

Mir lag ausschliesslich das Schicksal der Station, ihrer finanziellen, künstlerischen und politischen Interessen, am Herzen, die in einer schwierigen Übergangszeit einer verlässlichen und festen Führung bedürfen.

Seien Sie versichert, sehr geehrter Herr Ersing, dass ich bereit bin, meine Pflicht weiterhin zu tun bis die nicht durch mich verschuldete Intendantenkrise überwunden ist. Der Rundfunk wird insofern keine Stunde ohne Leitung sein. Ich bin überzeugt, dass der Süddeutsche Rundfunk unter Ihrer tatkräftigen Führung und mit Unterstützung des Rundfunkrats einer glücklichen Entwicklung entgegengeführt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Rossmann



Dr. Valentin G a a
Vorsitzender des Rundfunkrats
des Süddeutschen Rundfunks

Weinheim, den 9.8.1949.

Sehr verehrter Herr Rossmann !

Der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat des Süddeutschen Rundfunks fühlen sich gedrängt, Ihnen für Ihre aufopferungsvolle und pflichtbewusste Arbeit, die Sie für Radio Stuttgart geleistet haben, ihren aufrichtigen Dank auszusprechen. Sie wissen diese Ihre Leistung umsomehr zu schätzen, als Rundfunkrat und Verwaltungsrat sich der Schwierigkeiten und Hemmnisse, unter denen sich Ihre Arbeit bei den gegebenen Verhältnissen vollzog, voll bewusst sind. In der Geschichte des Süddeutschen Rundfunks wird Ihr Name als der eines Rundfunkpioniers in schwieriger Zeit unvergessen bleiben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr
gez. V. G a a

- - - - -

Charles S. L e w i s
Leiter der Rundfunkabtlg. der amerik. Mil. Reg. für Deutschland
und Fred G. T a y l o r ,
sein Vertreter in Württemberg-Baden

Stuttgart, den 11.8.1949.

Sehr verehrter Herr Rossmann !

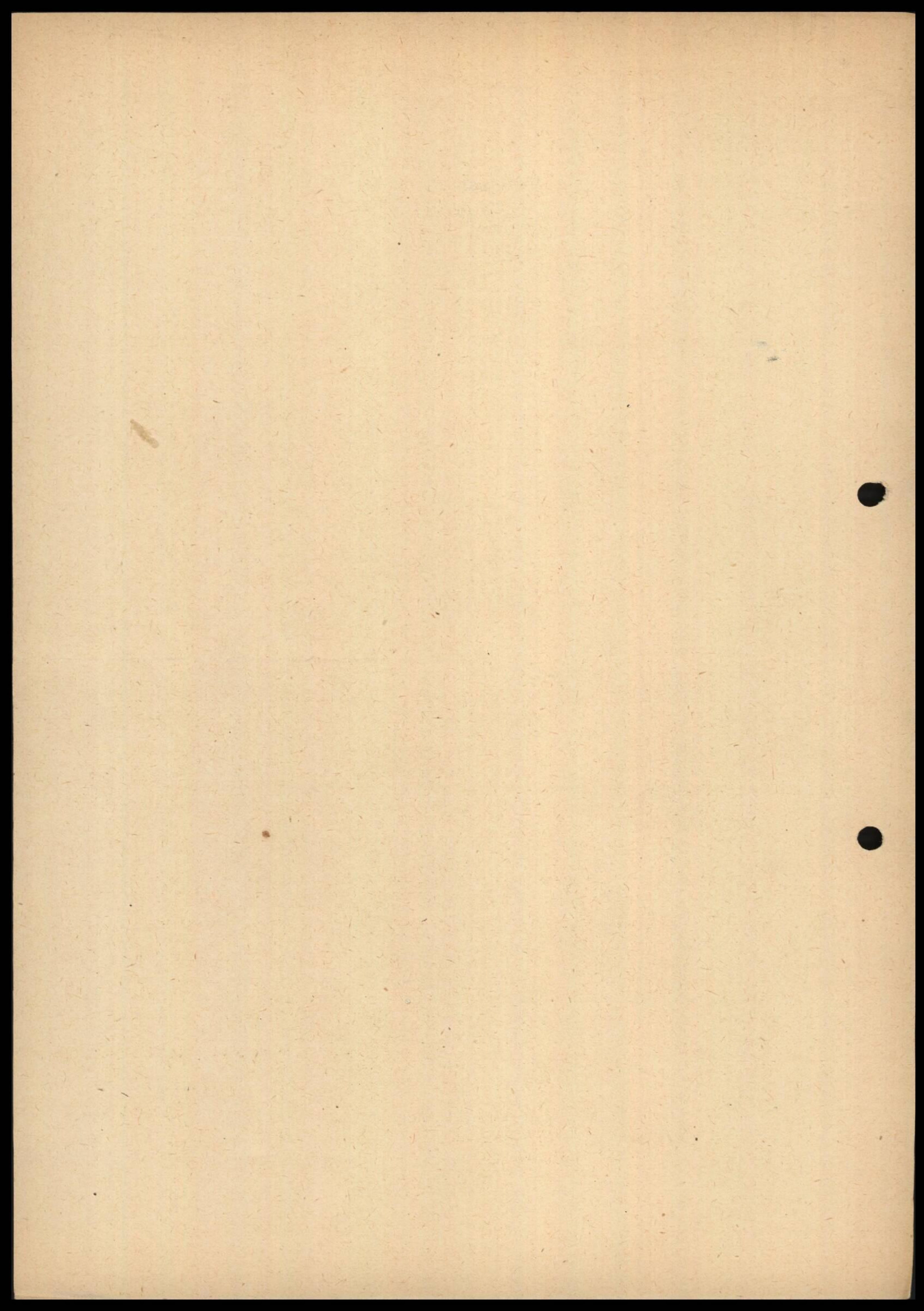
Die US-Militärregierung für Deutschland (OMGUS) und für Württemberg-Baden spricht Ihnen wärmsten Dank und grösste Anerkennung aus für Ihre einjährige Tätigkeit als Intendant von Radio Stuttgart. Ihre reife Persönlichkeit und Ihre Bescheidenheit, Ihre vorzüglichen Leistungen und Ihre korrekte Amtsführung waren stets über jeden Zweifel erhaben. In zunehmendem Masse erwarben Sie sich unser höchstes Vertrauen und erwiesen sich als ein Mann, der die vielseitigen und schwierigen Aufgaben der Führung einer Rundfunkstation im Nachkriegsdeutschland in vorbildlicher und bester demokratischer Weise meisterte, allen unsachlichen Verleumdungen und Anfeindungen zum Trotz, die Sie von missgünstig gesinnten Kreisen erleben mussten und die Verachtung und Abscheu verdienen.

Da aus den besonders gelagerten Umständen während der Intendantenwahl ein anderer Kandidat zum Intendanten bestimmt wurde, würden Sie - und hierin sind wir einig mit dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat des Süddeutschen Rundfunks - uns und den Süddeutschen Rundfunk zu grossem Dank verpflichten, wenn Sie Ihre reiche Erfahrung, Ihren Rat und Ihre Hilfe dem neuen Intendanten für eine möglichst lange Zeit zur Verfügung stellen würden.

Mit den besten Wünschen für Ihr weiteres Wohlergehen verbleiben wir

mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Charles S. L e w i s gez. Fred G. T a y l o r

- - - - -



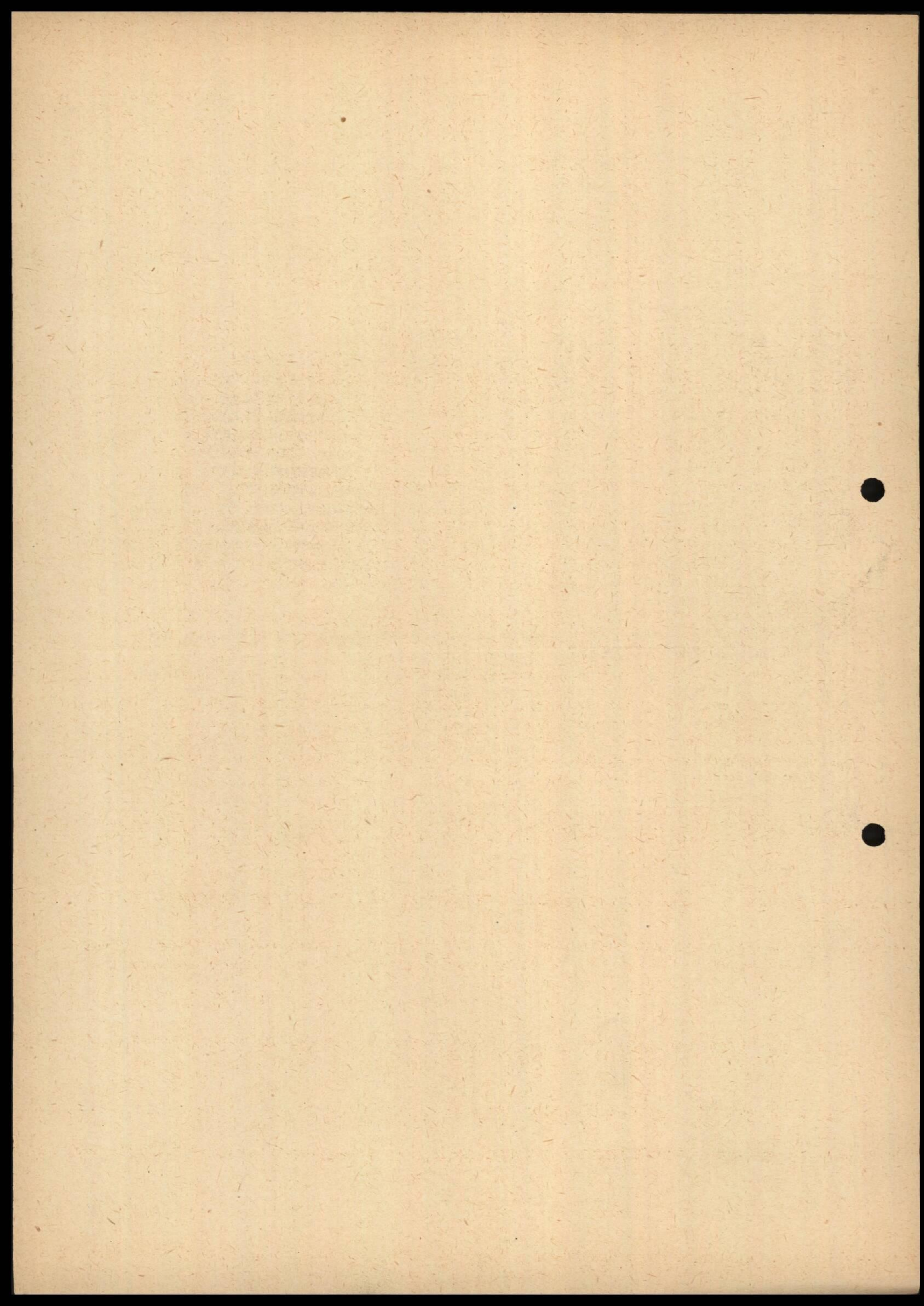
Erklärung zum Ausgang der Intendantenwahl beim
Süddeutschen Rundfunk.

Aus den Kreisen der Anhänger der Kandidatur des Intendanten Erich Rossmann verlautet, dass die Wahl des Intendanten vielfach eine Ausdeutung erfahren hat, die völlig abwegig ist und der tatsächlichen Situation keineswegs entspricht. Es war während des Ablaufs der Wahlhandlung eine Situation entstanden, die befürchten liess, dass ein Kandidat, der von einer Mehrheit des Rundfunkrates entschieden abgelehnt wurde, durch Stimmenzersplitterung begünstigt, schliesslich durch das Ziel gehen würde. Angesichts dieser Lage fanden sich Anhänger und Gegner der Kandidatur Rossmann in letzter Minute zusammen, um durch Vermeidung einer Stimmenzersplitterung ein für die Mehrheit nicht gewünschtes Zufallsergebnis zu verhüten.

Auf diese Weise erlangte die Kandidatur Hohner schon im ersten Wahlgang die für seine Wahl notwendige absolute Mehrheit, die er ohne die Anhänger der Kandidatur Rossmann nicht erzielt haben würde. Die eine Stimme, die auf Rossmann fiel, hat keinerlei Bedeutung hinsichtlich der tatsächlichen Zahl seiner Anhänger, vor allem nicht für die Wertschätzung seiner Persönlichkeit und seiner bisherigen Arbeit.

Für die erstandene wahlpolitische Situation hat niemand mehr Verständnis als Rossmann selbst.

Stuttgart, den 10. August, 1949.



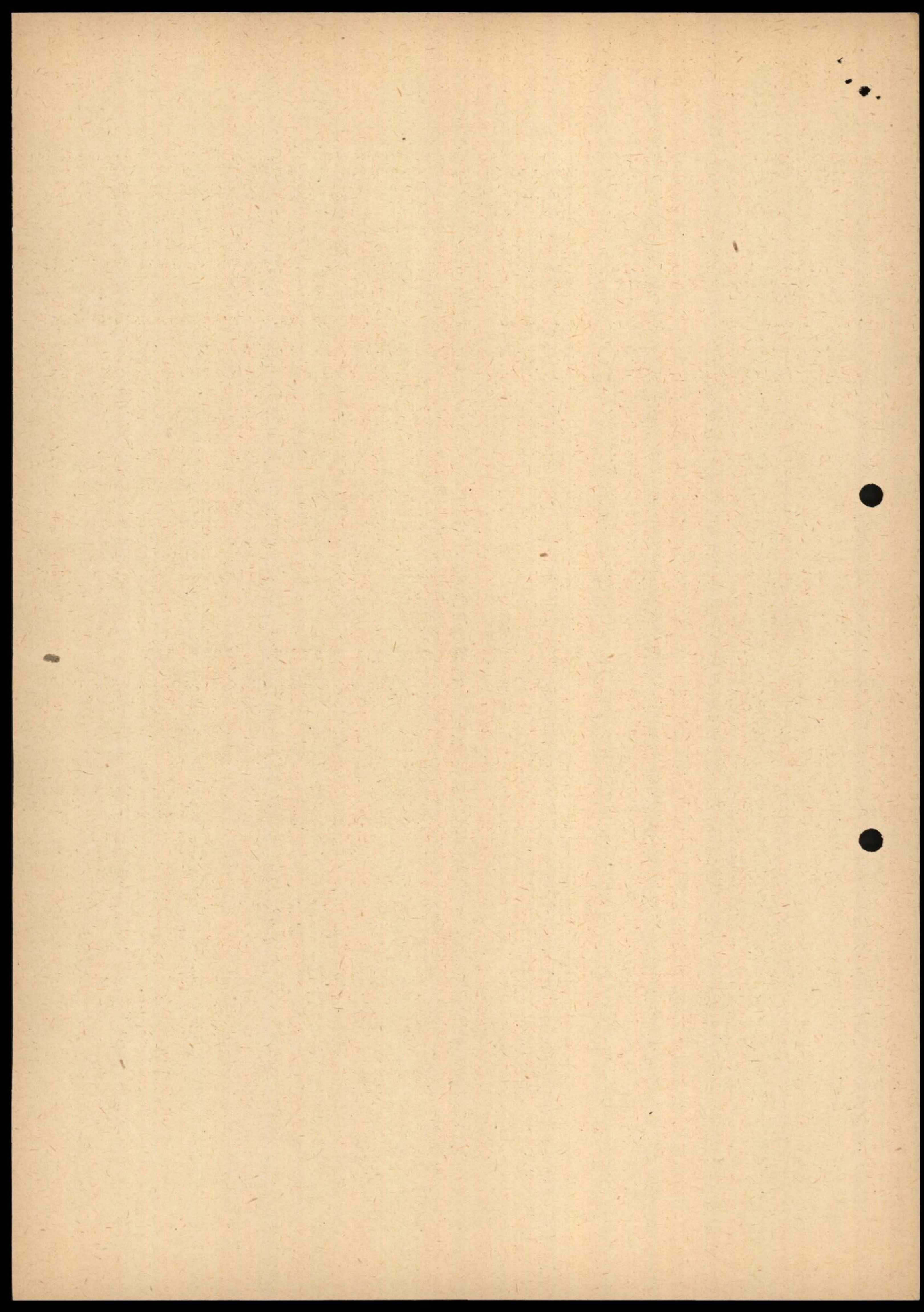
Den ersten Weltkrieg habe ich als Unteroffizier miterlebt. Gründliche soziale Studien, denen ich mich während dieser Zeit widmete, haben dazu geführt, dass ich noch vor seiner Beendigung in den Reichsausschuss der Kriegsbeschädigtenfürsorge berufen wurde, und in der Folgezeit in der entsprechenden Abteilung des Reichsarbeitsministeriums zum Regierungsrat und bald darauf zum Direktor des Hauptversorgungsamtes Württemberg ernannt wurde.

Ich habe später auch als Generalsekretär des Länderrates bewiesen, dass mir organisatorische Aufgaben nicht fremd sind und ich auch neue Gebilde unter schwierigsten Umständen zu organisieren verstehe. Auch bei Radio Stuttgart glaube ich das in einjähriger Tätigkeit bewiesen zu haben.

Von 1924 bis 1933 war ich einer der Abgeordneten, die Württemberg im Deutschen Reichstag vertraten. In diese Zeit fällt meine politische Aktivität, die sich im Parlament auf Fragen der Sozialpolitik und der Aussenpolitik konzentrierte. Das Dritte Reich unterbrach meine Laufbahn. Ich war genötigt, einen selbständigen Beruf auszuüben, wobei mir die in der Jugend erworbenen kaufmännischen Kenntnisse ausserordentlich zugute kamen.

Ruhig war das Leben im Dritten Reich für mich nicht. Ich wurde 1933 ins Konzentrationslager Heuberg verbracht; von 1933 an war es ein Leben steter Bedrängnis. Natürlich habe ich im Dritten Reich konspiriert; zusammen mit Leuten, die noch heute zu meinen besten Freunden zählen, wie z.B. Theodor Heuss; zusammen mit anderen, die ihr Leben am Galgen oder unter dem Beil beendeten. Es wäre jedoch falsch, zu glauben, dass in dieser Zeit das Leben nur aus Geschäften und Konspirationen bestand. Es bestand auch aus dem, was ein armer Webergeselle einmal an Goethe schrieb: aus dem zweiten, besseren Dasein nach Feierabend. So sehr die Sorge an mir nagte, so enthoben war ich in dieser Zeit doch auch von der Wucht der politischen Pflichten, von der Tatsache, dass man überhaupt kein Privatleben mehr hatte. Es war auch eine Zeit der Verinnerlichung meines Lebens. Wer das Schicksal als eine höhere Fügung ansieht, wird nicht ohne Veränderung aus dem Fegefeuer des Dritten Reiches hervorgegangen sein. Ich gestehe, dass dies bei mir der Fall war.

Meine Mussestunden verbrachte ich - es interessiert Sie das vielleicht wegen meiner Eignung als Intendant - um drei Steckenpferden zu huldigen. Das erste war das Studium der Bibel, die ich in jener Zeit unter Zugrundelegung der lutherischen Bibelübersetzung, der Vulgata und des Flavius Josephus, vom ersten bis zum letzten Blatt in mich aufnahm. Es war, nebenbei gesagt, eine köstliche Arbeit, eine Arbeit, die mich zu der Erkenntnis brachte, dass kein zweites Buch der Weltliteratur es ihr gleichtun kann an Schönheit der religiösen Gedanken, an Erhabenheit der Sprache und an ewig gültigen Weisheiten, die darin ausgesprochen sind.



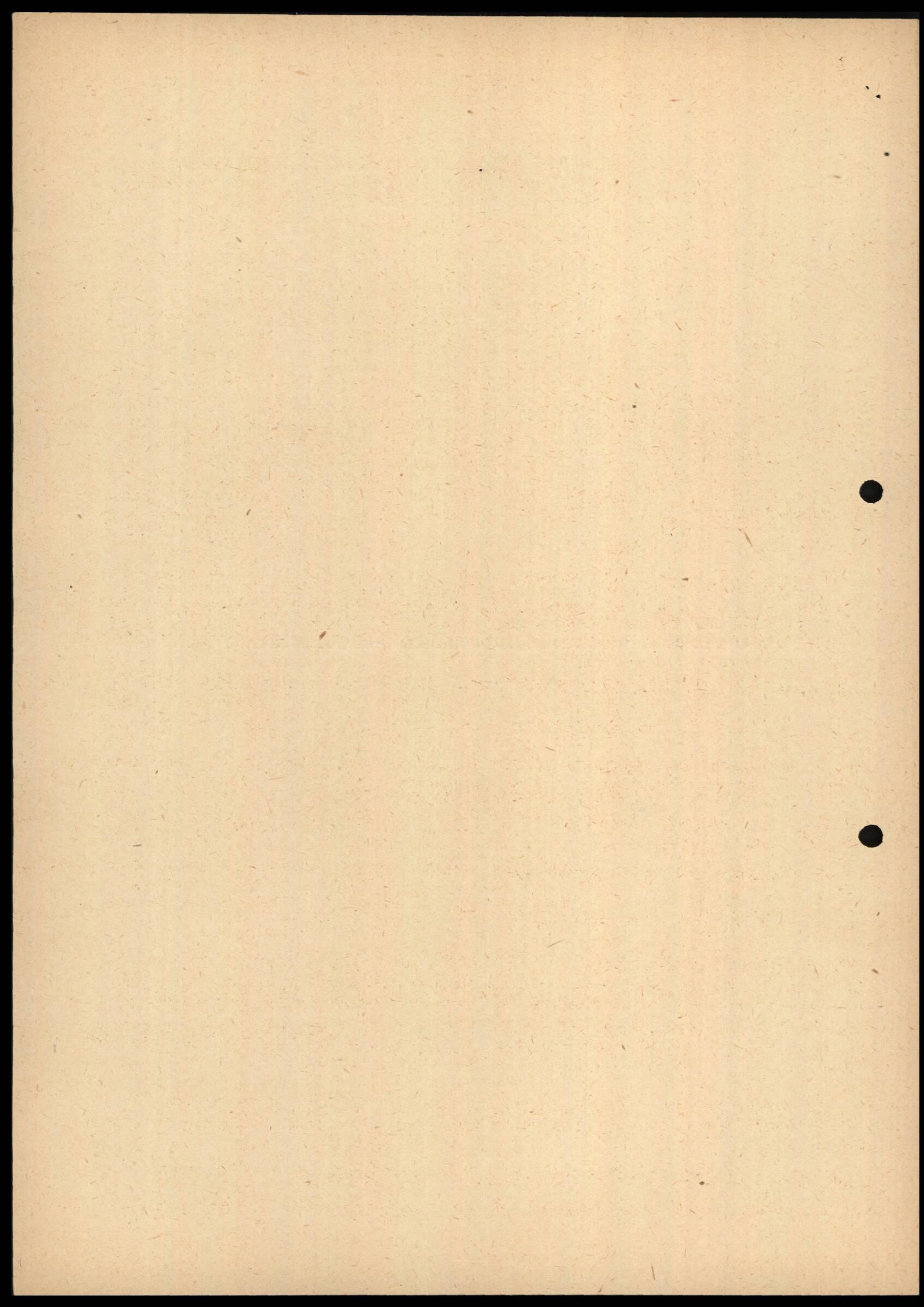
Und das Zweite, das mich immer gefesselt hat, war die englische Geschichte, die mich mit Bewunderung erfüllt ob des allmählichen, folgerichtigen Aufstiegs der Demokratie bis zum heutigen Stand.

Und schliesslich war es das Lebenswerk Johann Wolfgang von Goethes, das 12 Jahre lang mein Gemüt und meinen Geist immer erneut hinriss - vor Bewunderung vor diesem gewaltigen Genius, diesem weisesten aller Europäer. Meine Freunde wissen, was er mir ist und welche Rolle er zusammen mit der klassischen Literatur und der Philosophie in meinem Leben spielt.

Rückschauend auf mein Leben und insbesondere auf mein Leben im Dritten Reich darf ich folgendes sagen: Jedes Leben ist ein Kunstwerk, an dem sich der Mensch nicht mit seinen Händen vergreifen darf, das geheiligt allein ist durch die Kraft, die es geschaffen hat. Die Achtung vor der Würde und Heiligkeit des Lebens ist mir ein mit meinem Wesen unzertrennlicher Begriff. Das Schicksal aber, das einem Leben begegnet, ist fast noch grösser als das Leben selbst. Vom inneren Leben her - so muss ich heute bekennen - war selbst das Leben im Dritten Reich und in den Konzentrationslagern ein Gewinn; es hat mir unschätzbare Erkenntnisse vermittelt, die ich heute nicht mehr missen möchte.

Es hat mir vor allem die Erkenntnis gebracht, dass die Menschen mit sich allein nicht fertig werden, dass sie in all ihrem Tun im irdischen Bezirke eine Verantwortung fühlen müssen vor einer überirdischen Gewalt, die sich der Vernunft und Logik der Menschen entzieht, vor der sich die Menschen in Demut zu beugen haben, weil sie erst dann wirklich freie Menschen werden in ihren irdischen Beziehungen. In diesem Geiste habe ich gewirkt - als Sozialist, als Christ, als Mitglied der Kirche. Zu behaupten, ich versuchte jetzt, durch Betonung dieser Werte etwa die Stimmen derjenigen Mitglieder des Rundfunkrates zu gewinnen, deren Auffassungen betont christlich sind, kann ich nur als kurios empfinden. 65 Jahre haben mich so geformt, dass ein so relativ kleines Ereignis, wie die Wahl zum Intendanten, mein seelisches Leben und meine philosophischen Überzeugungen völlig unbeeinflusst lässt.

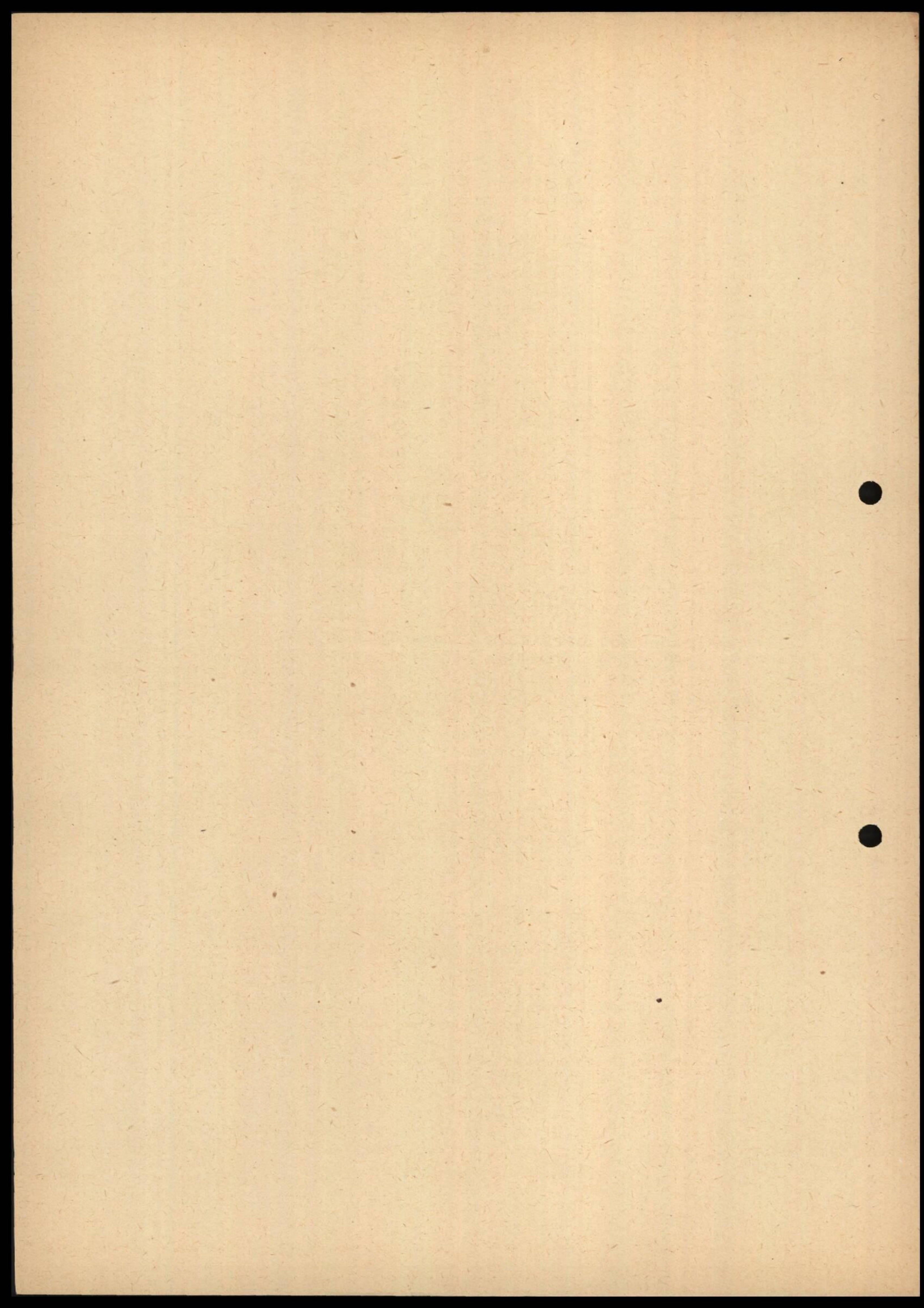
Ich habe auch beim Rundfunk in dem einen Jahr in diesem Sinne gewirkt, wenngleich es schwer ist, sich unter den organisatorischen und tatsächlichen Verhältnissen, wie sie bis jetzt herrschten, praktisch immer durchzusetzen. Im Rundfunk begann meine Arbeit unter sehr schwierigen Verhältnissen. Wir hatten keine geordneten Finanzen, wir lebten von der Hand in den Mund und gingen gleichwohl grosse



Verpflichtungen ein. Ich glaube, es ist mein Verdienst, einigermaßen Ordnung und Systematik in den grossen Betrieb gebracht zu haben - nicht ohne Widerspruch gewisser Elemente.

Beim Stuttgarter Rundfunk gibt es eine ganz kleine Gruppe von Menschen, die der Meinung sind, sie seien der Rundfunk selbst, die jede Massnahme, die gegen sie notwendig wird, als gegen den Rundfunk als solchen gerichtet auslegen. Ich kann nicht leugnen, dass die amerikanische Aufsicht diese Verhältnisse unbewusst begünstigt hat. 3-4 amerikanische Herren konnten natürlich den verzweigten, differenzierten Betrieb, der ja nicht nur Stuttgart, sondern auch Heidelberg, Karlsruhe und Mühlacker umfasst, nicht in allen Einzelheiten übersehen. Da musste eine gewisse Direktionslosigkeit einsetzen, die sich manche Leute zunutze gemacht haben. Und als es galt, Disziplin, Sauberkeit, Ordnung, Gerechtigkeit zu üben, versagten manche und sind mir gram, weil ich nach den unerlässlichen Prinzipien der Anständigkeit und Ordnung handelte.

Es sind Angriffe völlig unbegründet und aussergewöhnlich ungerecht gegen mich erhoben worden. Sie treffen mich nicht, denn mein Gewissen ist rein. Natürlich, ich war ein Jahr im Amt und habe gehandelt. Dieses Handeln unterliegt der Kritik. Meine Mitbewerber haben es in dieser Beziehung besser. Aber wenn sie Glück haben und Kerle sind, geht es ihnen binnen Kurzem ebenso. Die Kritik ist willkommen, die sachlich ist. Aber hier wirkt eine sehr kleine Opposition, die unter der Oberfläche schwer fassbare Verleumdungen produziert, die mit Mitteln arbeitet, die unter vernünftigen Menschen undiskutabel sein sollten. Meine seelische und geistige Verfassung macht es mir unmöglich, auf dieses Niveau herabzusteigen. Ich muss sagen, dass ich geglaubt habe, in der Nazizeit das Höchstmass an menschlicher Perfidie erkannt zu haben. Ich muss mich leider korrigieren. Die Nazis steckten die Menschen, die ihnen nicht passten, ins Konzentrationslager oder machten sie einen Kopf kürzer. Jetzt aber scheint es bei genügend gewissenlosen Menschen Methoden des Angriffs zu geben, die einen Menschen moralisch und sonst bedenkenlos opfern durch unkontrollierbare Gerüchte, die sich nicht fassen lassen und gerade deshalb so verwerflich sind. Sollte aber jemand unter Ihnen sein, meine Herren, der diesen Gerüchten auch nur einen Schatten von Ernsthaftigkeit beimisst, so bitte ich, mir hier in aller Offenheit gegenüberzutreten und mir Gelegenheit zu geben, über alles wahrheitsgemäss Auskunft zu erteilen. Ich erhebe überdies Anspruch auf Ihren Schutz gegen Verleumdungen, denn ich bin seit dem 22. Juli auf Ihre Bitte Ihr deutscher Intendant bis zur Wahl und während dieser Amtszeit Ihnen zur Rechenschaft verpflichtet.



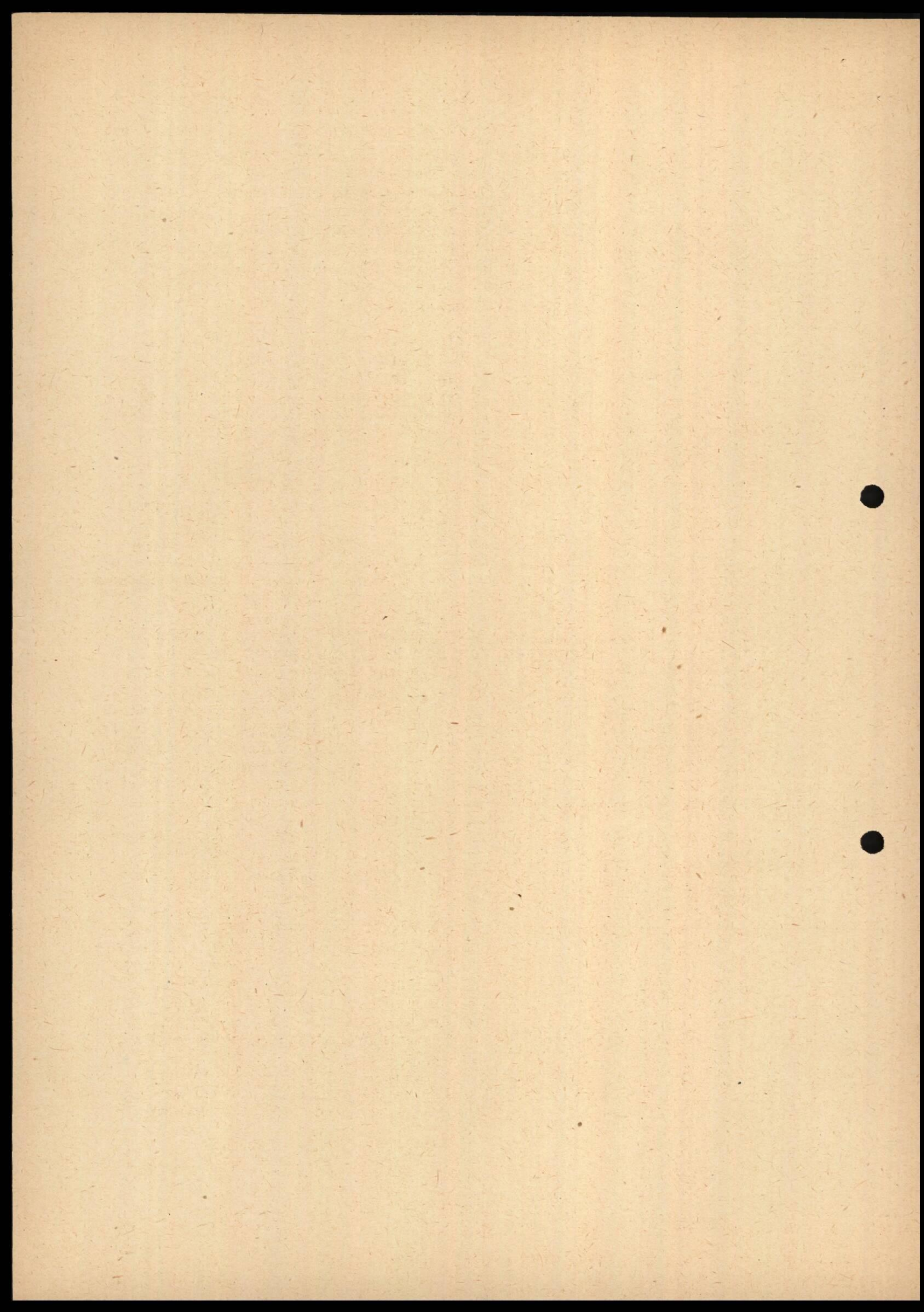
Ich habe mich nicht zum Rundfunk gedrängt. Ich wurde von den Amerikanern gebeten, das schwierige Amt zu übernehmen. Entgegen den Ammenmärchen, die auch darüber verbreitet worden waren, stelle ich fest, dass der damalige Gouverneur Lafollette und Oberst Canaday sich um mich bemüht haben. Nach sehr langer Bedenkzeit habe ich mich zur Übernahme des Amtes entschlossen. Ich habe die Interessen des Rundfunks in jeder Weise gewissenhaft gewahrt. Ich habe das Gefühl, dass ich der Allgemeinheit auf diesem Posten noch gute Dienste leisten kann.

Es sind grosse Aufgaben speziell in den nächsten 3-4 Jahren beim Rundfunk zu lösen. Da ist die Ordnung der Finanzen. Da ist der Ausbau der Sendestelle Heidelberg und des Studios Karlsruhe. Da ist die Errichtung eines Sendeturmes, die allein 600.000.- DM Kosten verursacht. Da ist der Plan eines neuen Funkhauses, der schwierige juristische und praktische Probleme aufwirft. Da ist vor allem das grosse Problem des Kopenhagener Wellenprogramms und die Entwicklung des Ultrakurzwellen-Senders. In allen diesen Fragen habe ich mir Kenntnisse und Erfahrungen angeeignet, auf die der Rundfunk in der schwierigen Übergangszeit der nächsten Jahre Anspruch erheben kann. Ihre Sache ist es selbstverständlich, ob Sie von diesem Angebot Gebrauch machen wollen oder nicht.

Der Intendant darf kein einseitig eingestellter Mann sein. Er muss für die Sendung künstlerisches und politisches Interesse aufbringen, weit über das Durchschnittsmass hinaus. Er muss aber auch ein sicheres Gefühl haben für die finanziellen Seiten und nicht zuletzt auch für die technischen Notwendigkeiten. Der Funk ist eine Dreieinigkeit von Sendung, Finanzen und Technik. Der Intendant muss in seiner Person die oft widerstrebenden Interessen dieser drei Gebiete koordinieren.

Sie würden mich nur für 3-4 Jahre wählen. Diese Mindestzeit aber ist notwendig, um Stabilität in den labilen Apparat zu bringen. Diese Zeit aber ist lang genug, um mich an die Grenze der Jahre zu bringen, wo das Bedürfnis nach Ruhe nicht mehr missverstanden wird. Bis dahin werden aber - des bin ich gewiss - aus dem Rundfunk selbst neue begabte jüngere Kräfte herauswachsen, die die Wahl eines neuen Intendanten dann erheblich leichter gestalten als jetzt.

Ich habe in der Stille, ohne viel Aufhebens davon zu machen, die Programmgestaltung nachhaltig beeinflusst. Diese Tatsache hat man in der Presse ausdrücklich hervorgehoben. Wenn Sie ständiger Rundfunkhörer sind und Sie sich in Ihrem Urteil von gerechten Gesichtspunkten leiten lassen, so müssen Sie die bedeutenden Fortschritte anerkennen, die wir gemacht haben. Wir haben nicht nur einen Ehrenplatz unter den Sendern, sondern wir sind deutlich im Begriff, uns an die Spitze zu bewegen. Weit über Württemberg und Nordbaden hinaus, in Südwürttemberg, in Bayern, in der Pfalz, in Norddeutschland und in der russischen Zone ist unsere Beliebtheit evident, wie ich durch Tausende von Zuschriften beweisen könnte. Ja selbst aus England, Irland,



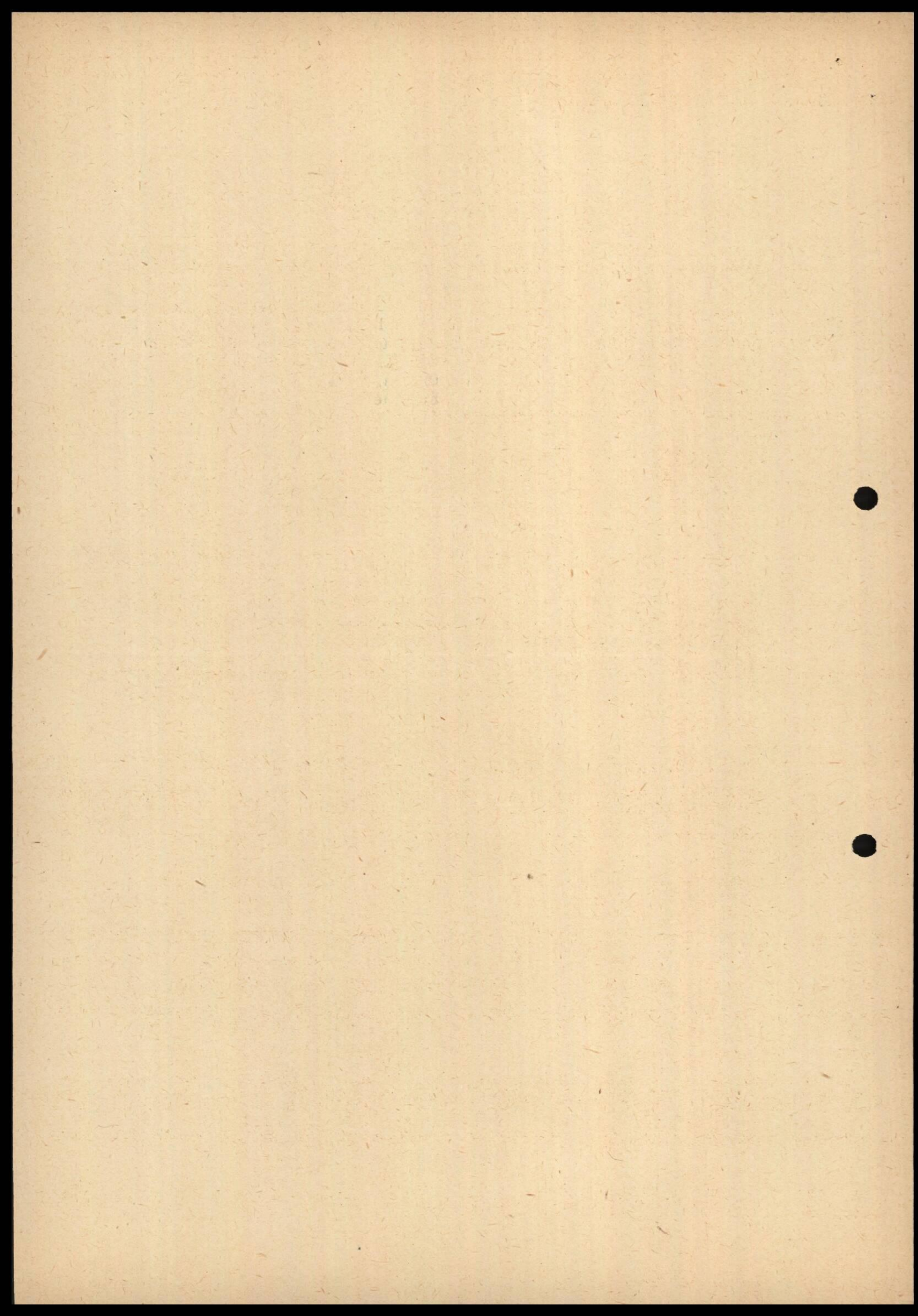
Belgien und vor allem der Schweiz kommen sehr oft Zuschriften und anerkennende Worte, auch Bitten um Texte oder Musikstücke, die gefallen haben. Gott erhalte uns nur unsere Kapazität, die durch das Kopenhagener Wellenprogramm gefährdet ist. Es wird einen zähen und harten Kampf kosten, unsere Interessen zu wahren und die Gegenmassnahmen, die wir zur Abwehr der Nachteile des Kopenhagener Programms eingeleitet haben, werden unsere ganze Kraft und Entschlussfähigkeit in Anspruch nehmen.

Natürlich bin ich weit davon entfernt, diese positiven Leistungen allein für mich in Anspruch zu nehmen. Meine Mitarbeiter: Künstler, Techniker und Verwaltungsbeamte, die in ihrer gewaltigen Überzahl treu zu mir stehen und aus tiefstem Grunde die Machenschaften, die jetzt eingeleitet worden sind, verabscheuen, verdienen uneingeschränktes Lob.

Man sagt, ich hätte den Personalstand ungebührlich erhöht, ich hätte Länderrats-Beamte in grosser Zahl in den Rundfunk genommen. Ich habe ja das alles schon widerlegt. Länderratsangestellte sind nur in freie Stellen übernommen worden - 12 an der Zahl, darunter 3 Putzfrauen, 2 Chauffeure und einige Schreibhilfen. Dies geschah ausserdem in Erfüllung einer Bitte der Ministerpräsidenten, die tüchtigen Leute des Länderrates wenn möglich, an geeigneten Plätzen unterzubringen. Wir zählen zur Zeit 615 Angestellte. Das ist, abgesehen von dem kleinen Sender Bremen, der niedrigste Personalstand unter den Sendern der Westzonen. In der Verwaltung hat sich sogar unter meiner Leitung der Personalstand absolut und wesentlich verringert. Vermehrt hat er sich nur auf dem Gebiet der Musik. Hier mussten die einzelnen Klangkörper ergänzt werden, da ohne diese Massnahme keine höheren Leistungen zu erzielen waren. Jeder, der von diesen Dingen etwas versteht, weiss, dass unvollständige Klangkörper weitgehend wertlos sind.

Natürlich hat das Bild auch seine negativen Seiten. Manche Kritik ist richtig. Mancher Fehler - auch politischer - ist unterlaufen, was bei der Vielgestaltigkeit der Aufgaben manchmal beinahe unvermeidlich erscheint. Wir sind bemüht, die Fehlerquellen zu verringern und die Faux Pas auf das Mindestmass zu beschränken. Das Programm kann gewiss noch verbessert und in manchen Teilen umgestellt werden, aber vergessen Sie dabei nicht: Wenn die Qualität gesteigert werden soll, so brauchen Sie Geld und noch einmal Geld. Mit Ihnen, meine Herren, hoffe ich, alle diese Fragen sachlich besprechen zu können. So werden wir vielleicht eine neue Höhe des Rundfunkprogramms erreichen.

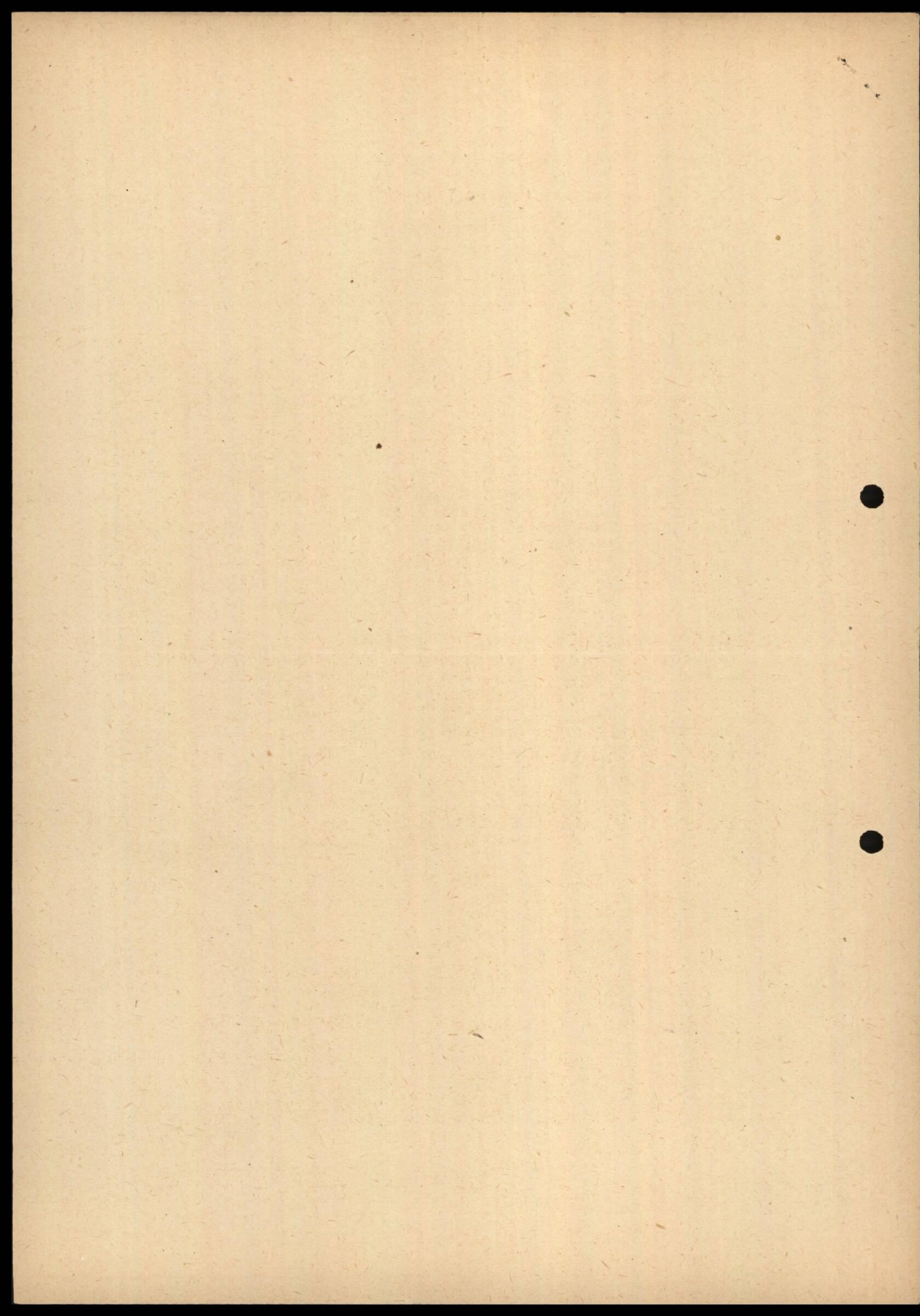
Über mein Programm habe ich mich in meinem Bewerbungsschreiben, in meiner Rede bei der Übernahme und auch sonst an vielen Stellen ausgesprochen, sodass über die Grund-

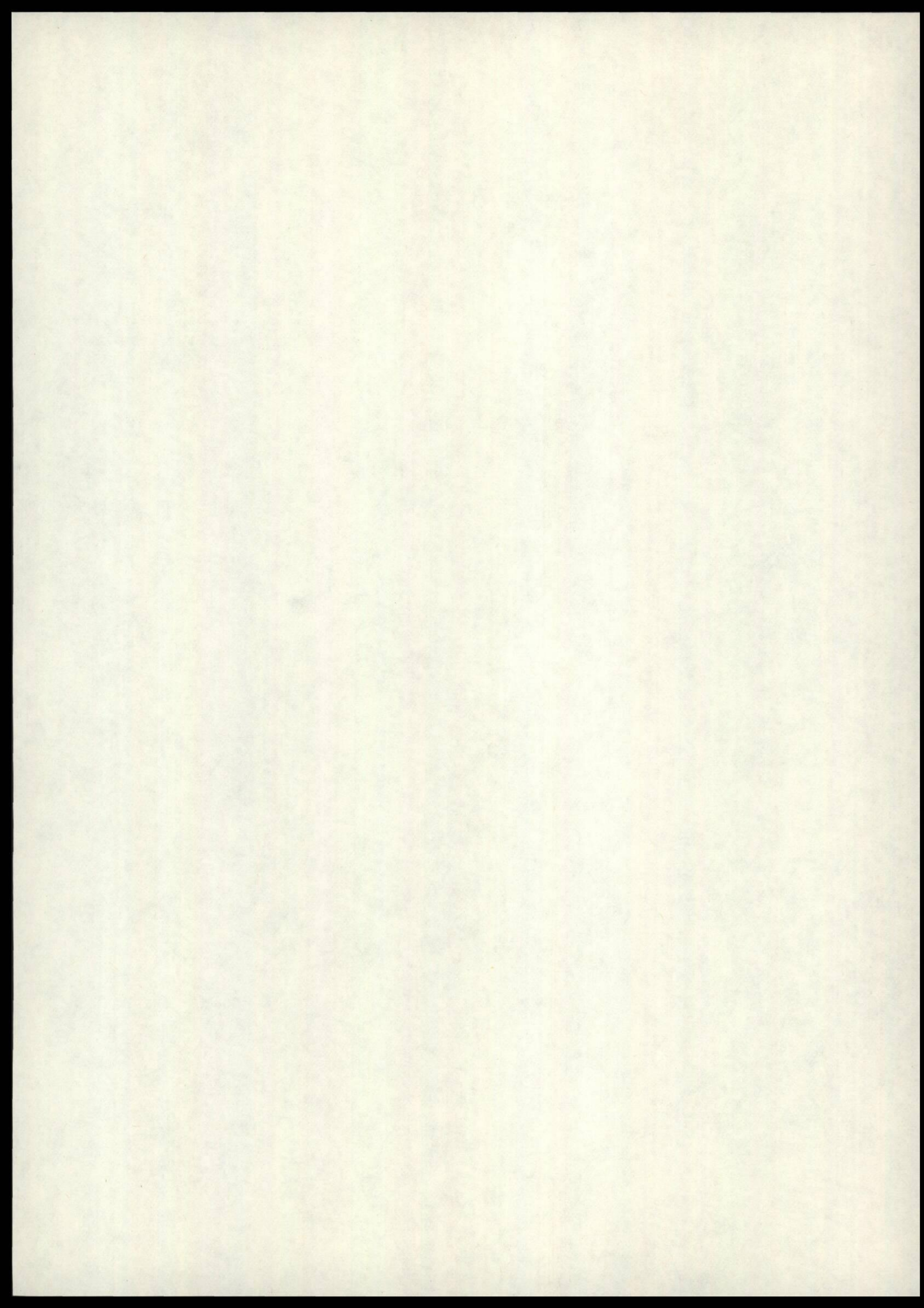


sätze kein Zweifel mehr bestehen kann. Eines lassen Sie mich aber noch sagen: Ein besonders kluger Artikelschreiber vermisst bei mir "die Dynamik", worunter er versteht "jene Mischung von persönlicher Initiative, Wagnis, geistigem Übermut und Formlosigkeit ... usw." Einen von solchen Geistern beseelten Intendanten wünschen sich Leute, die über diesen Intendanten selbst den Rundfunk beherrschen wollen. Da muss ich allerdings erklären: ein solcher Intendant wäre ich nicht. Eine solche unheilvolle Entwicklung des Rundfunks würde ich ablehnen. Aus solchem Gegensatz zwischen satanischem Zynismus und göttlicher Harmonie entspringen im tiefsten Grunde alle Differenzen. Der Rundfunk ist nicht dazu da, dem Chaos, das ohnehin unser geistiges und künstlerisches Leben bedroht, gewissenlos Vorschub zu leisten. Dafür bin ich allerdings nicht der Mann.

Der Rundfunk ist vielleicht in noch höherem Sinne als die Presse eine Grossmacht. Macht verursacht aber häufig bei denen, die sie besitzen, ein Gefühl süssen Triumphes, besonders wenn sie mit so vielen Garantien für ihre Unabhängigkeit ausgestattet ist, wie es beim Rundfunk nach dem Gesetz der Fall ist. Die Macht ist aber - tausend Beispiele der Geschichte zeigen es - zugleich ein Verführer zur Hybris. Wenn sie wach wird, so geschieht bestimmt ein Unheil. Daher sollte man von der Macht so wenig als möglich Gebrauch machen und immer daran denken, dass es eine absolute Unabhängigkeit, eine Unabhängigkeit im luftleeren Raum, nicht gibt. Die Krisis, die so schnell im Bayerischen Rundfunk aufgetreten ist, ist dafür ein deutlicher Beweis. Wir können nur wirken im lebendigen Zusammenhang mit den Kräften, die berufen sind, unser Volk zu führen und das sind: Regierung und Volksvertretung, Kirche, Künste und Wissenschaften, Parteien, Wirtschaftsorganisationen und Presse. In diesem grossen Konzert bilden wir eine Note, eine Note der Harmonie, nicht der Disharmonie. Unser Leben ist wie das Ganze, darin wir enthalten sind, aus Freiheit und Notwendigkeit zusammengesetzt. Dieser altmodischen Erkenntnis, die von Goethe stammt, huldige ich durchaus. Und wenn wir glauben, in diesem Konzert einmal eine Extratour spielen zu müssen, so darf es nicht aus Manie und Effekthascherei geschehen, sondern aus innerer Notwendigkeit, die aus den Forderungen des Gewissens entspringt, für das wir uns vor der höchsten und letzten Autorität verantwortlich fühlen.

Die neuen Organe des Rundfunks, Rundfunkrat, Verwaltungsrat und Intendant, müssen sich in diesem Sinne bemühen, eine neue Autorität zu sein, eine demokratische Autorität selbstverständlich, wenn in das Rundfunkwesen ein fester Halt kommen soll. Eine solche Autorität ist umso notwendiger nach dem Fortfall der Militärkontrolle. Schaffen Sie daher diese demokratische Autorität, dann wird - um mit Ministerpräsident Maier zu sprechen - aus dem Niemand ein Jemand werden.





21. Juli 1949

Dr.H./Kr.

Herrn

Dr. jur. Wilhelm S a m s t a g
Vorsitzer des Vorstandes der Andreae-Noris Zahn A.G.

S c h l ü c h t e r n

Haus Bergwinkel

Lieber Herr Kollege Samstag!

Besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 12. ds.Mts. Es trifft zu, dass ich wieder nach Mannheim zurückgehe, obwohl ich sehr gerne weiter Anwalt geblieben wäre und mir meine volle Unabhängigkeit erhalten hätte. Aber der frühzeitige Tod meines früheren Mitarbeiters, Dr. C a h n - G a r n i e r , mit dem ich ursprünglich vereinbart hatte, dass er als Oberbürgermeister nach Mannheim geht und ich nur das Mandat im Wirtschaftsrat übernehme, hat eine neue Situation geschaffen. So wird nun die letzte bedeutungsvollere Station in meinem Berufsleben das Oberbürgermeisteramt in Mannheim sein. Man wollte mich vor einiger Zeit auch in Nürnberg haben, aber ich konnte mich nicht entschliessen, in diese Stadt zurückzukehren, der durch die Kriegszerstörungen eigentlich der letzte Charm geraubt worden ist. Viel Charm hat Nürnberg ja nie gehabt; die Städte am Rhein haben ein grösseres Format. Aber trotzdem denke ich natürlich gerne an die Jugendzeit in Nürnberg zurück und an die Arbeit, die ich zum Teil auch gemeinsam mit Ihnen dort leisten konnte.

Ich würde mich sehr freuen, gelegentlich einmal wieder mit Ihnen zusammenzutreffen und bin einstweilen

mit den besten Grüssen

Ihr

DR. JUR. WILHELM SAMSTAG

VORSITZER DES VORSTANDES

DER

ANDREAE-NORIS ZAHN A. G.

SCHLÜCHTERN, DEN

HAUS BERGWINKEL

TELEFON 482 483, 484

12. Juli 1949

h.

15. Juli 1949

Sehr geehrter Herr Kollege !

Aus Mannheimer Zeitungen lese ich, dass Sie sich um den Posten des Oberbürgermeisters von Mannheim beworben haben und dass diese Bewerbung die einmütige Zustimmung der Parteien gefunden hat.

Ich freue mich für Sie sehr, dass Sie damit wieder in die Stellung zurückkommen werden, die Sie so viele Jahre mit grossem Erfolg zum Wohle der Stadtgemeinde Mannheim versehen haben.

Da nach diesen Meldungen mit Ihrer Wahl bestimmt zu rechnen ist, darf ich Ihnen dazu heute schon herzlich gratulieren.

Ihre Grüsse an mich, anlässlich der Besprechung unseres Herrn Dr. S c h ä f e r bei Ihnen in Sachen der Firma Reich wegen Aufnahme in den Pharm. Großhandels-Verband, sind mir ausgerichtet worden und danke ich Ihnen sehr dafür.

Ich hoffe, dass es Ihnen und Ihren Angehörigen gut geht und dass wir uns gelegentlich einmal sehen können.

Mit besten Grüssen

I h r

Samstag

12. Juli 1949

12. Juli 1949

Sehr geehrter Herr Kollege!

Als Mannheimer Zeitungen lese ich, dass Sie sich um den Posten des Oberbürgermeisters von Mannheim bewerben haben und dass diese Bewerbung die einzige Bestätigung der Parteien gefunden hat.

Ich freue mich für Sie sehr, dass Sie damit wieder in die Stellung zurückkommen werden, die Sie so viele Jahre mit grossem Erfolg zum Wohle der Stadtgemeinde Mannheim versehen haben.

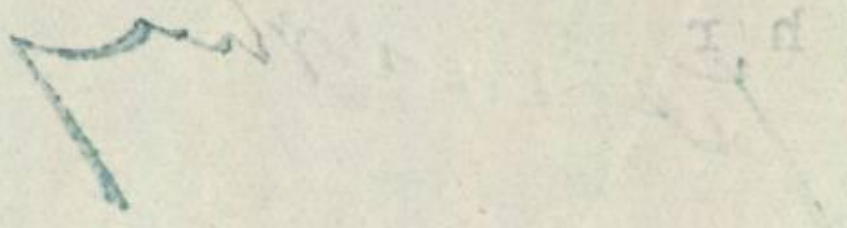
Da nach diesen Meldungen mit Ihrer Wahl bestimmt zu rechnen ist, darf ich Ihnen das heute schon herzlich gratulieren.

Ihre Grösse an mich, anlässlich der Besprechung unseres Herrn Dr. C. H. F. r. bei Ihnen in Sachen der Firma Reich wegen Aufnahme in den Innern. Großhandels-Verband, sind mir angedrückt worden und danke ich Ihnen sehr dafür.

Ich hoffe, dass es Ihnen und Ihren Angehörigen gut geht und dass wir uns gelegentlich einmal sehen können.

Mit besten Grüßen

Ihr



17. Oktober 1949

Sehr geehrter Herr Dr. F r e y !

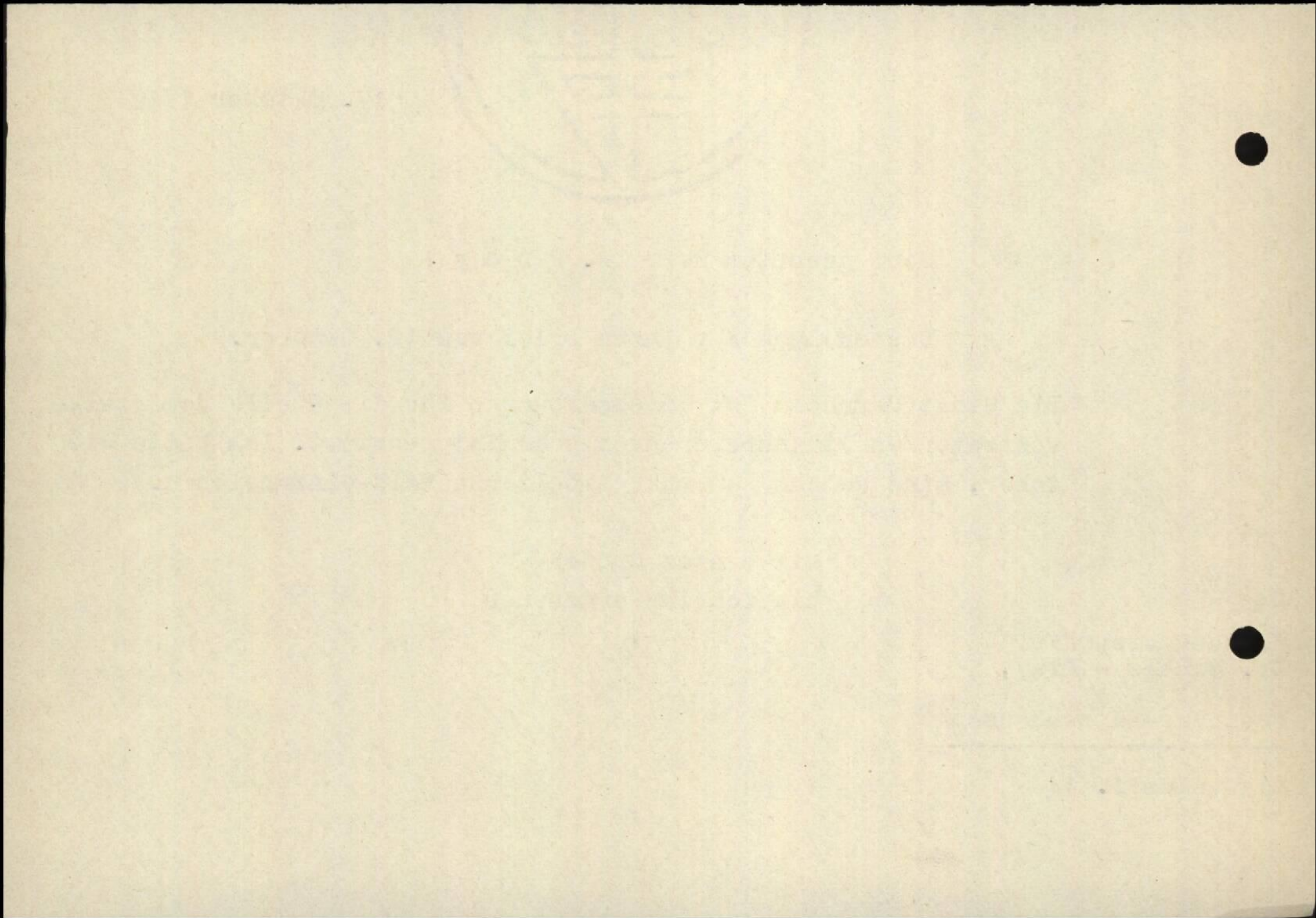
Besten Dank für Ihren Brief vom 12. Oktober.

Die Stadt Mannheim ist an Bewerbungen für die Stelle des stellvertretenden Finanzreferenten sehr interessiert. Ich bitte Sie daher, eine solche Bewerbung möglichst bald einzureichen.

Mit besten Grüßen
bin ich Ihr ergebener

Lh.

Herrn
Wirtschaftsprüfer
Dr. Schulz - Frey,
Freiburg-Betzenhausen
Sigsteinstr. 14



Dr. Schulz-Frey

Wirtschaftsprüfer — Steuerberater
Süddeutsche Kreditanstalt Freiburg Kto. Nr. 20252
Postscheck-Konto Freiburg Nr. 4321

①7b Freiburg-Betzenhausen, 12. Oktober 1949
Sigsteinstraße 14 — Tel. 2911

Herrn

Dr. Hermann H E I M E R I C H
Verlagsgesellschaft "Recht und Wirtschaft" m.b.H.
H e i d e l b e r g
Hauptstr. 45

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich!

Die Stadt M a n n h e i m sucht nach einer Anzeige in der "Deutschen Zeitung" eine Persönlichkeit mit Erfahrungen auf dem Gebiete des Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Steuerwesens. Die ausgesetzte Vergütung - II TOA- ist als solche für mich nicht verlockend. Jedoch lassen andere Überlegungen mir den Posten interessant erscheinen. Bevor ich mich aber mit einer Bewerbung an die Stadt wende, möchte ich mir erlauben, bei Ihnen anzufragen, ob Sie mir die Bewerbung empfehlen würden.

Ich bin nach einer Tätigkeit im Badischen Landesamt für kontrollierte Vermögen als Referent für die Organisation des Amtes und seine Rechnungslegung seit Anfang 1948 wieder als Wirtschaftsprüfer niedergelassen, dabei in erster Linie für Aufträge des Landesamtes tätig. Politisch Mitglied der SPD arbeite ich als ^{ihr} Vertreter in dem städt. Finanz- und Sparausschuss, bei der Partei in der Wiederaufbau- und Wohnungsbaukommission, weiter bei den Gewerkschaften in Schulungskursen, Referaten und schriftstellerisch mit Fach-Artikeln insbesondere auf wirtschaftspolitischem Gebiete mit.

Bei der hiesigen wirtschaftlichen und politischen Lage bedeutet diese Tätigkeit eine Belastung meiner wirtschaftlichen Existenz als Wirtschaftsprüfer, die ich im Interesse meiner Familie- wir sind ausgebombt, erst seit 1945 hier ansässig etc.- nur begrenzt tragen kann.- Ich möchte sie jedoch ungern aus reinen Nützlichkeitsabwägungen aufgeben müssen. Auch sonst würde ich gerne aus unserem stillen Winkel wieder in eine Gegend, die wirtschaftlich und politisch ein bewegteres Leben zeigt.

./.

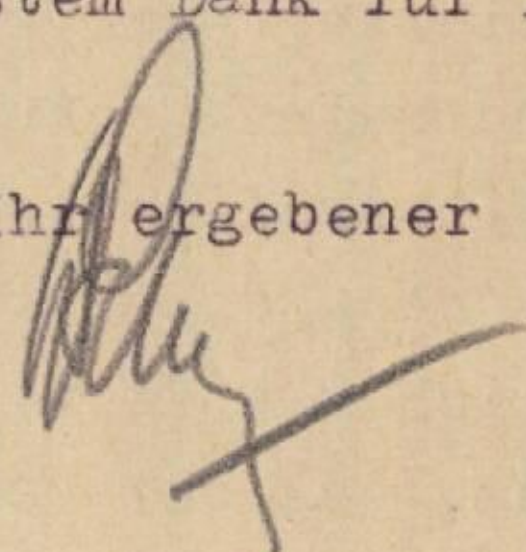
So wäre die Tätigkeit in einer verantwortlichen Stellung im öffentlichen Dienst in MANNHEIM mir sehr erwünscht, wenn die Aussicht auf die Nachfolge als Finanzreferent in absehbarer Zeit bestände.

Ich brächte alle notwendigen Voraussetzungen mit- einem kurzen Lebenslauf füge ich der Vollständigkeit halber bei- und die Bewährung machte mir keine Sorgen. Auch eine gewisse Zeit der Einarbeitung in eine Gemeinde wie Mannheim ist mir recht. Nur möchte ich auf meinem Fachgebiet natürlich baldmöglichst dann wieder voll verantwortlich arbeiten, und kann auch rein wirtschaftlich ohne grössere Einschränkungen nur begrenzte Zeit nach TOA II leben, da ich über keine Vermögensreserve verfüge.

Da mir Ihr Name aus der Parteiarbeit und vom Betriebsberater her bekannt ist, wende ich mich mit der Bitte um Unterstützung bei dieser Frage an Sie persönlich. Ich hoffe meinen Fall genügend erläutert zu haben, damit Sie mir- "Postkarte genügt"- zuraten, ob ich mich bewerben sollte, ob nicht.

Mit verbindlichstem Dank für Ihre Unterstützung
bin ich

Ihr ergebener



1 Anlage

Lebenslauf.

Dr. Werner S C H U L Z + F R E Y

Wirtschaftsprüfer und
Steuerberater

geboren: 7. März 1904 in Berlin; Vater: Medizinalrat Dr.
verheiratet, 4 Kinder Rudolf Schulz +

Abitur: 1923 Kaiserin-Augusta-Gymnasium, Charlottenburg

<u>Studium</u> : Nationalökonomie	1923 - 1925	Universität	Berlin
	1925 - 1926/27	"	Freiburg/Brs.
	1930 - 1931	"	"
1926 Examen als Diplomvolkswirt		"	"
1931 " " Dr. rer. pol.		"	"

Thema der Dr.-Arbeit: " Die Kreditrestriktion als Mittel
der Notenbankpolitik unter
besonderer Berücksichtigung der
Kreditrestriktion der Reichs-
bank im Frühjahr 1929."

Berufsausbildung:

1923 - 1924	Banklehrling	Commerz-undPrivatbank, Berlin
1926 - 1928	Kaufm. Assistent	Lidasawerk, Berlin- Liebenwalde -Holzgrosshandel und Sägewerk -
1929 - 30.VI.	Volontär	NSU-D-Rad A.G. Neckarsulm, sämtliche kaufm. Abteilungen zuzüglich Vor- kalkulation und Fabrikationsbüro
- 30.IX.	"	Dresdner Bank, Hamburg Gelddispositionen, Waren-Abteilung, Effekten-u. Devisenbörse
- 31.XII.	"	Schlubach, Thiemer & Co., Hamburg Export-u. Bank-Abteilung
1930 - VI.-VIII.	"	Freiburger Zeitung, Freiburg/Br. Redaktion und Druckerei

Berufliche Tätigkeit:

1932 - 1933	Geschäftsführer	Dr.W.Schulz & Co., Berlin Industrie-Vertretungen, Neuheiten
1934 - 1935	Kaufm. Assistent	NSU-D-Rad A.G. Neckarsulm Buchhaltung, Bilanz, Steuern, Orga- nisation, Betriebsabrechnung
seit 1936	Prüfer	Deutsche Treuhand-Ges., Berlin
seit 1940	Wirtschaftsprüfer und	Steuerberater (seit 1943) Deutsche Revisions- und Treuhand A.G., Berlin
seit 1945		freiberuflich in Freiburg i.Br. Juli 1946 bis Februar 1948 Referent im Badischen Landes- amt für kontrollierte Vermögen in Freiburg.

in Freiburg.
amt für kontrollierte Verträge
referent im schieds-
tribunal 1946 bis Februar 1948



Witz Wille = 5. Aug 1949

SCHWEIZER VEREIN „HELVETIA“ MANNHEIM

MITGLIED DER NEUEN HELVETISCHEN GESELLSCHAFT

Postscheck-Konto:

Mannheim, 4. August 1949.

Herrn

Oberbürgermeister der Stadt Mannheim
Dr.Dr. h.c. Herm. Heimerich

H e i d e l b e r g .
Neuenheimer Landstr. 4.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Es ist mir ein Bedürfnis, auch im Namen meiner Landsleute Ihnen zu der Wiederwahl als Oberhaupt der Stadt Mannheim die herzliche Glückwünsche auszusprechen. Mit Ihrer Tatkraft und eisernem Willen werden Sie das Wiederaufbauwerk der Stadt Mannheim durchführen, und der so schwer heimgesuchten Bevölkerung zu neuem Wohlstande verhelfen. Auch wir hier lebende Schweizer, auf das engste mit der Mannheimer Bevölkerung verbunden, wünschen Ihnen eine glückliche Amtsführung. Möge Gott alle Ihre Arbeiten segnen, und Sie bei bester Gesundheit behalten.

Für Ihre freundliche Glückwünsche mit Schreiben vom 30.7., anlässlich unserer Nationalfeier, und dem damit verbundenen 85 jährigen Jubiläum des Schweizer Verein „Helvetia“, Mannheim, danke ich als dessen Präsident von Herzen. Aus Ihrem Briefe spricht die grosse Verbundenheit zu unserem Heimatlande, und bin ich mit dem Grunde, der Sie von unserer Feste fernhielt, mit Ihnen ganz einig. Es dürfte sich in naher Zukunft wohl irgend eine Möglichkeit bieten, Sie sehr geehrter Herr Oberbürgermeister im Kreise unserer Kolonie begrüßen zu dürfen.

Gerne werde ich die mir aufgetragenen Grüsse für unseren Herrn Altkonsul Dr.Dr. h.c.M.Kunz weitergeben, war er doch zu unserer Feier anwesend, und hätte grosse Freude gehabt, sich wieder einmal mit dem Wiedergewählten und aus alter Zeit sehr gut bekannten Stadtoberhaupten auszusprechen. Auch dazu bietet sich Ihnen eine Gelegenheit, da mir unser hochverehrter Herr Altkonsul seinen nächsten Besuch in Begleitung mit Gemahlin in ca 6-8 Wochen in Aussicht stellte.

b.w.

Wenn es mir möglich war, das Fest in der geplanten Form durchzuführen, was mir auch gelang, so war dies nur durch das besondere Entgegenkommen der Mannheimer Behörden möglich, wofür ich noch meinen besonderen Dank abstatte. Es hat mich angenehm überrascht, mit welchem besonderen Vorzuge meine Sache behandelt wurde, und bin erfreut über eine solche Zusammenarbeit, die nur gute Früchte für beide Nachbarstaaten tragen kann.

Aus diesem Grunde möchte ich Sie sehr geehrter Herr Oberbürgermeister bitten, uns hier in der Gaststadt lebende Schweizer, auch weiterhin Ihr Wohl - wollen zu bewahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Schweizer Verein "Helvetia", Mannheim.
Präsident:

Rudolf Schüpbach

23. Aug. 1949

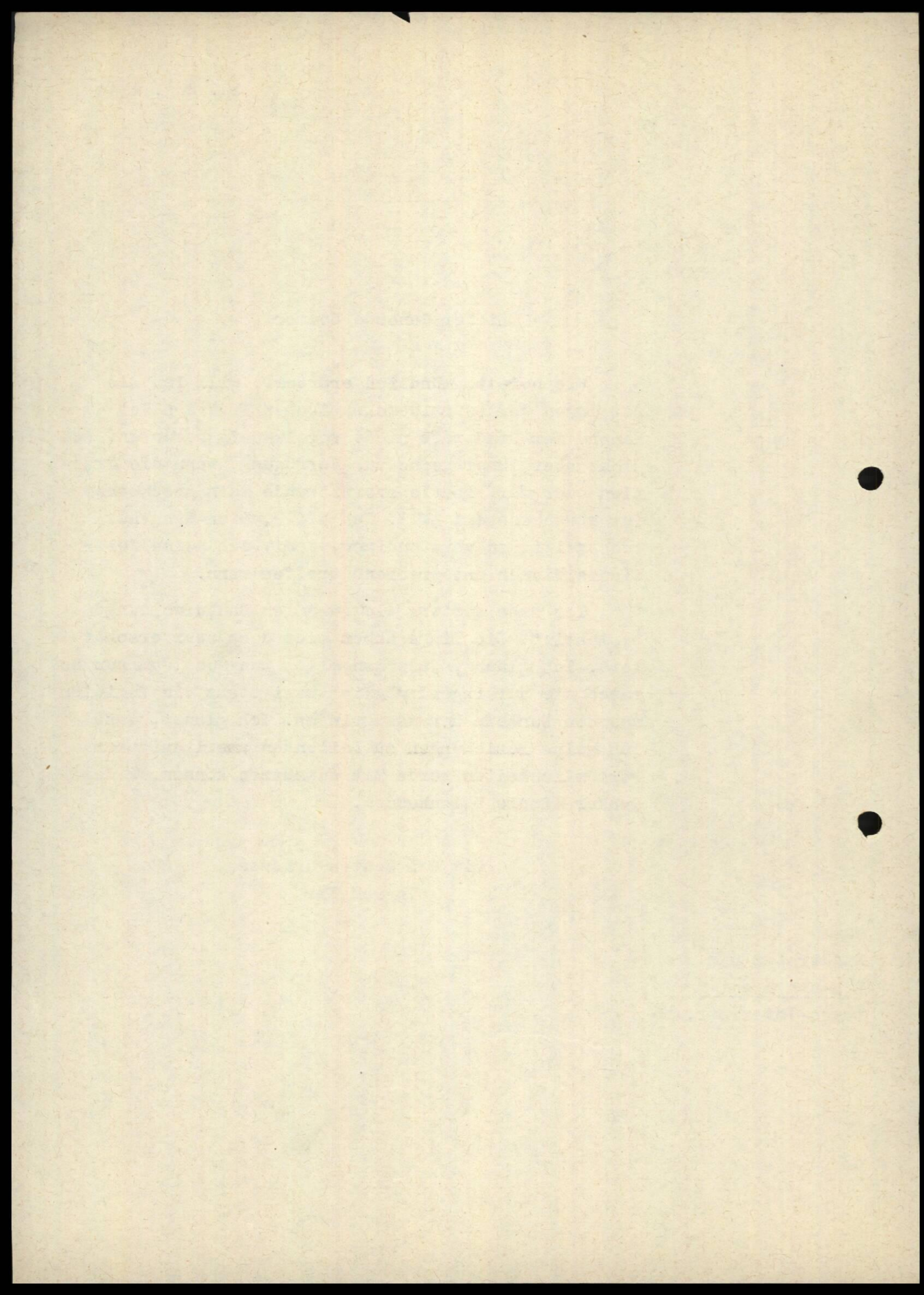
Lieber Genosse Sommer!

Wie bereits mündlich erörtert, will ich die Sitzungen der sozialdemokratischen Fraktion des Mannheimer Stadtrats nicht regelmässig besuchen. Ich stehe aber immer gerne zur Verfügung, wenn die Fraktion oder der Fraktionsvorsitzende mein Erscheinen für wünschenswert hält. Ich bitte, mich dann nur rechtzeitig zu verständigen, damit ich meine Zeitdispositionen entsprechend treffen kann.

Ich habe gestern die gesamten Bunkerwohnungen besichtigt. Die Dinge haben mich doch sehr erschüttert. Ich glaube, dass man alles tun muss, um nun so rasch wie nur irgend möglich wenigstens die Familien aus den Bunkern herauszubringen. Ich glaube, dass ich meine Beziehungen zu leitenden amerikanischen Persönlichkeiten werde mit ausnützen können, um der Bunker-Misere beizukommen.

Mit den besten Grüßen
bin ich Ihr

Herrn
Stadtrat S o m m e r
M a n n h e i m
Lange-Hötterstr. 56



Dr. jur. Werner Sonnen
Birkenau/Odenwald
Hauptstraße 1

Birkenau, den 26.9.1949

Xc / 49

Sehr verehrter Herr Dr. Heimerich!

Leider war es mir infolge einer längeren Krankheit nicht möglich, mein Vorhaben, Ihnen persönlich für Ihren Brief und Ihre Ratschläge zu danken, durchzuführen. Nehmen Sie aber heute auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank entgegen.

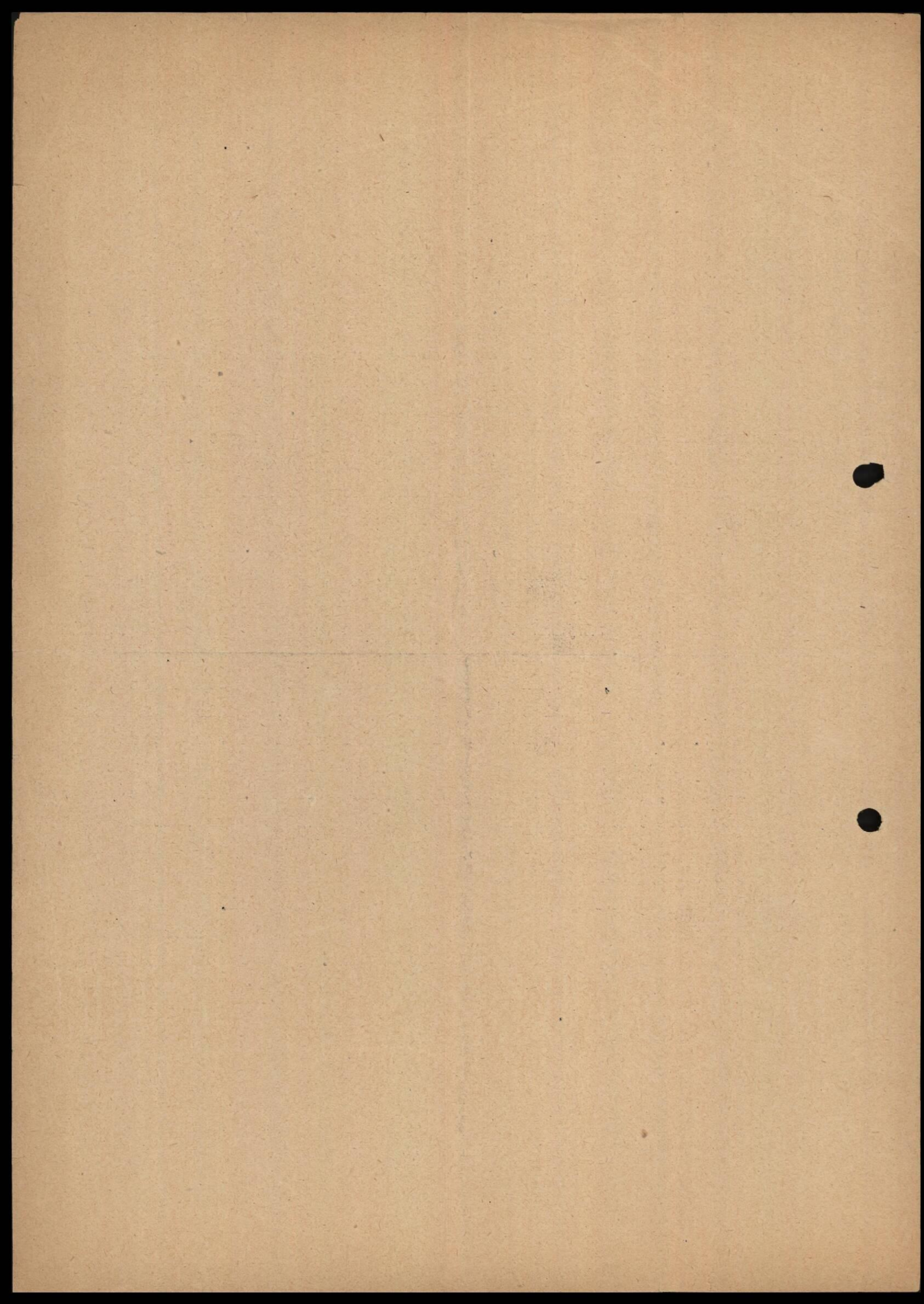
Ihre Einstellung dem "Schmalspurjuristen" gegenüber habe ich mir nicht anders vorgestellt; denn es ist mir ganz klar, daß der "Volljurist" das einzig richtige für denjenigen ist, der einmal so weit ist, wie ich es heute bin. Wenn ich dennoch mit dem Gedanken spielte, schon jetzt ein Amt zu übernehmen, so geschah das einmal in Verkennung der Tatsache, daß allein der Volljurist *w i r k l i c h e* Aussichten hat, zum anderen aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Diese sind es auch, die mich für die Zukunft befürchten lassen, daß ich den 3 1/2-jährigen Vorbereitungsdienst, den ich nun doch am 1.10. aufnehmen werde, nicht durchzuhalten vermag; denn ich habe unter den gegenwärtigen Bedingungen so gut wie keine Aussichten, einen Unterhaltszuschuß zu bekommen. Die ganze Frage wird letztlich davon abhängen, ob es gelingen wird, einen Nebenverdienst zu erschließen, der es mir ermöglicht, wenigstens die nötigsten Bedürfnisse befriedigen zu können; Kost und Wohnung habe ich ja im erlterlichen Hause frei.

Lassen Sie mich Ihnen zum Schluß nochmals herzlich für Ihre Bemühungen und Ratschläge danken. Ich werde mir erlauben, Ihnen bei sich bietender Gelegenheit in Mannheim meinen Besuch abzustatten.

Inzwischen verbleibe ich mit dem Ausdruck meiner besonderen Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Dr. Sonnen



Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Bezirk Württemberg - Baden

Stuttgart, den 15.11.49. D/R

- Landessekretariat -

19. Nov. 1949

Werte Genossen!

Einem Wunsche der nordbadischen Parteifreunde entsprechend, laden wir hiermit zu einer Zusammenkunft am

ein. Sonntag, den 20. November, vormittags 10.00 Uhr,
im Gasthaus zum Salmen, Karlsruhe, Ludwigsplatz,

Tagesordnung: 1. Referat des Genossen Dr. Hermann Veit über
"Wirtschafts- und staatspolitische Situation
in Nord-Württemberg - Nord-Baden."
2. Referat des Genossen Dr. Erich Nies über
"Nordbadische Finanz- und Verkehrsfragen."

Die an die Referate anschliessende Aussprache soll unseren badischen Freunden Gelegenheit geben, einmal aus sachverständigem Munde die ganzen Probleme erläutert zu bekommen, um manache unrichtige oder schiefe Darlegung generischer Agitation gegenüberreten zu können. Wir erwarten daher ein vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Geladenen.

Die Kosten für das Mittagessen werden von der Landeskasse übernommen.

Mit freundlichem Gruss !

gez. Max Denker.

Max Denker

Emil. 26.8.



Sozialdemokratische Partei Mannheim

K 1.13

Herrn

Oberbürgermeister
Dr. Dr. h. c. Heimerich

M a n n h e i m
Rathaus K 7.

Sekretariat: ~~Königsplatz 67~~

Telefon 52898

Bankkonto: Städt. Sparkasse Nr. 4310

Mannheim, den 25. 8. 49.
O/St.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Wir erlauben uns hiermit, Sie höflichst zu unserer am
Donnerstag, den 1.9.49 - 19 Uhr - in der Turnhalle der
Wohlgelegenschule stattfindenden Funktionär- und Dele-
giertenkonferenz einzuladen.

Im Mittelpunkt der Stellungnahme zum Ausgang der Bundes-
tagswahlen steht das

Referat des Gen. Prof. Dr. Carlo S c h m i d
"Aufgaben der Sozialdemokratie nach den Bundes-
tagswahlen".

Mit freundlichem Gruss

Sozialdemokratische Partei

Mannheim

*Ich will
hingehen,
bin allerdings tagen
in Frankfurt*

Lh

26.8.

2. September 1949

Lieber Genosse Ott !

Es ist mir gestern abend leider nicht möglich gewesen, zur Funktionär- und Delegierten-Konferenz zu kommen und das Referat vom Genossen Carlo Schmid zu hören. Ich war in Frankfurt und bin zu spät zurückgekommen.

Ich wäre Ihnen aber dankbar, wenn Sie mich zu ähnlichen Gelegenheiten wieder einladen würden.

An die
Sozialdemokratische Partei,

Mit freundlichem Gruß !

Mannheim K 3. 18

Lh.
Dr. Heimerich

1.7. Dez. 1949

DER STADTRAT ZU NÜRNBERG

Städtische Kunstsammlungen

Zeichen für Antwort:

Rufnummer:

An den
Oberbürgermeister der Stadt

M a n n h e i m

Herrn Dr. Hermann H e i m e r i c h

Am 14. Dezember 1949.

Rathaus

Sehr werter Herr Dr. Heimerich!

Mit großem Interesse lese ich in der Neuen Zeitung, wie Sie sich mit Ihrer bekannten Initiativkraft gegen die Einmischung in die Selbstverwaltungsrechte der Stadt Mannheim wehren. Das ist also doch noch der alte Dr. Heimerich, der nicht tot zu kriegen ist. Ich habe mich wirklich gefreut, so etwas wieder von Ihnen lesen zu dürfen.

Auch ich lebe noch und bin noch mit meinem 74 Jahren vollamtlich bei der Stadt Nürnberg wieder tätig. Freuen würde ich mich aber, wenn die Stadt Mannheim und auch die Stadt Nürnberg in kulturellen Dingen etwas mehr zusammengehen würden, da wir ja die gleichen Grundsätze verfolgen.

Mit den besten Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener

Schulz

(Prof. Dr. Schulz)

Direktor der Städtischen Kunstsammlungen

20. Dezember 1949

Sehr geehrter Herr Professor Schulz !

Ich danke Ihnen für Ihr Lebenszeichen und freue mich, daß Sie in Nürnberg noch tätig sein können. Es ist freilich nicht ganz einfach, in so zerstörten Städten wie Nürnberg und Mannheim zu arbeiten, aber man darf den Mut nicht verlieren.

Eine Zusammenarbeit unserer beiden Städte in kulturellen Dingen würde ich sehr begrüßen. Ich hoffe, in absehbarer Zeit einmal nach Nürnberg zu kommen und würde mich dann gerne mit Ihnen über die Einzelheiten einer solchen Zusammenarbeit unterhalten.

Mit den besten Wünschen für die bevorstehenden Festtage und freundlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener

Herrn

Prof. Dr. S c h u l z,

Direktor der
Städtischen Kunstsammlungen,

N ü r n b e r g

DER STADTRAT ZU NÜRNBERG

Städtische Kunstsammlungen

Zeichen für Antwort:

Rufnummer:

An den

Oberbürgermeister
der Stadt M a n n h e i m

Am 23. Dezember 1949.

Herrn Dr. H e i m e r i c h

M a n n h e i m - K 7

Sehr werter Herr Oberbürgermeister!

Ich kann Ihnen die Versicherung geben, dass ich mich über Ihre liebenswürdigen Zeilen aufrichtig gefreut habe. Ich weiss, dass die Oberbürgermeister von Mannheim und Nürnberg vor die schwierigsten Aufgaben gestellt sind, welche jemals Oberbürgermeister großer Städte zu leisten haben. Auch ich würde es sehr gerne sehen, wenn zwischen unseren beiden Städten ein engeres Zusammengehen in kulturellen Dingen stattfinden könnte. Ist doch die dortige Sammlung, ebenso wie die unsrige, auf durchaus neuzeitlicher Basis aufgebaut. Vielleicht haben Sie die Güte, Ihren Galeriedirektor anzuweisen, dass er sich mit mir ins Benehmen setzen möchte, damit wir alsdann Ihnen sowohl wie unserem Oberbürgermeister entsprechende Vorschläge machen können.

Sehr interessieren würde es mich zu erfahren, welche Ankaufsmittel den dortigen Kunstsammlungen zur Verfügung stehen.

Mit den besten Empfehlungen und guten Wünschen für das Weihnachtsfest und das kommende neue Jahr, bin ich

Ihr sehr ergebener

Schulz

(Prof. Dr. Schulz)

Direktor der Städtischen Kunstsammlungen

Mannheim, den 3. Januar 1950.

1. An Herrn Direktor Dr. Passarge, Kunsthalle zur gefälligen Kenntnis.
2. An das Sekretariat I zurück.

Oberbürgermeister

STATION N

1880



Mannheim, den 7. Januar 1950

An den Herrn Oberbürgermeister - Sekr. I -

nach Kenntnisnahme zurück. Ich werde mich mit Herrn Dir. Prof. Dr. Schulz ins Benehmen setzen.

Direktor der Kunsthalle:

Bussay

Al/4

21. Okt. 1949

Dipl.-Ing. Karl Klimmer,
Amtsvorstand des Städt. Hochbauamts

Mannheim, den 18. Oktober 1949.

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 14.9.1949
bezüglich der weiteren Gestaltung meines Dienstverhältnisses. Ich
habe mich jedoch dazu noch nicht geäußert, da ich Ihnen in einer
mündlichen Rücksprache meine Stellungnahme darlegen wollte.

Das Angebot ist für mich in dieser Form nicht annehmbar.
Ich möchte Sie daher höflichst bitten, mir die Rücksprache, um die
ich schon seit längerer Zeit nachgesucht habe, zu ermöglichen.

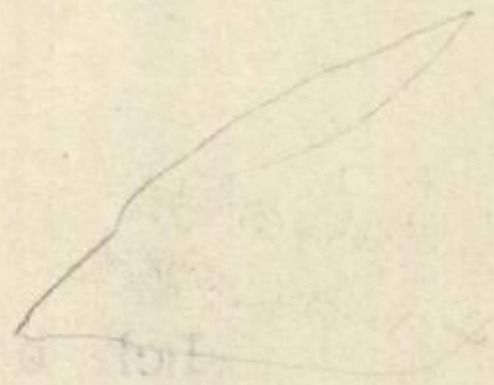
Klimmer

An den

Herrn Oberbürgermeister.

Rücksprache hat heute
stattgefunden
G. H. M.

1. 1. 1911. 1. 1. 1911. 1. 1. 1911.



Ich habe die 1. 1. 1911. 1. 1. 1911. 1. 1. 1911.

1. 1. 1911. 1. 1. 1911. 1. 1. 1911.

9. Juli 1949.

ab 9./7.

Dr.H./S.

Herrn
E. Steingroever

Berlin - Dahlem
Miguelstr. 94

Lieber Herr Steingroever!

Besten Dank für Ihren Brief vom 4.ds.Mts. Ich stehe natürlich gerne als Auskunftsperson für Sie zur Verfügung. Herrn Ministerialdirektor Dr. Kriege kenne ich ganz gut aus meiner Tätigkeit im Finanz- und Steuerausschuß des Wirtschaftsrats. Wie er Sie bei der Verwaltung für Finanzen in Bad Homburg unterbringen will, ist mir allerdings ziemlich rätselhaft. Eine solche Einstellung wird auch nicht von ihm allein abhängen. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen raten soll, unbedingt nach dem Westen zu gehen. Gewiß sind die Verhältnisse in Berlin schwierig, aber im Westen ist es mittlerweile ^{auch} sehr schwer geworden, Fuß zu fassen. Die meisten höheren Berufe sind völlig überfüllt, während die eigentlich produktiven Kräfte fehlen. Die Not der Akademiker wird jeden Tag größer. Auch der Anwaltsberuf ist infolge der ständig zunehmenden Konkurrenz immer schwieriger geworden. Allerdings kann natürlich der Westen die Trizone nicht fallen lassen.

Die weitere Entwicklung von Berlin ist schwer zu beurteilen.
Aber ich habe immer das Gefühl, daß diese wunderbare Stadt mit
ihrer selten vitalen Bevölkerung wieder zur Geltung kommt. Spre-
chen Sie doch einmal mit meinem Schwager, Herrn Dr. Schilling,
der in Berlin bleiben will. Vielleicht kann er Ihnen einen gu-
ten Rat geben.

Wir denken oft, vor allem in den Sommermonaten, an die
schönen Tage in Dahlem, denn wir haben trotz der Nazizeit viel
Freude in Berlin gehabt. Und nirgends haben wir so schön gewohnt
wie in unserem Häuschen am Hirschsprung.

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus

verbleibe ich Ihr

(Dr. Heimerich)

① BERLIN-D.
 MIQUELST
 TELEFON: 7

4.7.49.

Dr. Hermann H e i m e r i c h ,
(17a) H e i d e l b e r g .

8. Juli 1949

Die Verhältnisse für mich hier werden immer schwieriger und ich muss vielleicht doch zum Wanderstab greifen.

Durch meinen langjährigen Nachbarn, Herrn Ministerialdirektor Dr. Kriege, ist es mir vielleicht möglich, bei der Verwaltung für Finanzen in Bad Homburg eine Tätigkeit zu finden. Ich musste in diesen Tagen die Fragebogen usw. einsenden. Bei dieser Gelegenheit musste ich auch die Bestätigung abgeben, dass ich nicht der Partei oder irgendwelchen Organisationen angehörte.

Es könnte immerhin möglich sein, dass ich hierfür auch Zeugen an-
geben muss und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir eine Bestä-
tigung über meine konsequente politische Einstellung nach 33
bis Kriegsende zusenden könnten. Wenn Sie sonst noch einige empfeh-
lende Worte zusetzen würden, wäre ich Ihnen natürlich sehr dank-
bar.

Im übrigen geht es uns gut, was ich auch von Ihnen hoffe. Wir sind natürlich nicht erfreut, dass wir hier evtl. alles aufgeben müssen, aber die Geschäftsmöglichkeiten sind, da alle Steinbrüche enteignet wurden, nicht mehr gegeben und etwas Neues hier anzufangen, ist sehr schwierig.

Mit besten Grüßen von Haus zu Haus verbelei~~be~~be ich

Ihr ergebener

Reinigung

4.7.49.

Herrn

Dr. Hermann Heimerich,
(17a) Heideberg.

Sehr geehrter Herr Doktor.

Die Verhältnisse für mich hier werden immer schwieriger und ich
muss vielleicht doch zum Wanderschaft greifen.

Durch meinen langjährigen Nachbarn, Herrn Ministerialdirektor
Dr. Krieger, ist es mir vielleicht möglich, bei der Verwaltung
für Finanzen in Bad Homburg eine Tätigkeit zu finden. Ich musste
in diesen Tagen die Fragebogen usw. einreichen. Bei dieser Gelegen-
heit musste ich auch die Bestätigung abgeben, dass ich nicht der
Partei oder irgendwelchen Organisationen angehöre.

Es könnte immerhin möglich sein, dass ich hierfür auch Zeugen an-
geben muss und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir eine Bestä-
tigung über meine konsistente politische Einstellung nach 33
die kriegsbedingte Ausreise könnten. Wenn Sie sonst noch einige empfeh-
lende Worte einsetzen würden, wäre ich Ihnen natürlich sehr dank-
bar.

Im übrigen geht es uns gut, was ich auch von Ihnen hoffe. Wir
sind natürlich nicht erfreut, dass wir hier evtl. alles auf-
geben müssen, aber die Geschäftsmöglichkeiten sind, da alle Stein-
brüche entfernt wurden, nicht mehr gegeben und etwas Neues hier
anzufangen, ist sehr schwierig.

Mit besten Grüßen von Haus zu Haus verbleibe ich

Ihr ergebener

Heimerich

DR. ERNST C. STIEFEL

20 PINE STREET, SUITE 2900
(CHASE NATIONAL BANK BUILDING)
NEW YORK 5, N. Y.

27. Sep. 1949

ATTORNEY-AT-LAW SUPREME COURT, NEW YORK
BARRISTER-AT-LAW, HIGH COURT, LONDON
LICENCIÉ-EN-DROIT, PARIS

23. September 1949

PHONES: HANOVER 22255 - 22262
CABLE ADDRESS:
ERNSTEEFEL NEW YORK

AC/9

Herrn Oberbuergermeister
Dr. Dr. h.c. Hermann Heimerich
Mannheim, Deutschland

Lieber Herr Dr. Heimerich:

Ich habe mit grossem Interesse Ihr Bekenntnis im
"Amtsblatt" soeben gelesen und moechte Ihnen nochmals
meine herzlichsten Glueckwuensche zu Ihrer Wahl und
meine besten Wuensche zu der grossen Aufgabe, die
Ihrer harrt, zum Ausdruck bringen.

Gerade nachdem Sie an der Spitze meiner Heimatstadt
stehen, werde ich es mir angelegen sein lassen, unter
den Amerikanern die Mannheim kennen und solchen die
es nicht kennen die Verbindungen aufrecht zu erhalten
und Bindungen zu schaffen.

Ich nehme an, dass ich zu Weihnachten wieder bei Ihnen
sein werde. Inzwischen verbleibe ich mit herzlichen
Gruessen an Sie und Ihre werte Familie

Ihr

E. Stiefel

ECS:ir

DR. ERNST C. STIEBEL

20 FINE STREET, SUITE 2200
CHASE NATIONAL BANK BUILDING
NEW YORK 2, N. Y.

RECEIVED: NOVEMBER 2, 1943 - 22552
CABLE ADDRESS
ERNST C. STIEBEL, NEW YORK

ATTORNEY AT LAW, SUPREME COURT, NEW YORK
BARRISTER AT LAW, HIGH COURT, LONDON
VICE-CONSUL, PARIS

23. September 1943

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Dr. h. c. Hermann Reimerich
Mannheim, Deutschland

Lieber Herr Dr. Reimerich:

Ich habe mit grosser Interesse Ihr Bekenntnis im
"Anschlusst" gelesen und möchte Ihnen nochmals
meine herzlichsten Glückwünsche zu Ihrer Wahl und
meiner besten Wunsche zu Ihrer grossen Aufgabe, die
Ihre Stadt, man würde nicht sagen.

Gerade, nachdem Sie an der Spitze unserer Heimatstadt
sich setzen, werde ich es mir an dieser Stelle erlauben, Ihnen
den herzlichsten die herzlichsten Wünsche und hoffen, dass
es nicht schwer sein wird, die Verbindungen zu erhalten
und Beziehungen zu schaffen.

Ich möchte nur, dass Sie zu weichen werden, wenn
sich würde. Inwieweit verbleibe ich mit herzlichen
Grossen an Sie und Ihre wertvolle Familie

Ihr

T. Stiebel

22552

, den 28. November 1949

Herrn
Dipl. Ing. W. Strahringer,
Direktor der
Hessischen Elektrizitäts AG.,
D a r m s t a d t
Luisenstr. 12

Lieber Genosse Strahringer !

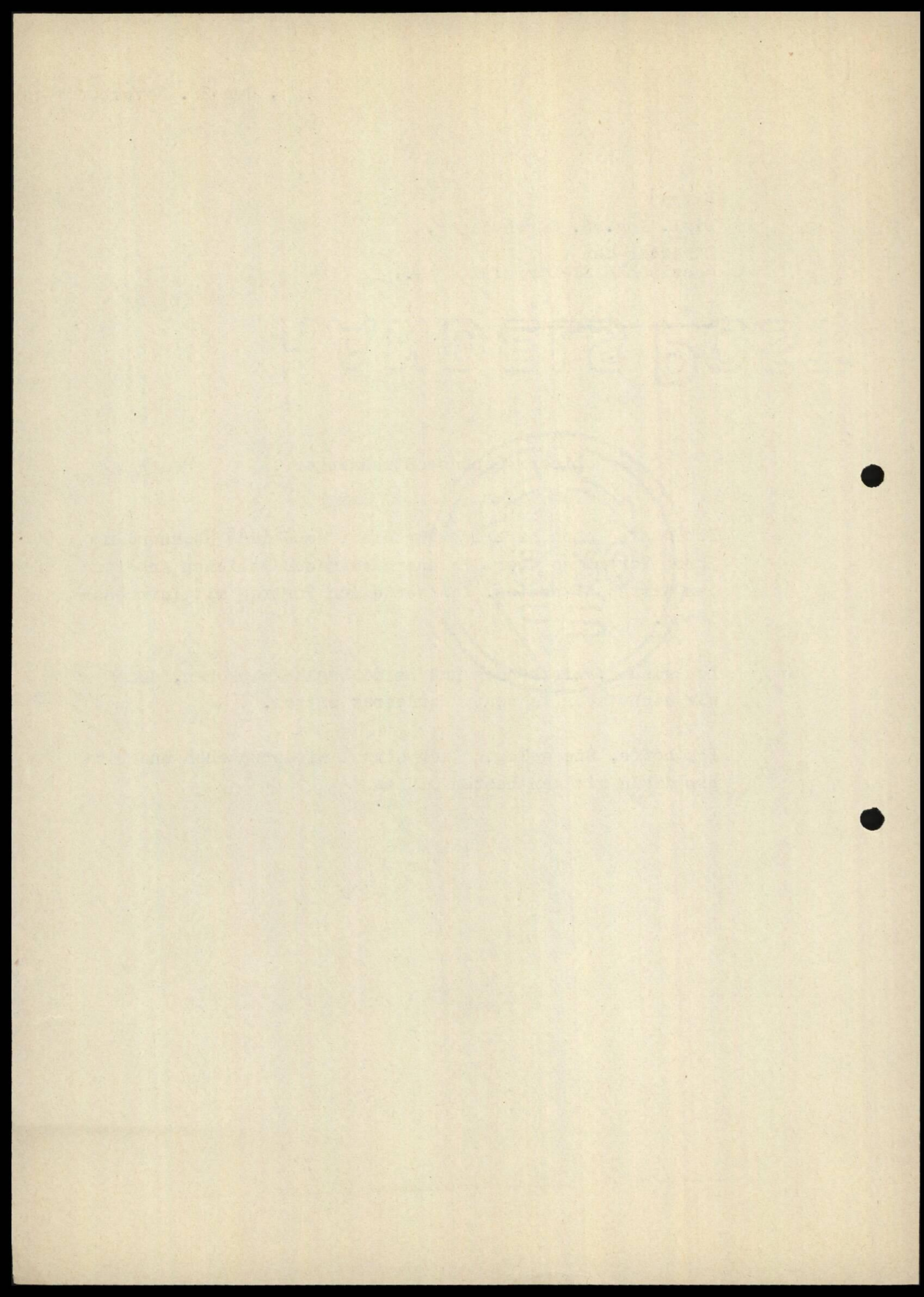
Ich danke Ihnen herzlich für die freundliche Übersendung
Ihres Vortrages über die energiewirtschaftlichen Arbeiten
des Wirtschaftsrates. Ich werde den Vortrag mit Interesse
lesen.

Ich glaube, wir können uns beide beglückwünschen, daß
wir nicht mehr im neuen Bundesrat sitzen.

Ich hoffe, Sie gelegentlich einmal wiederzusehen und bin
bis dahin mit den besten Grüßen

Ihr

Lh.



25. Nov. 1949

Dipl.-Ing. W. Strahringer
Direktor der Hess. Elektrizitäts-A.-G.
Darmstadt

Darmstadt, den 23.11.49
Luisenstraße 12

Herrn

Oberbürgermeister Dr. Dr. Hermann Heimerich
Mannheim

Betr.: Rückblick über die energiewirtschaftlichen Arbeiten des Wirtschaftsrates.

Ich beehre mich, Ihnen den gedruckten Text eines Vortrags über die energiewirtschaftlichen Arbeiten des Wirtschaftsrates zu übermitteln, den ich am 27. September ds. Js. vor dem Verband Hessischer Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke in Frankfurt a. M. gehalten habe.

Hochachtungsvoll

Anl. 1 Druckschrift

Strahringer

25. Nov 1949

Demnach das 25.11.49

Dipl.-Ing. W. Bröcher

Dr. Ing. W. Bröcher

Frankfurt

Herrn

Oberbürgermeister Dr. H. Herrmann

Frankfurt

Herrn: Rückblick über die energiewirtschaftlichen Arbeiten des Wirtschaftsausschusses.

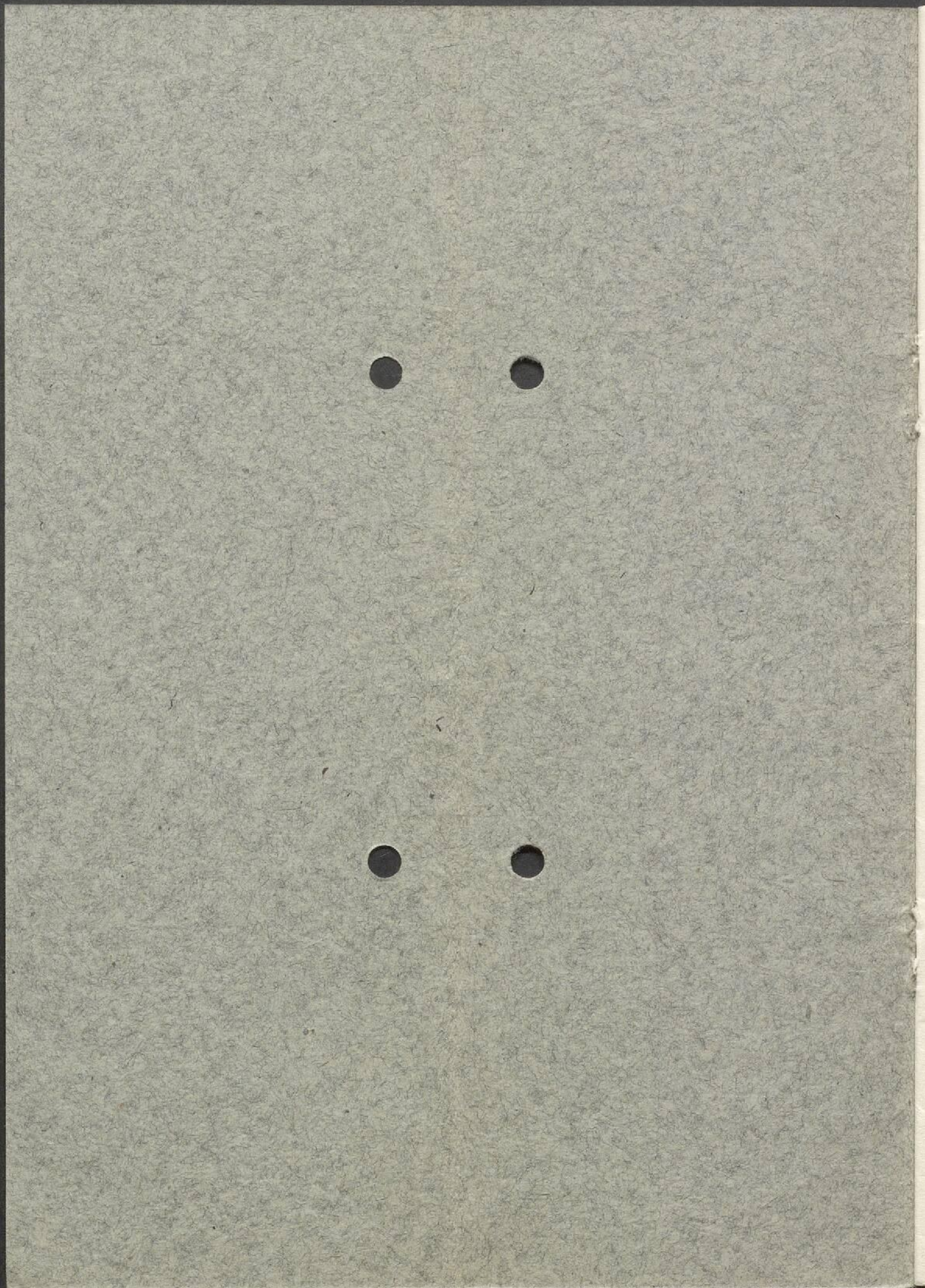
Ich beehrte mich, Ihnen den gedruckten Text eines Vortrags über die energiewirtschaftlichen Arbeiten des Wirtschaftsausschusses zu übermitteln, den ich am 27. September d. J. vor dem Verband Hessischer Elektrizitäts- und Gas- und Wasserwerke in Frankfurt a. M. gehalten habe.

Hochachtungsvoll

Ant. I. Bröcher

W. STRAHINGER

Rückblick über die
energiewirtschaftlichen
Arbeiten
des Wirtschaftsrates



W. STRAHINGER

Rückblick über die energiewirtschaftlichen Arbeiten des Wirtschaftsrates

Vortrag, gehalten

*auf der 4. Ordentlichen Mitgliederversammlung
des Verbandes Hessischer Elektrizitäts-,
Gas- und Wasserwerke, Frankfurt am Main
am 27. September 1949*

Herausgegeben vom Verband Hessischer Elektrizitäts-, Gas- u.
Wasserwerke, Frankfurt am Main, Bockenheimer Landstr. 109

1874

Rechnung über die

Ergebnisse der

Erhebung

1874

1874

1874

1874

1874

1874

1874

1874

1874

1874

1874

Wenn ich über gesetzgeberische Arbeiten des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes berichte, blättere ich sozusagen in dem Buche der freilich noch recht frischen Erinnerung an meine Zugehörigkeit zu dieser Körperschaft. Soweit der Wirtschaftsrat Gesetze geschaffen hat, ist diese Erinnerung in den meisten Fällen allerdings noch heute wirksame Tatsache.

1. Der Wirtschaftsrat und seine Befugnisse.

Der Wirtschaftsrat ist auf Anordnung der Militär-Gouverneure vom 10. Juni 1947 gebildet worden und hat seine letzte Gestalt durch die „*Verordnung Nr. 126 der Britischen Militärregierung*“ und die „*Proklamation Nr. 7 der Amerikanischen Militärregierung*“ vom 9. Februar 1948 erhalten. Seine Gesetze durften mit den durch den Kontrollrat und die Militärregierungen erlassenen Gesetzen nicht in Widerspruch stehen. Seine Befugnisse waren zudem auf bestimmte Gesetzesgebiete beschränkt. Sie waren ferner durch die Einspruchsmöglichkeit des Exekutivrates und später des Länderrates eingeengt und wirkten sich schließlich überhaupt nicht aus, wenn Bipartite Board ihnen die Zustimmung versagte. Daß zuweilen auch Verwaltungsorgane selbst den

gesetzgeberischen Absichten des Wirtschaftsrates hartnäckigen Widerstand entgegensetzten, sei nur am Rande erwähnt.

Zu den Rechten des Wirtschaftsrates, die uns im Rahmen dieses Vortrags vor allem angehen, gehörte das Recht, Gesetze anzunehmen und zu erlassen, die Erzeugung, Zuteilung und Verteilung von Gas, Wasser und Elektrizität betreffen, sowie das Recht, Gesetze über Preisbildung und Preisüberwachung anzunehmen und zu erlassen.

2. Das Zentrallastverteilungsgesetz.

Das „Gesetz über Notmaßnahmen auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Ferngasversorgung (Zentrallastverteilungsgesetz)“ stammt vom 21. November 1947. Es ist nach zweimaliger Verlängerung am 31. März 1949 außer Kraft getreten. Da es damit wirklich nur noch Erinnerungswert hat, braucht es heute nicht mehr behandelt zu werden.

3. Das Energienotgesetz.

Nach einer die Verwaltung beunruhigenden Zeitlücke hat der Wirtschaftsrat am 10. Juni 1949 mit Wirkung vom 1. April 1949 das „Gesetz über Notmaßnahmen auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energienotgesetz)“ beschlossen, das am 31. März 1950 außer Kraft tritt, also heute noch wirksam ist. Dieses Gesetz hat die überbezirkliche Regelung der die Energieverteilung betreffenden Abschnitte des Zentrallastverteilungsgesetzes im wesentlichen übernommen und durch weitere Bestimmungen die Anwendung der Kriegsverordnungen über die Energieverteilung überflüssig gemacht.

Es hält am Zentrallastverteiler für Elektrizität und am Zentralgasverteiler des Zentrallastverteilungsgesetzes fest. Unter den Zentrallastverteilern gibt es Hauptlastverteiler und Hauptgasverteiler sowie Gebiets- und Ortslastverteiler und Gebiets- und Ortsgasverteiler.

§ 4 des Gesetzes bietet dem Buchstaben nach die Möglichkeit, die beiden Kontrollratsgesetze Nr. 7 und Nr. 19 zu übersehen, weil er den obersten Landesbehörden und nach ihrer Anweisung den Last- und Gasverteilern erlaubt, die Abgabe von Energie zu regeln und den Verbraucher – auch zum Ausgleich unzulässigen Mehrverbrauchs – auf Zeit vom Energiebezug auszuschließen oder in der Energieabnahme zu beschränken. Die Bewährungsprobe hat das Gesetz in dieser Richtung allerdings noch nicht bestanden, weil unter allen Beteiligten zur Zeit Bürgerfriede herrscht.

Eine heftige Debatte hat im Wirtschaftsrat § 4 Absatz (1) Buchstabe c ausgelöst, der festlegt, daß den Energieversorgungsunternehmen und bei besonders angespannter Lage der Energieversorgung den Besitzern von Eigenanlagen die Abgabe, Weiterleitung oder Abnahme von Energie auferlegt werden kann, wobei allerdings bestehende Verträge und die Zweckbestimmung der Eigenanlagen möglichst zu berücksichtigen sind. Man hat geltend gemacht, daß das Gesetz die Initiative der Industrie lähme, Eigenanlagen aufzustellen. Ich habe im Plenum demgegenüber darauf hingewiesen, daß das gerade einer der Zwecke des Gesetzes sei, weil Eigenanlagen ohne Dampfbedarf oder eigene Brennstoffgrundlage Fehlinvestitionen darstellen. Daran ändere, so fügte ich hinzu, auch die Absicht der Dieselmaschinenhersteller nichts, den Abnehmern vor kommenden Stromeinschränkungen Angst zu machen.

Die Verteidiger der Eigenanlagenbesitzer und derer, die dies werden wollten oder sollten, verlangten in diesem Zusammenhang daß Eigenanlagenbesitzer für einen das Zumutbare überschreitenden Schaden – lies Einnahmeausfall – entschädigt werden. Diese Forderung ist erst durch einen Einspruch des Länderrates gegen das am 24. März 1949 erstmalig beschlossene Gesetz gefallen. Das am 10. Juni 1949 endgültig beschlossene Gesetz besagt nur noch, daß der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft Anordnungen und Verfügungen über die Höhe der Vergütung für Energielieferungen erlassen kann und auf Antrag erlassen muß, die auf Grund des § 4 Absatzes (1) Buchstabe c des Gesetzes verlangt werden.

§ 5 des Gesetzes regelt Verteilung, Vorratshaltung und Verbrauch der für die Elektrizitätsversorgung und die Gasversorgung zugeteilten Kohle, der sogenannten Energiekohle.

Das Gesetz schreibt schließlich vor, daß beim Direktor der Verwaltung für Wirtschaft ein Elektrizitäts- und ein Gasausschuß gebildet werden, die sich aus Vertretern der Länder, der Energieversorgungsunternehmen, der Besitzer von Eigenanlagen, der Energieverbraucher und der Gewerkschaften zusammensetzen, und in allen grundsätzlichen Angelegenheiten zu hören und zu unterrichten sind.

Auch bei den obersten Landesbehörden sind entsprechende Ausschüsse zu bilden.

4. Das Preisgesetz.

Das „Übergangsgesetz über Preisbildung und Preisüberwachung (Preisgesetz)“ vom 10. April 1948 legt fest, daß eine Veränderung der Preise von Waren und Leistungen, die eine grundlegende Be-

deutung für den gesamten Preisstand, insbesondere die Lebenshaltung, hat, der Zustimmung des Wirtschaftsrates bedarf. Es besagt ferner, daß die für die *Preisbildung* zuständigen Stellen Anordnungen und Verfügungen erlassen können, durch die Preise, Mieten, Pachten, Gebühren und sonstige Entgelte für Güter und Leistungen jeder Art festgesetzt oder genehmigt werden oder durch die der Preisstand aufrechterhalten werden soll. Nach dem Gesetz ist der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft zuständig, wenn Bestimmungen für mehr als ein Land erforderlich sind oder wenn die Preisbildung den Verkehr mit Gütern und Leistungen in mehr als einem Land beeinflußt oder beeinflussen kann, während alle anderen Fälle in den Arbeitsbereich der obersten Landesbehörden fallen. Die *Preisüberwachung* obliegt nach dem Gesetz ebenfalls den obersten Landesbehörden. Das ursprünglich bis 31. Dezember 1948 befristet gewesene Gesetz ist inzwischen bis 31. Dezember 1949 verlängert worden. Auf Grund des Preisgesetzes sind die „Anordnung Nummer PR 52/48 zur Änderung der Preise für Gas“ und die „Anordnung Nummer PR 53/48 Änderung der Preise für elektrischen Strom“ vom 21. Juni 1948 erlassen worden. Am Preisgesetz sind aber auch alle späteren Bemühungen gescheitert, die Energiepreise auf breiter Grundlage neu festzulegen. Nicht vergessen sei in diesem Zusammenhang, daß die Preisabteilung des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr auf Grund des Preisgesetzes einem Unternehmen gestattet hat, beim Neusetzen von Elektrizitätszählern vom Abnehmer Zuschüsse „entgegenzunehmen“. Sie hat diese Erlaubnis allerdings durch die Vorschrift eingeengt, daß diese Zuschüsse nur dann berechnet werden dürfen, wenn sich der Abnehmer freiwillig zu ihrer Zahlung bereit erklärt,

daß es aber bei Ablehnung einer freiwilligen Zahlung von Zuschüssen durch den Abnehmer bei der bisherigen Regelung bleibt. Wenn diese Verfügung dem Unternehmen auch nicht ohne weiteres ermöglichen wird, für neu zu setzende Zähler allgemein Zuschüsse zu verlangen, hat es doch die Möglichkeit, in den Fällen freiwillig zu leistender Zuschüsse zu vereinbaren, in denen es nicht verpflichtet ist, Zähler zu setzen, also beispielsweise bei Zählertrennungen und beim Anschluß von Treppenhausbeleuchtungen und dergleichen.

5. Das Leitsatzgesetz.

Das mit der Geldreform in Kraft getretene, nach der inzwischen beschlossenen Verlängerung vorerst bis 31. Dezember 1949 geltende „*Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform*“ vom 24. Juni 1948 ist in mehrfacher Hinsicht ein Kuriosum. Es kleidet, wie der Länderrat in seinem Einspruch gegen die Verlängerung des Gesetzes zum Ausdruck gebracht hat, gegen alle Überlieferung wirtschaftspolitische Auffassungen in Gesetzesform, gibt aber andererseits nur vage und gewagte Vorschriften und hat damit erhebliche Verwirrung angerichtet. Immerhin verlangt die *Anlage zum Gesetz*, daß die Festsetzung und die Freigabe der Preise für Gas und Elektrizität der vorherigen Genehmigung durch den Wirtschaftsrat bedarf, während die „*Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung nach der Währungsreform*“ vom 25. Juni 1948, die auf Grund des Leitsatzgesetzes und des Preisgesetzes erlassen worden ist, bestimmt, daß die bei Inkrafttreten dieser Anordnung für Elektrizität, Gas und Wasser geltenden Preisvorschriften als Höchstpreisvorschriften anzuwenden sind.

Das „Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“ vom 24. Juni 1948, das das Datum vom 3. Februar 1949 trägt, hat den die Energiepreise behandelnden Teil II Absatz 3 der Anlage zum Leitsatzgesetz gestrichen. Daraus ist von mancher Seite geschlossen worden, daß die Verwaltung für Wirtschaft die Energiepreise dem Wirtschaftsrat nicht mehr vorzulegen braucht. Diese Kreise übersehen, daß das Preisgesetz nach wie vor gilt, dessen § 1 – wie schon dargelegt – vorschreibt, daß eine Veränderung der Preise von Waren und Leistungen, die eine grundlegende Bedeutung für den gesamten Preisstand, insbesondere die Lebenshaltung, hat, der Zustimmung des Wirtschaftsrates bedarf.

Das Zweimähtekontrollamt hat die Frage offengelassen, ob Energiepreise das ganze Preisgefüge beeinflussen, hat aber am 31. März 1948 im – wie es sagt – Interesse der britischen und amerikanischen Steuerzahler vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates verlangt, daß Preisänderungen bei Artikeln, die ursprünglich unter Teil II Absatz 3 der Anlage zum Leitsatzgesetz fielen, also auch Preisänderungen für Gas und Elektrizität, ihm zur vorherigen Genehmigung vorzulegen sind.

Diese kurzen Hinweise machen zur Genüge sichtbar, wie unsicher die gesetzlichen Grundlagen jeder Energiepreisänderung sind und lassen als verständlich erscheinen, warum wir auf diesem Gebiete bisher zu keiner befriedigenden Lösung gekommen sind. In einer Hinsicht hat die „Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung nach der Währungsreform“ vom 25. Juni 1948 immerhin eine erfreuliche Auflockerung gebracht. § 4 legt fest, daß die „Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen“ vom 26. November 1936 für alle in den §§ 1 bis 3 nicht genannten Waren und Leistungen nicht mehr angewendet wird. Damit haben

die Versorgungsunternehmen wieder das Recht erhalten, Anschlußkosten, Baukostenzuschüsse, Mietpreise für Meßsätze und Preise für ähnliche Leistungen frei festzusetzen, soweit diese Preise nicht nach § 2 Absatz 2 der „*Tarifordnung für elektrische Energie*“ vom 25. Juli 1938 Bestandteil der allgemeinen Tarifpreise sind oder nicht andere Bindungen – z. B. Konzessionsverträge – der Preisfreiheit entgegenstehen.

6. Gas- und Strompreiserhöhung.

Nachdem das Zweimächtekontrollamt, ohne die gesetzgeberischen Befugnisse des Wirtschaftsrates zu beachten, den Verwaltungsrat angewiesen hatte, die Preise für Steinkohle mit Wirkung vom 1. April 1948 um 10 DM je Tonne zu erhöhen, war klar, daß auch die bisherigen Energiepreise nicht gehalten werden konnten. Da der Wirtschaftsrat sich aber Ende Mai 1948 dagegen ausgesprochen hatte, eine Energiepreiserhöhung vor der Geldreform zuzulassen, sind die beiden ersten stark umkämpften Anordnungen über eine Energiepreiserhöhung vom 21. Juni 1948 erst am 1. August des gleichen Jahres wirksam geworden. Es handelt sich um die „*Anordnung PR Nummer 52/48 zur Änderung der Preise für Gas*“ und die „*Anordnung PR Nummer 53/48 zur Änderung der Preise für elektrischen Strom.*“ Beide mit Zustimmung des Wirtschaftsrates erlassenen Anordnungen gestatten eine Energiepreiserhöhung in einem solchen Umfang, daß der Durchschnittserlös die Mehrkosten deckt, die in unmittelbarer Auswirkung der Erhöhung der Preise für Steinkohle sowie für Eisen und Stahl gemäß den Anordnungen des Verwaltungsrates vom 15. April 1948 bei der Gewinnung und der Verteilung von Gas oder elektrischem Strom entstehen.

Beide Anordnungen unterscheiden zwischen allgemeinen Tarifpreisen und Preisen für Sonderabnehmer. Die Anordnung PR Nummer 52/48 läßt für Gas zu, daß die allgemeinen Tarifpreise für Haushalte um 3 Dpf. je Kubikmeter im Durchschnitt aller Haushalttarife und ihrer Tarifzonen, die sonstigen allgemeinen Tarifpreise um 2,5 Dpf. je Kubikmeter im Durchschnitt aller Tarife und ihrer Tarifzonen erhöht werden.

In bezug auf Sonderabnehmer bestimmt die Anordnung, daß die Preise um 1,25 Dpf. je Kubikmeter erhöht werden dürfen. Wenn $33\frac{1}{3}$ v. H. des am 8. Mai 1948 zulässig gewesenen Preises mehr als 1,25 Dpf. je Kubikmeter beträgt, dürfen sie höchstens um diese $33\frac{1}{3}$ v. H. erhöht werden. Diese Erhöhung darf aber keinesfalls 2 Dpf. je Kubikmeter übersteigen.

Die Anordnung PR Nummer 53/48 erlaubt eine Erhöhung der allgemeinen Tarifpreise für Strom im Durchschnitt aller Tarifpreise um 2 Dpf. je Kilowattstunde. Die Erhöhung darf auf Grund- und Arbeitspreis verteilt werden, doch sollen die Arbeitspreise bei den Grundpreistarifen mit niedrigem Arbeitspreis nach der Erhöhung 10 Dpf. je Kilowattstunde nicht überschreiten.

Die Preise für Sonderabnehmer dürfen bei Lieferung in Hochspannung um höchstens 1,2 Dpf. je Kilowattstunde, bei Lieferung in Niederspannung um höchstens 1,5 Dpf. je Kilowattstunde gesteigert werden.

Beide Anordnungen haben die Bestimmung gemeinsam, daß eine Erhöhung der Haushalttarifpreise nur zulässig ist, wenn und insoweit eine Erhöhung der Sonderabnehmerpreise nicht ausreicht, die Mehrkosten zu decken, deren Abwälzung nach der Anordnung erlaubt ist. Auf der Stromseite müssen vor einer Erhöhung der Haushalttarifpreise auch die übrigen Tarifpreise zur Abwälzung herangezogen werden.

Als besonders unangenehm wurde von den Energieversorgungsunternehmen empfunden, daß die erwähnten Anordnungen ausdrücklich festlegen, daß Vertragsbestimmungen in Lieferverträgen bis auf weiteres nicht anzuwenden sind, die vorsehen, daß eine Veränderung des Kohlenpreises, der Löhne oder sonstiger Kostenbestandteile zur Erhöhung der Energiepreise berechtigen. Die beiden Anordnungen zur Energiepreiserhöhung haben die Forderungen der Energieversorgungsunternehmen nicht erfüllt. Die Unternehmen haben deshalb im besonderen nach der mit Wirkung vom 1. August 1948 in Kraft getretenen zweiten Erhöhung der Preise der Steinkohle um weitere 7,5 DM je Tonne, der am gleichen Tage wirksam gewordenen Erhöhung der Braunkohlenpreise und der am 16. August 1948 in Kraft getretenen Erhöhung der Eisenbahngütertarife um 40 v. H. von der Bestimmung der Anordnungen zur Energiepreiserhöhung regen Gebrauch gemacht, die dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft ermöglicht, „zur Vermeidung von Härten oder aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen“ Ausnahmen von den Vorschriften der Anordnungen zuzulassen oder anzuordnen. Mögen die Ausnahmen dadurch auch zur Regel geworden sein, so war doch diese Entwicklung vielleicht der einzige Weg, die Energieversorgungsunternehmen arbeitsbereit zu erhalten und ihre Leistungsfähigkeit so zu steigern, daß Wirtschaft und Volk heute kaum noch eine Energienot verspüren, obwohl Gas und elektrischer Strom zu den wichtigsten Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens zählen, und wir auch in unserem privaten Dasein auf diese Energiearten nicht verzichten können.

Die Verwaltung für Wirtschaft, der Länderrat und einzelne Abgeordnete haben sich nach der zweiten Steinkohlepreiserhöhung nach Kräften um eine Bereinigung des unausgeglichene Pro-

blems der Energiepreise bemüht. Ein Erfolg ist ihren Anstrengungen im Wirtschaftsrat nicht mehr beschieden gewesen. Es ist nun am Bundestag, in der Energiepreisfrage Ordnung zu schaffen.

7. Zählerprüfung.

Ein Gesetz, das die Abgeordneten zunächst als eine reine Formsache behandeln zu können glaubten, das sich aber recht bald als außerordentlich anspruchsvoll erwies und ein spannendes Ringen zwischen Wirtschaftsrat und Länderrat, aber auch zwischen Wirtschaftsrat und Verwaltung auslöste, war das „*Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des Maß-, Gewichts- und Eichwesens*“.

Hinter den unscheinbaren Paragraphen des Entwurfs, den der Verwaltungsrat dem Wirtschaftsrat am 14. Januar 1949 vorlegte, – ich glaube, es war der 13. oder 14. Entwurf, der im Schoß der Verwaltung geboren worden war – verbarg sich der Versuch einflußreicher Kreise aus den Eichverwaltungen der Länder, endlich die Machtfülle zu erringen, die ihnen das „*Maß- und Gewichtsgesetz*“ vom 13. Dezember 1935 zwar versprochen, aber bisher nicht gegeben hatte.

§ 10 Absatz (1) des Maß- und Gewichtsgesetzes bestimmt, daß Meßgeräte, die im öffentlichen Verkehr bei der entgeltlichen Abgabe von Gas, Wasser und Elektrizität angewendet oder bereitgehalten werden, geeicht sein müssen.

§ 64 aber schränkt diese Vorschrift dadurch ein, daß er den Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern bestimmen läßt, wann der § 10 für die Eichpflicht der Elektrizitätszähler und Wassermesser und wann er für die Nach Eichpflicht der Gasmesser in Kraft tritt.

Dieses „Wann“ war beim Zusammenbruch des Reiches noch

nicht da. Wohl aber hatten deutsche Eichbeamte in Österreich, in der Tschechoslowakei, in Polen – alles Nachfolgestaaten des alten Österreich, das die Eichpflicht für Energiemeßgeräte schon sehr früh eingeführt hatte – ein „eichpflichtiges“ Leben geführt und zweifellos recht schön gefunden. Nach ihrer Heimkehr erinnerten sie sich des nicht eingelösten Versprechens des Maß- und Gewichtsgesetzes. So versuchten sie denn, dem fälligen *„Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des Maß-, Gewichts- und Eichwesens“* zu einer Fassung zu verhelfen, die sie dem Ziel ihrer Wünsche näherbringen sollte. Dazu gehörte für sie unter anderem, sich dessen zu vergewissern, daß einige im Kriege erlassene Verordnungen durch das Gesetz nicht etwa aufgehoben werden. Zu diesen Verordnungen zählt die *„Zweite Verordnung zur Änderung des Maß- und Eichrechts“* vom 30. November 1942, deren § 3 folgende klassische Fassung hat:

„Auch in den Reichsgebieten, in denen die Eichpflicht für Elektrizitätsmeßgeräte noch nicht in Kraft getreten ist – lies: im gesamten Zweizonenwirtschaftsgebiet! – müssen Meßgeräte, die nach Instandsetzung im öffentlichen Verkehr bei der entgeltlichen Abgabe von Elektrizität angewendet oder bereitgehalten werden, mit einem der Eichanordnung entsprechenden Instandsetzungsschild versehen sein und sind in der Mittelstufe die Eichaufsichtsbehörden zuständig.“

In diese Gruppe gehören ferner die *„Verordnung zur Vereinfachung des Eichwesens“* vom 22. September 1944 und die umfangreiche *„Überwachungsordnung für Elektrizitäts-, Wasser- und Gaszähler (Zählerüberwachungsordnung – ZÜO)“* vom 27. Februar 1945, die erst wenige Wochen vor Beendigung der Kampfhandlungen, nämlich am 11. April 1945 im „Amtsblatt der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt“ veröffentlicht worden ist.

Durch den Entwurf des Verwaltungsrats zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke: „und sind in der Mittelstufe die Eichaufsichtsbehörden zuständig“. Die Eichbehörden glaubten, ihrer „Zuständigkeit“ so sicher zu sein, daß der Verwaltungsrat die einschränkende Fassung des Strafparagraphen des Gesetzes mit dem Hinweis begründen konnte, daß „die Eichbehörden angesichts der großen Zahl von ausstehenden Eichungen zur Zeit nicht in der Lage sind, allen Anträgen auf Eichungen sofort zu entsprechen“.

Der Wirtschaftsrat stellte sich unter dem Einfluß einiger energiekundiger Abgeordneten einmütig auf den Standpunkt, daß die Prüfung von Meßgeräten bei den Versorgungsunternehmen in guten Händen sei, und daß infolgedessen keine Notwendigkeit vorliege, sie den Eichbehörden zu überantworten oder auch nur die Gefahr weiterbestehen zu lassen, daß der § 10 des Maß- und Gewichtsgesetzes eines Tages doch noch Wirklichkeit werde. Er gab deshalb dem § 10 Absatz (1) des Maß- und Gewichtsgesetzes folgende Fassung:

„Neue oder instandgesetzte Meßgeräte, die im öffentlichen Verkehr bei der entgeltlichen Abgabe von Elektrizität, Gas und Wasser angewendet oder bereitgehalten werden, müssen ge Eich oder in einer auf Grund von § 10a Abs. 4 zugelassenen Prüfstelle (Prüfstelle für elektrische Meßgeräte, Gasmeßgeräte, Wassermessgeräte) geprüft und gestempelt sein. Die Vorschriften, die in diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes für die Eichung erlassen sind, gelten sinngemäß für die Prüfung und Stempelung, soweit nicht besondere Bestimmungen anzuwenden sind.“

An dieser Fassung fällt auf, daß Elektrizitätszähler, Gaszähler und Wasserzähler gleich behandelt werden, obwohl neue Gas-

zähler im Gegensatz zu den beiden anderen Zählerarten seit langem geeicht und nicht geprüft werden. Darin sah die Elektrizitätsseite eine Gefährdung ihrer Forderung auf Sicherung ihrer Prüfstellen (bisher Prüämter genannt). Der Wirtschaftsrat glaubte aber, Gaswerke, Wasserwerke und Elektrizitätsversorgungsunternehmen gleich behandeln zu sollen und verankerte daher im Gesetz gleichartige Vorschriften für alle drei Zählerarten.

Er sicherte schließlich der Physikalisch-Technischen Anstalt (PTA), die durch das Gesetz zum Nachfolger der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) erklärt wurde, den Einfluß, den sie braucht, wenn das Prüfwesen einheitlich gehandhabt werden soll. Daß der Wirtschaftsrat die seinen Absichten zuwiderlaufenden Kriegsverordnungen durch das Gesetz aufhob oder im erforderlichen Umfange einschränkte, war selbstverständlich.

Das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des Maß-, Gewichts- und Eichwesens“ wäre in der durch den Wirtschaftsrat am 18. Mai 1949 beschlossenen Fassung durchaus geeignet gewesen, den bisher auf dem Gebiete des Prüfwesens für Elektrizitäts-, Gas- und Wassermessgeräte vorhandenen gewesenen Zustand der Unsicherheit endgültig zu beheben. Den Elektrizitätsversorgungsunternehmen das Prüfrecht für Elektrizitätsmessgeräte ein für allemal zu sichern, hätte das Damoklesschwert beseitigt, das in Gestalt des § 10 des Maß- und Gewichtsgesetzes über ihnen schwebt. Der Länderrat aber wollte dies nicht. Er legte gegen das Gesetz Veto ein. Das inzwischen am 8. Mai 1949 beschlossene „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ kam ihm dabei zu Hilfe. Der Länderrat wies in seiner dem Einspruch beigegebenen Begründung darauf hin, daß der Bund nach Artikel 73 des Grundgesetzes die ausschließliche Gesetzgebung über Maße und Gewichte habe, und daß

es infolgedessen zweckmäßig sei, die Regelung der im vorgeschlagenen Gesetz behandelten Dinge dem Bund zu überlassen. Außerdem machte er geltend, daß das Gesetz die Verwaltungsbefugnisse der Länder in einer für diese nicht tragbaren, jedenfalls über Artikel 83 und 84 des Grundgesetzes hinausgehenden Weise einschränke. At last but not at least wies er darauf hin, daß die in § 3 des Gesetzes zugelassene Prüfpflicht für Geräte zur Messung von Elektrizität, Gas und Wasser dem bisherigen Grundsatz der Eichpflicht widerspreche.

Der Wirtschaftsrat war aber so fest davon überzeugt, mit dem Gesetz einer guten Sache zu dienen, daß er sich nicht ohne weiteres geschlagen gab. Nach Verhandlungen mit dem Länderrat bereiteten einige Abgeordnete der CDU und der SPD einen Initiativantrag zu einem neuen Gesetzentwurf vor, der das Prüferecht für Elektrizitäts-, Gas- und Wasserzähler weiterhin gleichberechtigt neben die Eichpflicht stellte, im übrigen aber der durch das Grundgesetz betonten Stärkung der Länder insofern Rechnung trug, als er festlegte, daß die technische Aufsicht hinsichtlich der Prüfgeräte der PTA, im übrigen aber den Landes-eichverwaltungen obliegt.

Die AdEW wandte sich – nach meiner Auffassung in Verkennung der Kraftverhältnisse – in entschiedener Weise gegen den neuen Entwurf und bemühte sich, dem Veto des Länderrates zum Siege zu verhelfen.

Da befürchtet werden mußte, daß der Länderrat auch gegen das neue Gesetz Einspruch erhebt und Zeit wegen des bevorstehenden Endes des Wirtschaftsrates nicht mehr zu verlieren war, entschied sich der Wirtschaftsrat, ohne auf den vorbereiteten Initiativantrag zurückzukommen, in seiner Sitzung vom 20. Juli 1949 kurzerhand mit Stimmen aller Parteien, das Veto des Länder-

rates zurückzuweisen. Damit war das Gesetz endgültig angenommen. In Kraft getreten ist es aber nicht mehr. Das Zweimähtekontrollamt teilte dem Präsidenten des Wirtschaftsrates nämlich am 5. August 1949 mit, daß es das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des Maß-, Gewichts- und Eichwesens“ nicht genehmigt habe, und zwar offenbar weil es der Ansicht war, „daß die Materie von so großer Bedeutung für die künftige Politik der Bundesregierung ist, daß sie im Hinblick auf das gesamte organisatorische, wirtschaftliche und soziale Programm der Regierung von dieser entschieden werden müsse.“ Damit war der Versuch gescheitert, das Prüfwesen für Elektrizitäts-, Gas- und Wassermesser in einer sowohl den Versorgungsunternehmen als auch dem Abnehmer gerechtwerdenden Form durch ein Gesetz des Wirtschaftsrates festzulegen. Das eine aber wird den Eichbehörden aus dem entschiedenen Kampf des Wirtschaftsrates deutlich geworden sein:

Die Tatsache nämlich, daß den Energieversorgungsunternehmen und im besonderen den Elektrizitätsversorgungsunternehmen das Recht, Prüfstellen zu errichten und zu unterhalten, nicht mehr genommen werden kann.

In welcher Weise das Aufsichtsrecht in einem zukünftigen Gesetz zwischen der Physikalisch-technischen Anstalt und den Landes Eichverwaltungen verteilt werden wird, muß die Zukunft lehren. Möge sich im Bundestag eine Mehrheit finden, die ebenso entschlossen ist, für bewährte Einrichtungen auf dem Gebiete des Prüfwesens einzutreten, wie es der Wirtschaftsrat getan hat!

8. Gewerbefreiheit.

Die Verkündung der Gewerbefreiheit durch die amerikanische

Militär-Regierung zu Beginn des Jahres 1949 versetzte den Wirtschaftsrat in erhebliche Aufregung. Eine Zeitlang sah es so aus, als sollten in der amerikanischen Zone alle Zulassungsbindungen fallen. Der Wirtschaftsrat machte mehrere Ansätze zu einem Gesetz über die Gewerbefreiheit, das auf bestimmten Gebieten einen Rest von Bindungen sichern sollte, und zwar auch auf dem Gebiete des Handwerks und damit des Installationsgewerbes. Mittlerweile wurde die „Anweisung der amerikanischen Militär-Regierung“ vom 28. März 1949 bekannt, der eine lange Liste von Personen und Unternehmen angefügt ist, die weiterhin lizenziert werden können. In ihr sind auch Installateure für Elektrizität und Gas genannt. Diese an die Militär-Regierungen der Länder der US-Zone gerichtete Anweisung hat den Wirtschaftsrat schließlich veranlaßt, die Regelung dieser Frage den Ländern zu überlassen. Sie bemühen sich zur Zeit um eine Lösung.

9. Das Soforthilfegesetz.

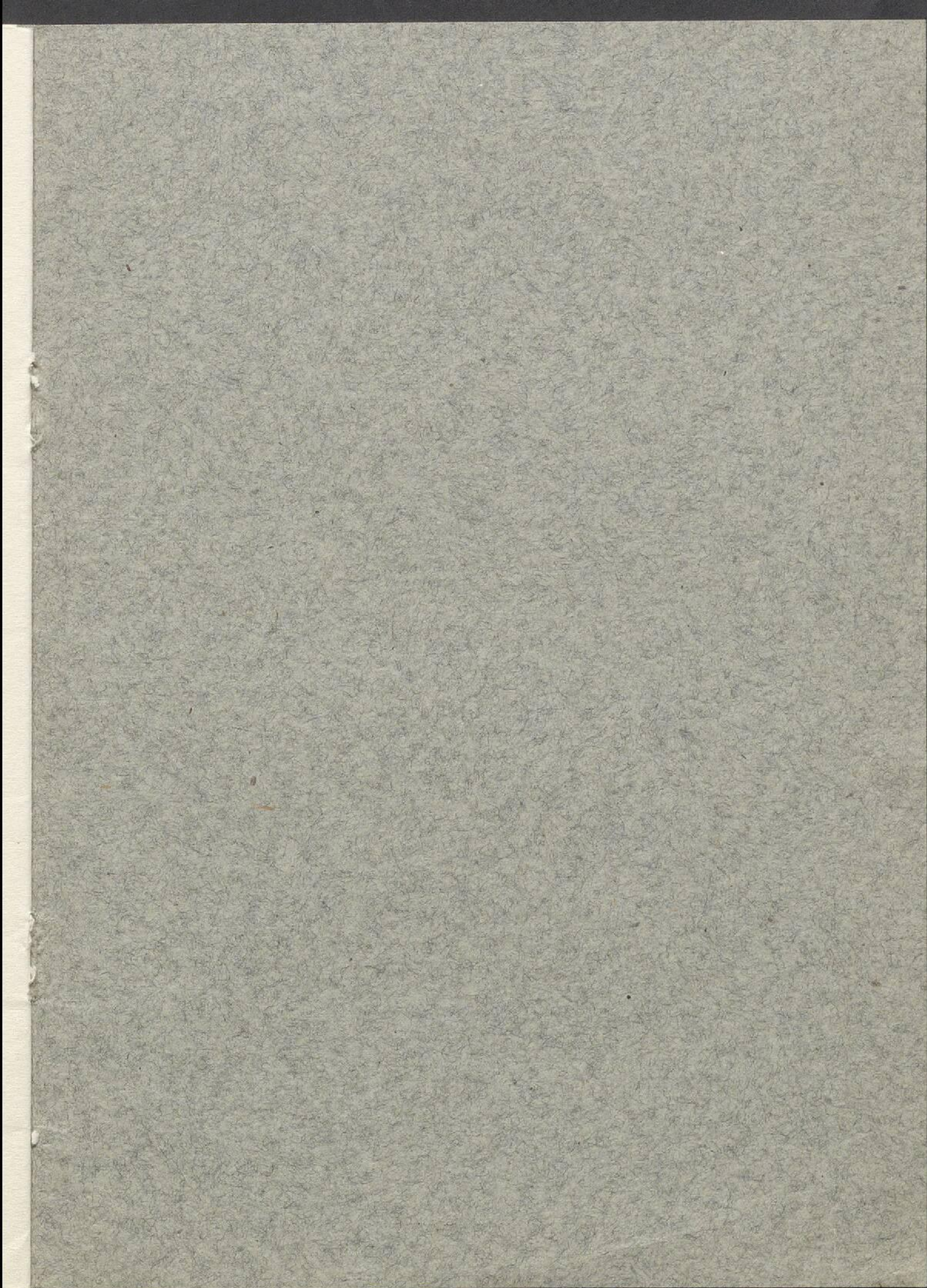
Das „Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände (Soforthilfegesetz - SHG)“ vom 8. August 1949 berührt energiewirtschaftliche Probleme nur am Rande, wenn man davon absieht, daß die Energieversorgungsunternehmen heute durch jede Steuer besonders hart getroffen werden, weil ein gesundes Gleichgewicht zwischen den Waren, die sie benötigen, und den Waren, die sie verkaufen, nicht besteht. Ich möchte auf dieses Gesetz nicht näher eingehen, sondern nur erwähnen, daß es gelungen ist, im Gesetz zu verankern, daß *Vorräte* nicht unter die recht hohe *Soforthilfssteuer* (§ 18) fallen, „die nicht zum Verkauf oder zur Verarbeitung sondern nur zur notwen-

digen Ergänzung des Anlagevermögens bestimmt sind; sie gehören zum Anlagevermögen."

Diese Regelung kommt in erster Linie den Versorgungsunternehmen zugute.

10. Schlußbemerkung.

Das, meine Herren, war ein Rückblick auf die energiewirtschaftlichen Arbeiten des Wirtschaftsrates. Er mag gezeigt haben, daß der Wirtschaftsrat sich einer Reihe zeitbedingter energiewirtschaftlicher Fragen ernsthaft angenommen hat. Daß er dabei nicht immer Erfolg gehabt hat, liegt an der staatspolitischen Schwäche dieser vor der Neugründung des Staates von den Militärregierungen eingesetzten und nur mit beschränkten Befugnissen ausgestatteten Körperschaft. Die Rückschau dürfte aber auch deutlich gemacht haben, daß die Verbände der Energieversorgungsunternehmen mit der Verwaltung und mit den gesetzgebenden Körperschaften enge Fühlung halten müssen, wenn ihre Probleme durch richtige Gesetze gefördert oder gelöst werden sollen. Möge diese Erfahrung genutzt werden, auf daß sie der Arbeit des Bundestages zugute komme!



Ausstellungsprobleme

Mannheim, 19. September (NZ). — Die Südwestdeutsche Hotel- und Gaststättenausstellung hat Einsichten gefördert, die durchaus nicht nur für Mannheim, sondern für manche andere Stadt interessant sind. Der Grund für den verhältnismäßig kleinen Besuch einer Ausstellung, für die eine ausgedehnte Propaganda geworben hatte, ist vor allem der, daß es sich um eine Fachausstellung handelte, die zwar auch für den Laien interessant, aber hauptsächlich für den Fachmann anziehend war. Aber nicht alle Fachleute aus ganz Deutschland waren gekommen, denn in großer zeitlicher Nähe finden gleichartige Ausstellungen in Konstanz und die größte in Hannover statt. Vielleicht spielt auch eine gewisse Ausstellungsmüdigkeit eine Rolle.

Es erscheint etwas merkwürdig, daß in einem Jahr in Westdeutschland gleich drei repräsentative gleichartige Ausstellungen in kurzer Folge hintereinander stattfinden. Ähnlich ist es mit den Baumessen. Aber solange wir noch am Anfang der wiedererstehenden Wirtschaft stehen, ist dies verständlich und sicherlich auch noch bis zu einem gewissen Grade rentabel, — aber das Interesse an einer Vielzahl von Ausstellungen wird in den nächsten Jahren schwinden.

Das führt zu Konsequenzen. In Mannheim wird man voraussichtlich in der kommenden Zeit jährlich den traditionellen Maimarkt veranstalten, darüber hinaus aber zweckmäßigerweise wohl kaum mehr als noch eine, dann aber wirklich repräsentative Ausstellung. Mannheim kann, der Nähe Frankfurts wegen, keine Messestadt werden. Darüber ist man sich im klaren. Wie im Politischen wünscht man auch hier, daß Mannheim das anerkannte, weil natürliche Zentrum jener Bevölkerungsagglomeration sei, die sich etwa 25 Kilometer um die Stadt erstreckt, und zu der neben Mannheim die Städte Heidelberg, Weinheim, Schwetzingen, Ludwigshafen, Speyer und Worms gehören.

Einige Gedanken sind im Zusammenhang mit der SUEHOGA im Hinblick auf die vielen derzeitigen Ausstellungen aufgetaucht. Wie wäre es, so wird gefragt, und zwar sowohl von Ausstellungsunternehmern wie von Ausstellern und Stadtvätern, wenn man die kleinen Ausstellungen ein wenig durch Städteverbände regelte, damit sie sich nicht räumlich überschneiden? Wie wäre es mit einer selbständigen oder einem anderen Geldinstitut angeschlossenen Bank für Ausstellungswesen, die die Finanzierung der Ausstellungen und auch die Eintreibung der Standmieten übernehme,

H. K. M.

Der Artikel wurde
nach Aussage
des Verfassers
unverändert gedruckt

- 1) H. K. M.
- 2) J. A. S. H. O. G. A.



1 D. Nov. 1949

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT HEIDELBERG

7. Nov. 1949

Persönlich.

Herrn

Oberbürgermeister
Dr. Dr. Heimerich

M a n n h e i m

Plan selbst

Sehr verehrter Herr Kollege Heimerich!

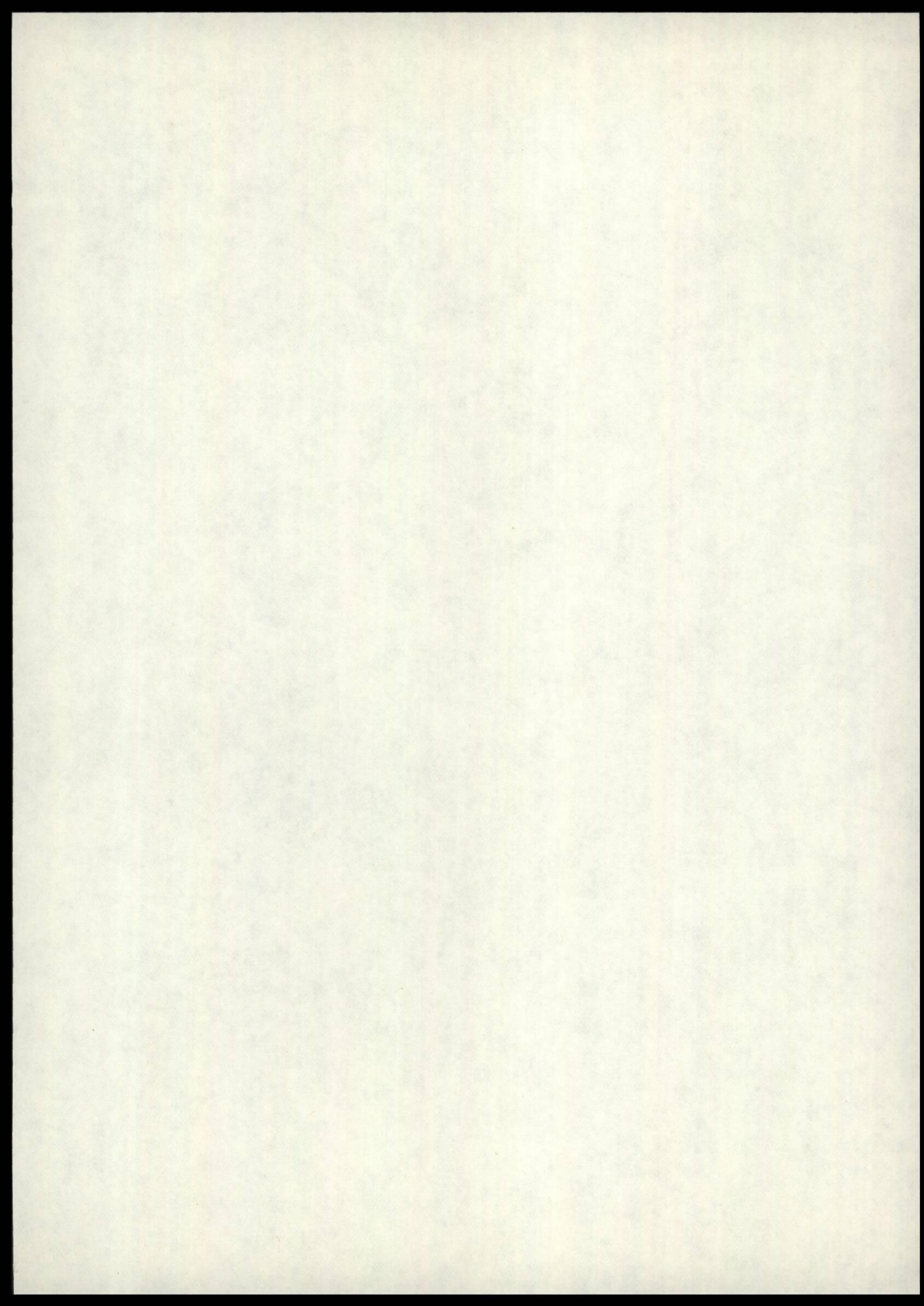
Sie waren so freundlich, mir in Bad Dürkheim kurze Ueberlassung Ihres neu angefertigten Raumverteilungs-Planes, den Sie uns in Bad Dürkheim gezeigt haben, zuzusagen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir diesen Plan in den nächsten Tagen gelegentlich hierher schicken könnten, oder mir Mitteilung zukommen lassen würden, wo ich den Plan abholen lassen kann, da ich ihn gern für meine Vorlesung an der Universität benutzen möchte.

Mit verbindlichstem Gruss
Ihr sehr ergebener

[Signature]
(Dr. Swart)

*Das Lehr. Dr. Swart wurde verständigt das der Plan
morgen in der Wohnung Mollharts abgeholt
werden kann.*

*7.11.49
Rückgabe erinnert 6.12.*



22. Okt. 1949

DIE TAT

Schweizerische unabhängige Tageszeitung

REDAKTION

Zürich
Limmatstraße 152
Postfach Hbf. 2364
Telephon 2712 55

Herrn Dr. Heimerich
Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim

M a n n h e i m / K 7 .

Nordbaden - Deutschland

XC / g

Zürich, 20. Oktober 1949. j/sch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich danke Ihnen für Ihren aufklärenden Brief vom 18. Oktober, dessen Angaben ich an die Redaktion, soweit sie sich mit auswärtigen Fragen beschäftigt, weitergegeben habe. Es ist wichtig, dass wir bei der Redaktion künftiger Meldungen von Ihrer Stellungnahme Kenntnis haben, und in diesem Sinne danke ich Ihnen und grüsse ich Sie mit dem Ausdruck

meiner vorzüglichen Hochachtung

E. Jaeckle
(Dr. E. Jaeckle)

Chefredaktor der "TAT"

12.04.1943

Schweizerische Eidgenossenschaft

DEUTSCH

REGISTRATION

Eintrag

Immatrikulation

Eintrag vom 12.04.1943

Telefon 271555

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

Eintrag vom 12.04.1943

1.) An die Redaktion "Die Tat", Z ü r i c h / Schweiz

18. Oktober 1949

Sehr geehrte Herren !

In Ihrer Nummer vom 8. Oktober veröffentlichen Sie einen Artikel über ein Interview mit dem südbadischen Staatspräsidenten Wohleb über den Südweststaatseparatismus. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, daß wir hier in Mannheim, wie überhaupt fast in allen Teilen Nordbadens, eine ganz andere Auffassung vertreten wie Herr Wohleb. Der Wirtschaftsbezirk Mannheim will unter gar keinen Umständen wieder zum alten Land Baden zurückkehren. Dieses alte Land Baden würde auch innerhalb der deutschen Bundesrepublik ein wirtschaftlich notleidendes Land sein. Wir treten rückhaltlos für einen Südweststaat ein, der aus ganz Württemberg und ganz Baden bestehen soll und seine Ergänzung finden soll durch die Übernahme der Rheinpfalz in dieses Gebiet. Ein föderalistischer Staat ist in Deutschland nur aufzubauen, wenn er auf wirtschaftlich gesunden und in sich ausgewogenen Ländern beruht. Das Wiederaufleben der altdeutschen Kleinstaaterei würde nur zu einem übersteigerten Zentralismus führen, den niemand mehr will.

Vielleicht interessiert Sie eine solche Äußerung aus Nordbaden.

Mit bestem Gruß

2.) Nachricht erhält Herr Dr. Gutermann -

3.) Dies z.d.A. : Südweststaat.

Obgmstr. *Lh.*

Die Theatergemeinde E.V.
Mannheim, Rheinstr. 1

Mannheim, den 30.6.1949

Xc 1 K

Herrn

Dr. Dr.h.c. Hermann Heimerich

H e i d e l b e r g
=====

Moltkestrasse 33a -

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich!

Für Ihre freundlichen Zeilen vom 24.6. danke ich Ihnen herzlichst. Meine Freude über die Zusage Ihrer Mitwirkung bei einer kurpfälzischen Demonstration der beiden Städte Mannheim-Ludwigshafen war sehr gross und auch Herr Bürgermeister Böttger als Vorsitzender unserer Organisation ist sehr erfreut.

Wir beabsichtigen diese Demonstration erst Anfang September zu veranstalten und möchten sie gewissermassen als eine kulturelle Kundgebung der Theatergemeinde herausstellen. Selbstverständlich schliesse ich mich ganz Ihrem Vorschlag an, dass wir zunächst die Wahlen zum Bundesparlament vorüber gehen lassen und uns erst dann ernsthaft mit der Angelegenheit befassen.

Eine ganz besondere Freude wäre es für uns bei der Theatergemeinde, wenn wir am 30.Juli Ihnen zu Ihrem neuen Amt als Oberbürgermeister der Stadt Mannheim unsere Glückwünsche darbringen dürften.

Mit den besten Grüßen und
ergebener Hochachtung

Die Theatergemeinde E.V.

Theo Mauf.

1. 1. 1919

Dr. H. H. H. H.

Dr. H. H. H. H.

Dr. H. H. H. H.

Dr. H. H. H. H.

Dr. H. H. H. H.

Dr. H. H. H. H.

Dr. H. H. H. H.

Dr. H. H. H. H.

Dr. H. H. H. H.

Dr. H. H. H. H.

24. Juni 1949

ab 24/6

Dr.H./Kr.

An die
Theatergemeinde E.V.
z.Hdn. von Herrn Theo Maret
M a n n h e i m
Rheinstr. 1

Sehr geehrter Herr Maret!

Besten Dank für Ihren Brief vom 21. ds.Mts. Es ist sehr bedauerlich, dass der im Entstehen begriffenen Theatergemeinde durch den raschen Tod der Herren Dr. C a h n - G a r n i e r und Dr. Ernst Leopold S t e h l ein grosser Verlust zugefügt wurde. Aber ich hoffe, dass Ihre Sache trotzdem einen guten Fortgang nimmt. Eine gemeinsame Kulturdemonstration der Städte Mannheim und Ludwigshafen ist m.E. durchaus in Erwägung zu ziehen. Es erscheint mir nur fraglich, ob man die Sache jetzt unmittelbar vor den Bundestagswahlen durchführen sollte. Durch die politischen Vorgänge wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu stark in Anspruch genommen, aber nach den Wahlen könnte man die Sache machen. Ich würde mich dann auch gerne als Redner zur Verfügung stellen.

Mit den besten Grüßen
bin ich Ihr

(Dr.Heimerich)

24. Juni 1949

Dr. H. V.

An die

Thesergergemeinde E.V.
a.Hon. von Herrn Theo Mayer

M e n n e r

Lehrstr. 1

Sehr geehrter Herr Mayer!

Beim Dank für Ihren Brief vom 21. d. M. ist mir sehr bedauerlich, dass mir in letzter Zeit die Thesergergemeinde durch den raschen Tod der Herren Dr. G. H. V. und Dr. Ernst Leppelt & Co. ein grosser Verlust zugefügt wurde. Aber ich hoffe, dass diese Lücke trotzdem durch einen Fortschritt, eine gemeinsame Aktion der Thesergergemeinden und der Widerstand der E.V. durch eine in Erfahrung zu bringende Erscheinung mit mir traglich, so man die Sache weiterverfolgt. Der vor dem Bundeswahlgesetz durchgeführten sollte, durch die politischen Vorgänge wird die Verantwortlichkeit der E.V. fähigkeit zu einer in diesem Zusammenhang nach dem Willen Königs man die Sache machen, auch wenn man dann auch gerne als Helfer zur Verfügung stellen.

Es sind besten Grüßen

Ich bin ich

(H. H. H. H.)

Mannheim, den 21. Juni 1949.

22. Juni 1949

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Dr. H.c. Heimerich
Heidelberg
Neuenheimerlandstr. 4

P.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Vom Vorstand und Künstlerischen Beirat der Theatergemeinde bin ich beauftragt eine wirkungsvolle Veranstaltung quasi als Visitenkarte der Theatergemeinde zu organisieren. Durch den plötzlichen Verlust zweier unserer angesehensten Mitglieder, Herrn Oberbürgermeister Dr. Cahn - Garnier und Herrn Dr. Ernst Leopold Stahl, wurde die im Entstehen begriffene Theatergemeinde von einem aussergewöhnlich harten Schlag getroffen.

In dieser ernsten Situation wende ich mich noch einmal vertrauensvoll an Sie sehr geehrter Herr Doktor.

Es tauchte bei mir der Gedanke auf eine Art "Kultur - Demonstration" der Städte Mannheim - Ludwigshafen als Verkörperung der Kurpfälzischen Tradition zu gestalten. In deren Mittelpunkt als einziger Redner Sie in Betracht kommen sollten.

Das Ganze ist eine Idee, und bitte ich Sie um Ihre geschätzte Meinung. Sollte die Idee Ihrer Meinung nach nicht von der Hand zu weisen sein, so erlaube ich mir um eine Unterredung zu bitten.

Ihrem werten Bescheid entgegensehend, verbleibt

mit vorzüglicher Hochachtung

Die Theatergemeinde E.V.

Theo Maret.
(Theo Maret)

Die Theatergemeinde E.V.
Mannheim, Rheinstr. 1

Mannheim, den 18.5.1949

Herrn
Dr. h.c. Hermann Heimerich

H e i d e l b e r g
=====

Moltkestrasse 33a

Bliegen!

19/5

Sehr geehrter Herr Doktor!

Am kommenden Montag den 23. Mai um 17.30 Uhr findet im Sitzungssaal des Stadtrates, Rathaus K 7, die Gründungsversammlung der Besucherorganisation "Die Theatergemeinde" E.V. Mannheim statt.

Zu dieser wichtigen Begebenheit für unser Nationaltheater, sowohl wie für unsere Bevölkerung, werden Sie hiermit herzlichst eingeladen und um Ihr wertees Erscheinen gebeten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Die Theatergemeinde E.V.

Theo Maret.
Theo Maret

26. September 1949

1.) An Herrn Bürgermeister Trumpfheller, z.Zt. Bad Ems

Lieber Herr Kollege Trumpfheller !

Besten Dank für Ihren freundlichen Brief vom 25.-d.M.. Ich freue mich sehr, daß sich Ihr Gesundheitszustand schon wesentlich gebessert hat und hoffe, daß auch Ihrer Gattin die Kur gut bekommt. Halten Sie nur die vier Wochen aus und denken Sie nicht an die Geschäfte. Ich habe fast bedauert, daß Herr Langenbein zu Ihnen fährt, da ich meinte, es wäre gut, wenn Sie einmal an das Rathaus nicht zu denken bräuchten. Sie werden dann umso frischer wieder an die Arbeit gehen können.

-/-

Heute ist Verwaltungsausschuß-Sitzung. Ich hoffe, daß dabei die beiliegende Entschließung angenommen wird, die ich mit den Fraktionsführer besprochen habe. Sie geht auf eine Anregung der Industrie- und Handelskammer zurück, die man nur begrüßen konnte.

Ein sehr unangenehmes Ereignis ist die neuerliche Erkankung des Herrn Oberverwaltungsrat Häfner. Er wird wohl wieder einige Wochen dem Amt fernbleiben müssen, da er einen Herzanfall hatte. Diese Sache macht mir viel Sorgen. Wir haben die Situation richtig eingeschätzt, als wir uns neulich entschlossen, für eine Ausschreibung der Stelle eines stellvertretenden Finanzreferenten einzutreten..Ich halte es für möglich, daß für die Besetzung der Stelle Herr Rechtsanwalt Dr. Jost in Frage kommt. Aber das hat natürlich zur Voraussetzung, daß Herr Häfner einen solchen etwaigen Nachfolger noch einarbeiten kann.

./.

Die gestrige Aufführung von "Tannhäuser" war ausgezeichnet
und hat viel Begeisterung bei den Mannheimer hervorgerufen.

Mit herzlichen Grüßen an Sie und Ihre Gattin
bin ich

Ihr

Lh

2.) Z.d.A:

JAKOB TRUMPFHELLER
BÜRGERMEISTER

26. Sep. 1949

Bad Ems,
MANNHEIM, den 24. 9. 49
Rathaus K 7 · Tel. 45261

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

8 Tage meines Urlaubs und meiner Zeit
sind verstrichen und kann ich mich nun
nicht von einer verantwortlichen Stellung und
Pflichten zu Hause befreien zu können.
Es ist mir sehr lieb, Sie mich besonders herzlich grüßen
sind. Ich bin sehr dankbar und bin bei Ihnen
nicht mehr so sehr wie ich bin und in der
beimot. Die Einstellung der Dinge. Davor
bringen mich aber auch die ganze Zeit
zeit in der Zeit. Ich bin sehr dankbar und
danke Ihnen sehr herzlich.

Bad Ems ist ein sehr schönes Kurort.
Bäder und Anlagen, man kann sich sehr
guten Zeit haben. Ich bin sehr dankbar
und danke Ihnen sehr herzlich. Ich bin
sehr dankbar und danke Ihnen sehr herzlich.
Ich bin sehr dankbar und danke Ihnen sehr herzlich.

Ueberrung und verbindet in mich selber mich selbst
auch in die Freiheit sehr gerne. Ich habe
den besten Part mit mir selber trübselig, selbst die Freiheit
nicht mit mir selber lassen, zu mir selbst hat politische
Gefühle wenigstens empfunden.

Meine Frau ist sehr fleißig und
vornehm in ihrem Charakter und in ihrer
Tugend, selbst sie hat die Tugend der
Weiblichkeit sehr mit sich selbst nicht begreifen,
auch wir selber geworden sind.

Und so werde ich in die Freiheit
"Bündel für Bürgerrechte" und beziehe ich die
Haupt von 1. Hauptbande dieses Bündels. Das ist
aber das ist das Haupt einer Pflichten, aber es
gibt gerade jetzt sehr wenig, von denen
man nicht wissen kann. Die ist es
zu mir will ich mich verbinden mit
Leuten, die ich sehr sehr sehr
Hoffnung habe.

Wenn Sie ist mich sehr sehr
Kommunion - lassen Sie mich davon
mit den besten Menschen und die Sie
für die U. Familie

J. Dampffeller v. Frau.

6. Juli 1949

ab 6/7.

Dr. H./Sch.

Herrn

Bürgermeister T r u m p f h e l l e r

M a n n h e i m

Rathaus

Sehr geehrter Herr Kollege Trumpfheller!

Ich weiss nicht, ob Ihnen die beiliegende Zeitschrift "Der Krankenhausarzt" schon bekannt geworden ist. Es scheint ja da eine beachtliche Organisation in der Bildung begriffen zu sein, die sich auch mit den einschlägigen Rechts- insbesondere Vertragsfragen eingehend beschäftigt. Interessant ist auch, dass auf dem Deutschen Therapie-Kongress, der vom 4. - 10. September in Karlsruhe stattfindet, Herr Z e n k e r, Mannheim, und Herr W i l l e r, Mannheim, sprechen werden.

Es dürfte wohl nicht unzweckmässig sein, mit dem Inhalt der Zeitschrift auch die Herren S c h e l l und W o l l bekannt zu machen.

1 Anl.

Mit den besten Grüßen
bin ich
Ihr

(Dr. Heimerich)

u, v

Unsere liebe Mutter, Frau

PAULINE THIEL

geb. Muck

ist heute früh, unerwartet, im 86. Lebensjahre, zu Gott in die Ewigkeit
heimgekehrt.

Im Namen der Hinterbliebenen:

HANS THIEL

GRETEL DAHL, geb. THIEL

RUDOLF THIEL

Landstuhl, den 15. Oktober 1949

Die Beerdigung findet am Montag, den 17. Oktober 1949, nachm. 15 Uhr statt

Hl. Geyers, Dr. Heimerl



Herbert Uth

INHABER DER
FIRMA HERBERT UTH

FELDBAHNEN · BAUGERÄTE
INDUSTRIE- UND LANDWIRTSCHAFTSBEDARF

41/15
MANNHEIM, DEN 19 Juli 1949.
~~XXXXXXXXX~~ D.7.24.
TELEFON 44385

1/Am.

Herrn
Dr.Dr.h.c.
Hermann Heimerich
(17a)Heidelberg
Moltkestr.33 a.

Sehr verehrter Herr Dr.Heimerich!

Besten Dank noch für Ihre frdl.Zeilen vom 30 Juni, be-
weisen mir doch dieselben, dass Sie stets, trotz der letzten
unglücklichen Jahrzehntepoche, der alte geblieben sind und
Ihre Tatkraft und Mut nicht verloren haben.

Was am 31 Juli vorbereitet und gemacht werden kann,
soll geschehen und es wird nun an uns liegen, Ihnen durch
unsere Wahl zu beweisen, welches grosse Vertrauen wir in un-
ser zurückkehrendes Stadtoberhaupt legen.

Wie ich mit meinen bescheidenen Kräften gleich nach
dem Zusammenbruch OB Braun und Stadtrat Zimmermann beim Wie-
deraufbau half und später in der Entnazifizierung mein mög-
lichstes tat, um Ruhe und Frieden in unsere Bevölkerung zu
bringen, so werde ich auch unter Ihrer Aera, wenn Sie mich ru-
fen, jederzeit bereit sein, ehrenamtlich zum Wohl der Stadt, In-
dustrie, Handel und Bevölkerung mein bescheidenes Wissen Ihnen
zur Seite zu stellen.

Nun wollen wir hoffen, dass der 31.7 in Ihrem Leben
ein glänzender Rehabilitierungstag für Sie wird, und ich wer-
de in jeder Beziehung alles dazu beitragen, um für diesen Son-
dertag in Ihrem Leben zum Gelingen desselben, zu werben, soweit
es in meinen Kräften steht. Bis dahin verbleibe ich, wie stets
mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ganz ergebener

Herbert Uth
Herbert Uth

Handwritten text, possibly a date or reference number.

Handwritten text, possibly a date or reference number.

Handwritten text, possibly a date or reference number.

Main body of handwritten text, consisting of several paragraphs. The text is written in a cursive script and is mostly illegible due to fading and blurring. It appears to be a letter or a report.

Handwritten text, possibly a signature or a closing phrase.

Handwritten text, possibly a signature or a closing phrase.

18. August 1949

1.) An Herrn Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veith,
Stuttgart

Sehr geehrter Herr Minister !

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundlichen Glück -
+ wünsche zu meiner Wiederwahl als Oberbürgermeister von Mann-
heim. Ich war einige Tage in Urlaub, sodaß ich erst jetzt
dazu gekommen bin, die Glückwünsche zu erwidern. Am kommen -
den Samstag wird meine Amtseinführung erfolgen und am darauf-
folgenden Montag werde ich mein neues Amt antreten. Die Ab -
wicklung meiner umfangreichen Anwaltsgeschäfte ist natürlich
nicht einfach. Aber ich habe das Glück, einen sehr tüchtigen
Sozius zu haben, der mit der Kanzlei demnächst nach Mannheim
übersiedeln wird. Wir haben das neue Büro schon seit einiger
Zeit gemietet.

Ich habe nun meinerseits Anlaß, Sie zu Ihrer Wahl in den
Bundestag zu beglückwünschen, obwohl es mir etwas fraglich
ist, ob man zu solchen Würden Glück-wünsche überhaupt aus -
sprechen darf. Zusammen mit Ihrem Ministeramt werden Sie
eine schwere Last und eine große Verantwortung zu tragen
haben. Ich weiß nicht, ob man sich allenthalben genügend Ge-
danken darüber gemacht hat, ob ein Landesminister überhaupt
Bundestagsabgeordneter juristisch werden kann und politisch
und praktisch werden soll. Es liegt doch eine gewisse Inkom-
patibilität vor, die voraussichtlich noch zur Sprache kommen
wird. Ich habe von einem Aufsatz gehört der über diese Frage
in der Neuen Zeitung erscheinen soll.

Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie meine Bemü-
hungen, der Stadt Mannheim zum Wiederaufbau und zu einer neu-
en wirtschaftlichen Blüte zu verhelfen, unterstützen würden.
Auch auf dem Gebiete der Wahrung bzw. Wiederherstellung der
gemeindlichen Selbstverwaltung hoffe ich auf Ihre Mithilfe.

Mit den besten Grüßen verbleibe ich

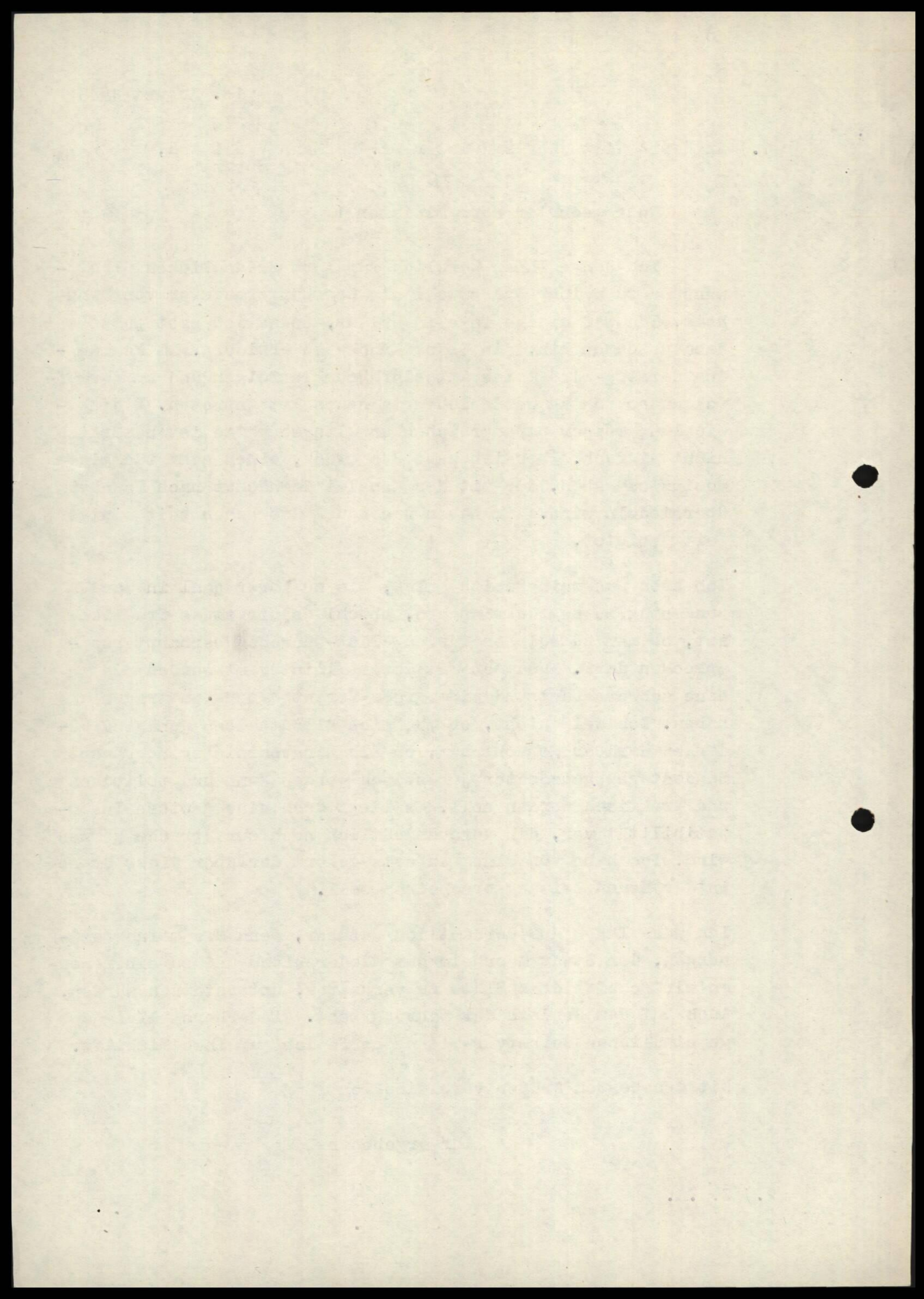
Ihr ergebener

Uh

Obgmstr.

2.) Z.d.A.

fol. 90m



Dr. WERNER VEITH
Rechtsanwalt

de/q *B nur*
STUTTGART-S, den 9. August 1949
Hohenstaufenstraße 15
Telefon 77539
Bankkonto: Allgemeine Bankgesellschaft
Stuttgart Nr. 27065 *ch*

Herrn
Rechtsanwalt Dr.Dr. h.c. Heimerich
H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstraße 4

10 Aug 1949

Sehr verehrter Herr Kollege!

Leider war es in den letzten Monaten nicht möglich, Sie, sehr verehrten Herrn Kollegen, zu sprechen, wie das in meiner Absicht lag. Ich hätte gerne über eine Reihe von außerfachlichen Problemen mich mit Ihnen unterhalten und Ihre Meinung zu verschiedenen Dingen erfahren. Ich bedauere dies umsomehr, als Sie ja nunmehr in Bälde das schwere Amt eines Oberbürgermeisters von Mannheim übernehmen werden und Sie dabei eine solche Fülle von Arbeit zu bewältigen haben werden, die wohl Ihre Zeit noch mehr als bisher in Anspruch nehmen wird. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich vorher doch noch einmal Gelegenheit hätte, Sie zu sprechen. Voraussichtlich werde ich am 18. August in Mannheim und Heidelberg sein und wenn Sie Zeit haben sollten, würde ich mich freuen, wenn ich Sie besuchen dürfte. Ich werde mir erlauben, bei meiner Anwesenheit in Heidelberg bei Ihnen anzurufen, um zu erfahren, ob ich bei Ihnen vorbeikommen darf.

Einstweilen die ergebensten Grüße und besten Wünsche

wie stets Ihr

Werner Veith

Handwritten text at the top left, possibly a date or reference number.

Handwritten text at the top right, possibly a name or title.

Handwritten text in the upper middle section, appearing to be a header or introductory paragraph.

Main body of handwritten text, consisting of several paragraphs. The text is written in a cursive script and is somewhat faded.

Handwritten text at the bottom center, possibly a signature or closing.

Handwritten text at the bottom center, possibly a signature or closing.

Vespero 2720 m.

Pas. S. Giacomo

Gries

Pas. Nufenen

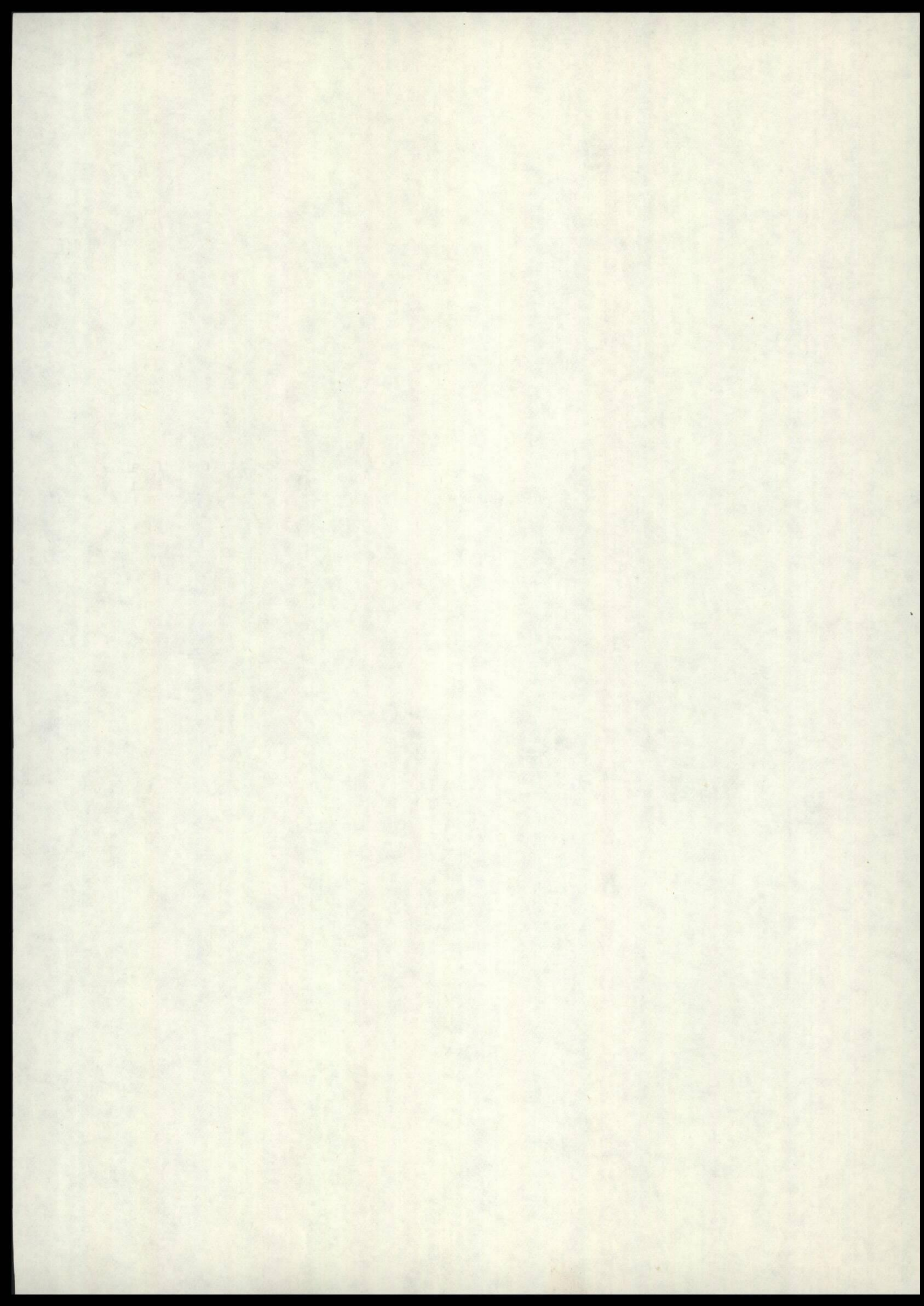
Rotondo 3198 m.

Lucendro 2967 m.



1419 Panorama Airolo

W, Z



H/Kv

München 22, den 17. Sept. 1949
Reitmorstr. 23/III

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Heimerich!

Ihre freundlichen Zeilen zu unserer Vermählung haben meine Frau wie mich sehr erfreut u. wir danken Ihnen herzlich dafür. Dass Sie wieder Ihre frühere Stellung als Oberbürgermeisterin haben u. damit auch pädagogische Interessen vertreten, vernahm ich mit besonderer Genug-tun. Ihr Vortrag betrifft ein Gebiet, das ich in letzter Zeit stark zurückstellen musste, zu dem Sie mir aber neuen Anreiz geben, sobald ich nur in die jetzigen Verhältnisse eingelebt bin. Noch nimmt uns z.B. die Instandsetzung der fliegergeschädigten Wohnung sehr in An-spruch.

In Haag wollte ich im Frühjahr mein ungünstiges Zimmer mit dem in der ruhigen Villa eines Sanitätsrates vertauschen. Das schlug fehl. Da erwachte der Sinn für München. Anfangs der Sommerferien dachte ich noch nicht, dass ich an ihrem Ende verheiratet sein würde. Die Haupt-lehrerswitwe Mögele (frühere Volksschullehrerin in Oberfranken) lebt hier mit Schwester u. Schwager zusammen, der vorige Woche nach Nürn-berg verziehen musste: Dr. Holstamm kam als Dozent (Chemiker) ans dortige Technikum. Seine Zimmer wurden uns zugeschrieben. Er wurde auch unser Trauzeuge zusammen mit Dr. Marcell, dem Referenten für das Fürsorgewesen. Ein Zwillingsspaar, zwei 9 jährige Mädchen, die ihren Vater, der 1940 vor Paris fiel, nie kennenlernten, reizen aufs neue zum kinderpsychologischen Studium.

Mit meiner Übersiedlung nach München am 1. Sept. verlor ich leider den Posten, der mir in meinem Beruf die grösste Freude machte, den des Fortbildungsleiters für den Nachwuchs. Für meine eigene Klasse hatte ich ein Beihilfe u. ich brachte in der Hauptsache nur die Klassen der fortbildungspflichtigen Lehrerschaft des Kreises Wasser-burg zu besuchen. Hier habe ich in der Schule wieder begonnen, wo ich 1944 aufhörte, u. mit einst ist natürlich kein Vergleich. An Ostern war mir im Ministerium, von Staatsrat Dr. Meinzolt u. den übrigen Referenten ein Schulratsposten in München versprochen worden, nun aber soll ein gleichaltiger Kollege mit dem Namen "Kerschennsteiner" (ein Neffe des berühmten Schulrats) ausersehen sein. Von Angeboten für fränkische Landkreise sah ich ab.

Die Wahl von Herrn Prof. Heuss erfüllt mich mit neuen politischen Hoffnungen. Die von ihm einmal eine zeitlang herausgegebene "Hilfe" war ja jahrzehntelang mein politisches Leibblatt. Heute weiss ich nicht, was ich hier abonnieren müsste, die Staatsbibliothek ist ja leider noch nicht geöffnet.

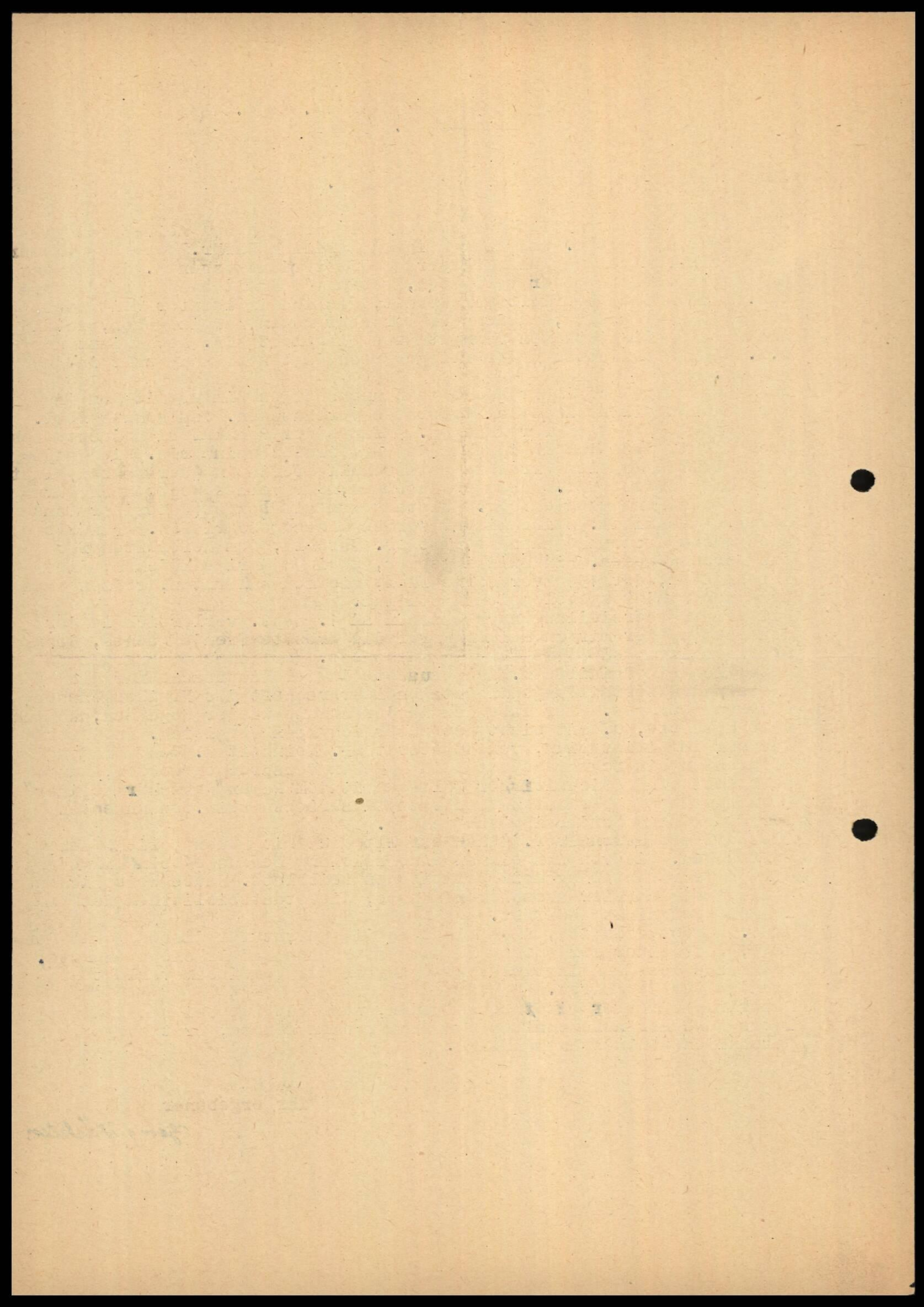
Am 1. August, als ich, noch nicht an die Heirat für diesen Monat den-ke, auf meiner Ferientour im ausgestorbenen Bad Brückenau weilte, erinnerte ich mich in tiefer Bewegung an die gemeinsam verlebte n Stunden vor 30 Jahren.

Natürlich würde es mich sehr freuen, wenn ich Sie bei Gelegenheit Ihres Münchner Aufenthaltes einmal sprechen könnte, erst recht im persönlichen häuslichem Kreise.

Mit herzlichen Grüssen

Ihr ergebener

Georg Härtel



13. Sept. 1949

Lieber Herr Wächter!

Als ich gestern abend aus Köln zurückkam, habe ich Ihre Vermählungsanzeige vorgefunden. Ich sende Ihnen und Ihrer Gattin viele herzliche Glückwünsche und freue mich, dass Sie sich, wenn wohl auch ziemlich spät, doch noch zu einer Lebensgemeinschaft entschlossen haben. Für den älteren Menschen ist das doch sehr wichtig. Wie Sie aus dem Briefkopf sehen, bin ich wieder in den Kommunaldienst zurückgekehrt, ohne dass ich dies eigentlich wollte. Der vorzeitige Tod des Mannes, der mit meiner vollen Zustimmung Oberbürgermeister von Mannheim geworden war, hatte mich dazu genötigt. Ich konnte die Stadt dem Experiment der Berufung eines auswärtigen Bewerbers unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht aussetzen. So habe ich mich noch einmal für 6 Jahre wählen lassen und hoffe, diese Zeit durchzuhalten. Mein Anwaltsbüro wird von meinem bewährten Sozius, Dr. O t t o , weitergeführt werden.

Den Oberbürgermeister interessieren natürlich auch die Schulprobleme wieder lebhaft. Ich glaube, dass es da viel zu verbessern gäbe. Hoffentlich können wir uns darüber einmal unterhalten. Wenn ich nach München komme, werde ich nicht versäumen, Sie zu besuchen. Tun Sie bitte das gleiche, wenn Sie der Weg an den Rhein führen sollte.

Mit den besten Wünschen und herzlichen Grüßen

bin ich Ihr

Herrn
Hauptlehrer Georg Wächter
M ü n c h e n 22
Reitmorstr. 23/III

The first part of the report is devoted to a general survey of the situation in the country. It is followed by a detailed account of the work done during the year. The report then goes on to discuss the results of the work and the progress made. It concludes with a summary of the work done and a statement of the conclusions reached.



30. Juli 1949

Gelt, Sie haben es nicht vergessen, daß wir
im "Jahr des Kindes"

sind. Dazu gehört auch die Schau:

"Schule so oder so?",

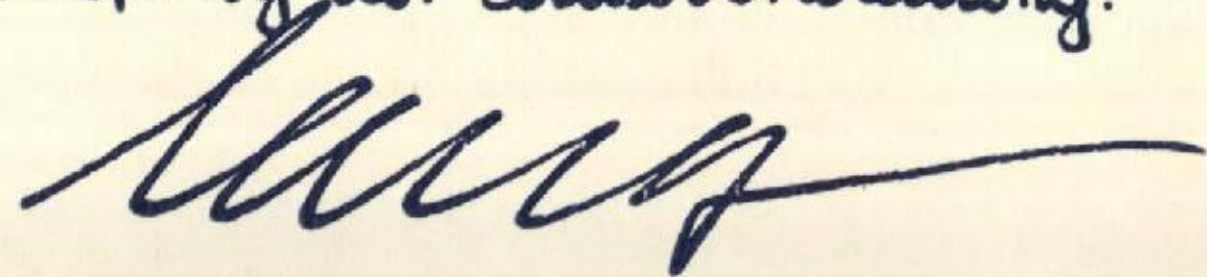
die am Samstag, 6. August, vorm. 11 Uhr

in der Waldschule in der Gartenstadt
im kleinen Kreise eröffnet wird.

Wir bitten Sie um 10 Uhr zu einer
Vorbesprechung bei einer Tasse Kaffee
ins Rathaus K 7 in die Lehrküche
der Stadtwirke. Von da geht es mit
Omnibus in die Gartenstadt zur Aus-
stellung.

Mannheim, 22. Juli 1949

Im Auftrag der Stadtverwaltung:



, den 9. Dezember 1949

Sehr verehrter, lieber Herr Professor Walter !

Hochverehrte gnädige Frau !

Mit Ihrem Geschenk, das Sie uns zum Einzug in die neue Wohnung dargebracht haben, haben Sie meine Frau und mich außerordentlich erfreut. Haben Sie vielen herzlichen Dank. Wir bewundern das besonders schöne, alte kunstvolle Stück und möchten nur hoffen, daß Ihnen die Trennung von diesem Kunstwerk nicht vielleicht doch recht schwer geworden ist.

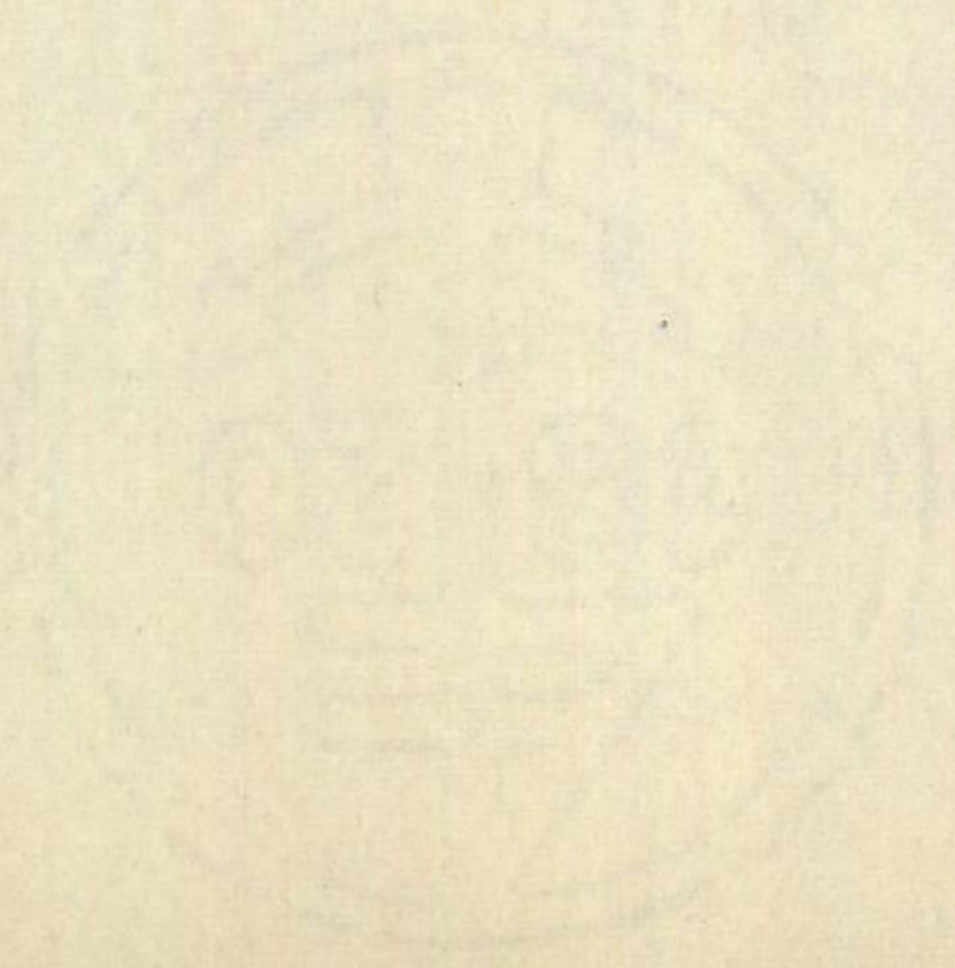
Wir haben uns in der neuen Wohnung schon recht gut zurecht gefunden, wenn auch die völlige Einrichtung noch eine Reihe von Wochen auf sich warten lassen wird. Für die Amtsführung ist es doch wesentlich leichter, wenn man in Mannheim wohnt und sich das Hin- und Herfahren ersparen kann.

Mit allen guten Wünschen für Sie beide und herzlichen Grüßen, auch im Namen meiner Frau, bin ich

Ihr

Lh.

THE
LIBRARY
OF THE
UNITED STATES
DEPARTMENT OF
THE INTERIOR
BUREAU OF LAND
MANAGEMENT
WASHINGTON, D. C.
20240



Professor Dr. Friedrich Walter
Museumsdirektor a. D.

Heidelberg , 5. Dezember 1949.
Mozartstraße 14
Telefon Nr. 5590

Hochverehrter Herr Oberbürgermeister,
Hochverehrte gnädige Frau!

In Ihrer Übersiedelung an die jetzige Stätte Ihres
Wirkens und zum Einzug in das neue Heim
möchten wir Ihnen unsere warmsten und auf-
richtigsten Wünsche zum Ausdruck bringen.
Dieses alte Erinnerungsstück möge Ihnen Freude
bereiten! Es sei ein schwaches Zeichen unserer
ganz besonderen Hochschätzung und dankbaren
Verehrung — gleichsam ein Talisman eines
glückes und ungeprüften Erfolges für die Bewohner
des Hauses!

Mit herzlichen Grüßen ergebenst

Friedrich Walter

Alice Walter.

1844
J. J. ...
...

...

...

...

...

28. November 1949

1.) Herrn Prof. Dr. Friedrich Walter, Heidelberg, Mozartstr. 14

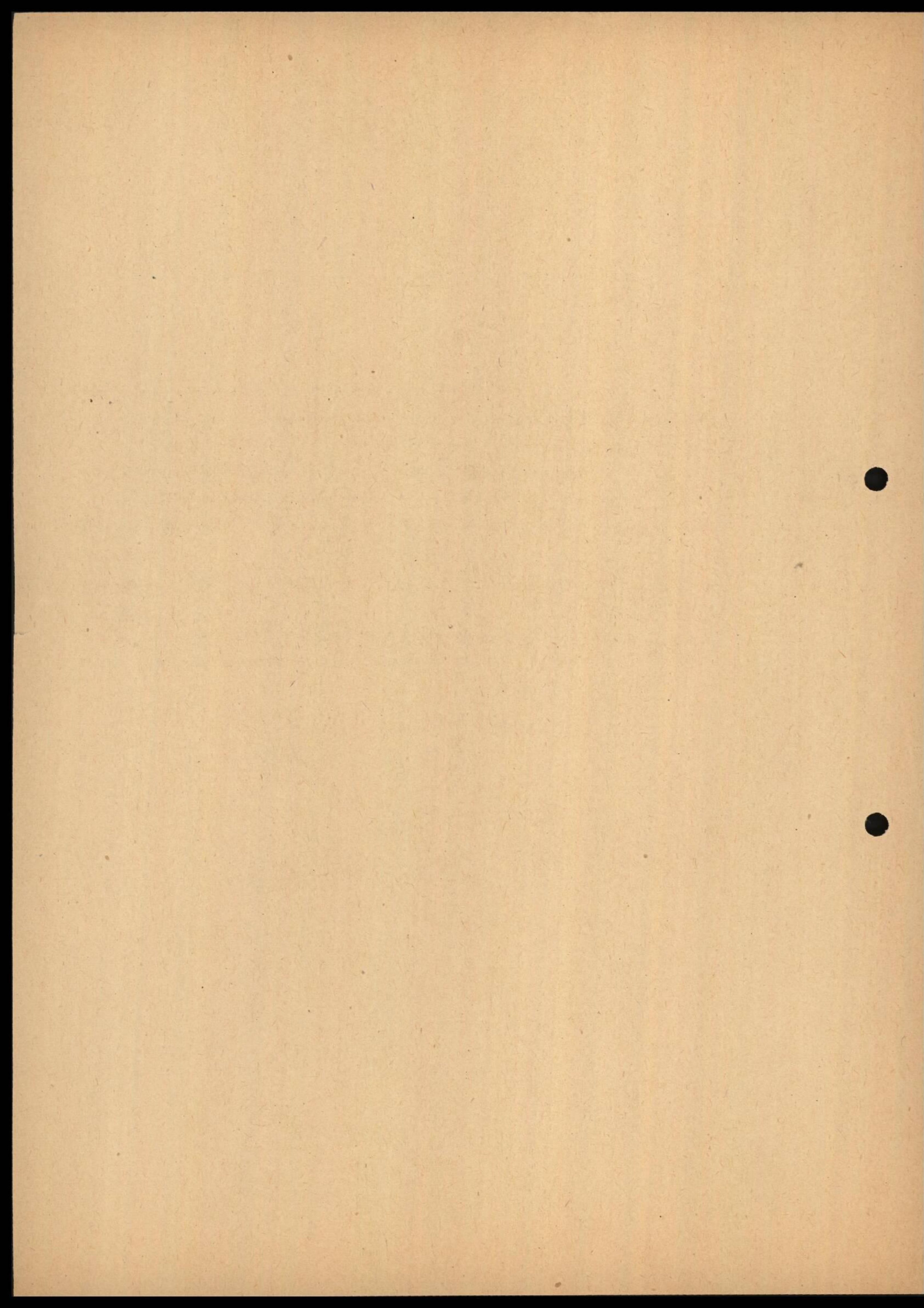
Sehr verehrter, lieber Herr Professor Walter!

Ich danke Ihnen herzlich für das schöne Geschenk, das Sie und Ihre Frau Gemahlin mir zum Abschied aus Heidelberg gemacht haben. Ich finde das Buch von Witkop wunderbar. Es wird mir dazu beitragen, die Verbindung zu erhalten, die zwischen meinem nunmehrigen Mannheimer Wohnsitz und Heidelberg bestehen bleiben soll.

Mit herzlichen Grüßen, auch von meiner Frau,
für Sie und Ihre Frau Gemahlin
bin ich Ihr ergebener

2.) Z.A.

Lh.



17. November 1949

1.) Herrn Präsident Dr. Ernst Walz, Heidelberg, Bergstr. 28

Lieber Herr Walz!

Besten Dank für Ihren Brief vom 7. November, dem Ihr kleiner Aufsatz "Zahlen und Tatsachen aus der Arbeit eines Verwaltungsgerichts" beilag. Wir haben die Sache im Institut geprüft, sehen aber keine Möglichkeit, innerhalb der Schriftenreihe des Instituts, der einzigen Veröffentlichungsmöglichkeit, die wir z.Zt.haben, Ihre Ausführungen, die uns natürlich sehr interessiert haben, bekannt zu geben. Wir können nur empfehlen, daß eine Fachzeitschrift den Aufsatz veröffentlicht. Ich glaube allerdings nicht, daß er für den "Betriebsberater" in Betracht kommt.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen
bin ich Ihr ergebener

2.) Z.d.A.

Ch

(Dr. Heimerich)

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY ASTOR LENOX TILDEN FOUNDATION

INSTITUT ZUR FÖRDERUNG
ÖFFENTLICHER ANGELEGENHEITEN

Frankfurt/M., den 14.11.1949
Bockenheimer Anlage 45

- Sekretariat -

V e r m e r k

für Herrn Dr. Heimerich

Da die Schrift von Herrn Präsident Dr. Walz für eine Veröffentlichung in den Schriftenreihen des Instituts nicht umfangreich genug ist, käme auch für das Institut nur die Weiterleitung an eine Fachzeitschrift in Frage. Sofern Sie den Aufsatz nicht in den Betriebsberater übernehmen wollen - und das liegt wohl etwas ausserhalb seiner Aufgaben - würde die Weiterleitung an eine Fachzeitschrift wohl besser Herrn Präsident Dr. Walz überlassen bleiben.


(Dr. Reschke)

11. 11. 1949
Kommunikation

11. 11. 1949
Kommunikation

-

Vermerk

11. 11. 1949

In der Sitzung vom 11. 11. 1949, als der erste
Jahresbericht des Instituts für die
Geschichte der Wissenschaften und
der Philosophie der Universität
Leipzig, wurde der Bericht
des Instituts für die
Geschichte der Wissenschaften und
der Philosophie der Universität
Leipzig, der die Tätigkeit
des Instituts im Jahr 1948
darstellt, angenommen.

(Dr. H. H. H.)

Dr. jur. h. c. Ernst Walz
Vizepräsident und Senatspräsident
beim
Württ. Bad. Verwaltungsgerichtshof



11. Nov. 1949

Karlsruhe,

Heidelberg, Bergstraße 28, Fernspr. 4608

am 7. November 1949

Sehr verehrter Herr Heimerich!

Ich schicke Ihnen hier einen kleinen Aufsatz mit der Bitte, einen Blick hinein zu tun. Es steckt vielleicht nicht allzuviel Weisheit darin, aber ganz viel Arbeit, und er enthält die Antwort auf die Fragen, von denen ich eigentlich erwartet hätte, daß sie einmal jemand an mich richtete, die aber nie gestellt worden sind.

So ist er als eine Art eigene Gewissenserforschung entstanden, aber vielleicht auch für weitere Kreise nicht ohne Interesse. Da er durchaus in der Linie der Group 1313 liegt, (Tatsachenerforschung, wenn auch freilich in sehr geringem Rahmen), dachte ich daran, ob Sie ihn nicht für eine Veröffentlichung Ihres Frankfurter Instituts gebrauchen können; andernfalls würde ich versuchen, ihn in einer Fachzeitschrift unterzubringen, obwohl er sich mindestens ebenso sehr an den Bürger als an den Fachmann richtet.

Ich wäre sehr dankbar, wenn ich schnell eine Entscheidung ~~darüber~~ über Annahme oder Ablehnung erhalten könnte, da die darin enthaltenen Zahlenangaben natürlich rasch veralten.

Mit freundlichen Grüßen stets
Ihr Ihnen aufrichtig ergebener

1 Anlage!

Mannheim, den 11. November 1949.

An das Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, z.Hd.
des Herrn Dr. Reschke, Frankfurt/am Main, Bockenheimer-Anlage 45.

Sehen wir irgend eine Möglichkeit, die Arbeit von Herrn Dr. Walz zu veröffentlichen? Ich bitte um möglichst umgehende Stellungnahme.

Mit freundlicher Begrüßung

Gepr. Dr. Heimerich

Heimerich

1. November 1949

Sehr verehrter Herr Heimerich!

Ich schicke Ihnen hiermit einen kleinen Aufsatz mit der Bitte
einen Blick hinein zu tun. Es steckt vielleicht nicht alles
viel Weisheit darin, aber ganz viel Arbeit und er enthält die
Antwort auf die Fragen, von denen ich eigentlich erwartet
hätte, daß sie einmündig jemand an mich richtete, die aber nie
gestellt worden sind.

So ist er als eine Art eigene Gewissensforschung entstanden
den, aber vielleicht auch für weitere Kreise nicht ohne In-
teresse. Da er durchaus in der Linie der Group 1313 liegt,
(Tatsachenerforschung, wenn auch freilich in sehr geringem
Rahmen), dachte ich daran, ob Sie ihn nicht für eine Veröffentlichung
Ihres Frankfurter Instituts verwenden können; andern-
falls würde ich versuchen, ihn in einer Fachzeitschrift un-
terzubringen, obwohl er sich mindestens ebenso sehr an den
Bürger als an den Fachmann richtet.

Ich wäre sehr dankbar, wenn ich schnell eine Entscheidung
über Annahme oder Ablehnung erhalten könnte, da die darin
enthaltenen Zahlenangaben natürlich rasch veralten.

Mit freundlichen Grüßen stets
Ihr Ihnen aufrichtig ergebener

I. Anlage!

Samstag, den 11. November 1949
An das Institut für Sozialforschung, Berlin
Postfach 10 15 55, Berlin-Wilmersdorf
Betreff: Aufsatz über die "Tatsachenerforschung"
Ich bitte um eine Entscheidung über die
Veröffentlichung des Aufsatzes.

, den 2. Nov. 1949

Herrn

Professor Dr. Alfred W e b e r

H e i d e l b e r g

Bachstr. 24

Sehr verehrter Herr Professor!

Besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 29. v.Mts. Wie ich Herrn Dr. W a l z schon sagte, bin ich gerne bereit, mich an der Organisationsarbeit für die Aktionsgruppe Heidelberg zu beteiligen, und zwar umsomehr, als die Arbeit der Aktionsgruppe auch in einem gewissen Zusammenhang mit den Bestrebungen des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten steht.

Ebenso freue ich mich, mit Ihnen wieder häufiger zusammenzukommen.

Mit den besten Empfehlungen
bin ich
Ihr

Lh

1912

RECEIVED BY THE SECRETARY OF THE

NAVY DEPARTMENT

WASHINGTON

THE SECRETARY OF THE NAVY

WASHINGTON, D. C.

DEAR SIR:

I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 10th inst.

and in reply to inform you that the same has been forwarded to the proper authorities for their consideration.

I am, Sir, very respectfully, your obedient servant,

Very truly yours,

John D. Long

Secretary of the Navy

Enclosed for you are two copies of the report of the

Board of Naval Commissioners, dated the 10th inst.

and containing the results of their investigation into the

charges against the late Captain John D. Long.

I am, Sir, very respectfully, your obedient servant,

Very truly yours,

John D. Long

Secretary of the Navy

Enclosed for you are two copies of the report of the

Board of Naval Commissioners, dated the 10th inst.

and containing the results of their investigation into the

charges against the late Captain John D. Long.

I am, Sir, very respectfully, your obedient servant,

Very truly yours,

John D. Long

Secretary of the Navy

Enclosed for you are two copies of the report of the

Board of Naval Commissioners, dated the 10th inst.

and containing the results of their investigation into the

charges against the late Captain John D. Long.

I am, Sir, very respectfully, your obedient servant,

Very truly yours,

John D. Long

Secretary of the Navy

Professor Alfred Weber

Heidelberg
Bachstraße 24

29. 10.49

Herrn Oberbürgermeister
Dr. H. H e i m e r i c h
H e i d e l b e r g

- 1. Nov. 1949

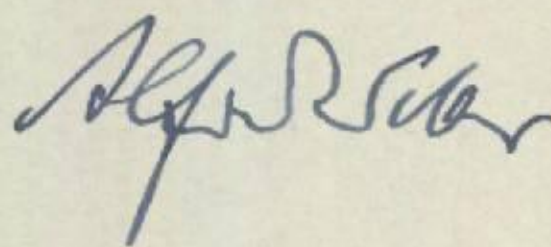
Sehr verehrter Herr Dr. Heimerich,

Mit Freuden höre ich von Herrn Präsident Dr. Walz, dass Sie bereit sind, dem kleinen organisierenden Kreis der Aktionsgruppe Heidelberg beizutreten. Sie werden durch Herrn Dr. Walz über den informellen Typ unserer Gruppe ins Bild gesetzt sein, und ich darf vielleicht annehmen, dass Sie auch ungefähr eine Vorstellung über unsere allgemeinen in aller Bescheidenheit verfolgten Absichten haben.

Als ältestes Mitglied der Gruppe darf ich ~~ga~~ der ganz besonderen Genugtuung Ausdruck geben, dass Sie Ihre Erfahrungen, Ihre geistige Beweglichkeit und Ihre Initiative unserem engeren, die Tagungen vorbereitenden Kreis zur Verfügung stellen wollen. Ich freue mich gleichzeitig persönlich sehr auf diese Weise wieder die Gelegenheit etwas häufigerer persönlicher Berührung mit Ihnen zu gewinnen.

Mit verbindlichster Empfehlung

Ihr



29. Nov. 1949

DR. IUR. H. WELLHAUSEN

NÜRNBERG 4, 27.11.1949

Fürther Straße 1

MASCHINENFABRIK AUGSBURG-NÜRNBERG A.G.

Z.Zt. Frankfurt/Main

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Dr. h. c. Heimerich

M a n n h e i m

K 7 - Stadtverwaltung

Sehr verehrter Herr Heimerich,

gelegentlich meines gestrigen Besuches erlaubte ich mir, Sie auf das Angebot aufmerksam zu machen, das die MAN Nürnberg, Abteilung Lastwagenbau, Ihrer Stadtverwaltung vor kurzem auf die Lieferung von Obussen gemacht hat. Abweichend von dem bei uns Üblichen haben wir, um Ihnen den Entschluß zu erleichtern, und um bei uns die Obus-Fertigung nicht abreißen zu lassen, Zahlungsbedingungen vorgeschlagen, die unter Verzicht auf eine Anzahlung nach Ansicht meiner Herren es gestatten, innerhalb von 18 Monaten nach Lieferung in gleichen Monatsraten aus den Einnahmen dieses Obusbetriebes die Zahlungen zu leisten. Daß das für eine Firma, die langfristige Kredite bisher nicht hat übernehmen können, nicht leicht ist, wird Ihnen bei der bekannten Kreditlage ohne weiteres einleuchten.

Darf ich noch bemerken, daß Mannheim vor der Währungsreform einen Auftrag auf 10 Obusse erteilt hatte, der dann gemäß der bekannten Ermächtigungen im Währungsgesetz wieder annulliert werden mußte.

Ich würde es dankbar begrüßen, wenn Sie im Interesse meiner Firma dieser Sache Ihre Aufmerksamkeit schenken würden.

Im übrigen habe ich bei meiner gestrigen Abendunterhaltung mit unserem gemeinsamen Freunde Hilpert öfter an den mir entgangenen Genuß der Aufführung von "Hoffmanns Erzählungen" gedacht.

Mit besten Empfehlungen bin ich

Ihr

für Dr. Wellhausen (abgereost)

H. Herbert

(Herbert)

Mannheim, den 1. Dezember 1949.

An Referat II.

Es handelt sich bei Herrn Dr. W e l l h a u s e n um den bekannten Bundestagsabgeordneten der FDP. Ich habe mit ihm im Steuerausschuß des Wirtschaftsrats zusammen gearbeitet. Herr Dr. Wellhausen ist ein kluger Mann von Einfluß, aber auch von einem gewissen Entgegenkommen. Die Aufrechterhaltung ^{von} ~~der~~ guten Beziehungen zu ihm könnten auch der Stadt Mannheim in der Zukunft nützen.

Ich bitte um Stellungnahme.

Oberbürgermeister

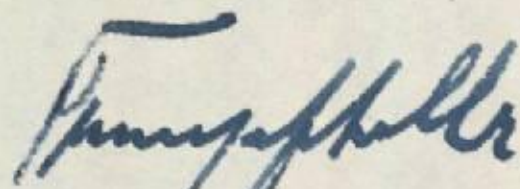
Sh.

Mannheim, den 2. Dezember 1949

An den Herrn Oberbürgermeister.

Bei der städt. Strassenbahn und der OEG besteht, wie ich Ihnen schon mitgeteilt habe, dringendster Bedarf an Fahrzeugen. Jedoch müssen die jetzt der Strassenbahn und auch die der OEG in Aussicht gestellten Mittel zur Beschaffung von Schienenfahrzeugen verwendet werden.

Obusfahrzeuge wären gleichfalls für beide Unternehmen ein dringender Bedarf. Die Verbindungslinie Waldhof-Käfertal-Feudenheim mit einer eventl. Weiterleitung nach Friedrichsfeld und von dort nach Mannheim ist längst projektiert. Die Linie nach Rheinau, bei der es einer alsbaldigen Erneuerung der Gleise bedarf, die in die Casterfeldstrasse verlegt werden müssen, beabsichtigen wir gleichfalls als Obuslinie einzurichten, die dann auch den Stadtteil Almenhof-Lindenhof mit betreuen würde. Es fehlt aber, wie überall, an Geld. Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass wir entweder die erforderlichen Fahrzeuge beschaffen können oder wir können unsere Konzessionen, die uns berechtigen, allein den Verkehr in Anspruch zu nehmen, nicht aufrecht erhalten. Das Angebot, in 18 Monatsraten aus den Einnahmen zu bezahlen, ist nur problematisch, insbesondere bei der Strassenbahn, bei der ja der Haushalt einen wesentlichen Defizitbetrag aufweist.



Bürgermeister.

am 2. Dezember 1949

An den Herrn Oberbürgermeister.

Bei der Stadt. Straßenbahn und der OEG besteht, wie ich Ihnen schon mitgeteilt habe, dringender Bedarf an Fahrzeugen. Jedoch müssen die jetzt der Straßenbahn und auch die der OEG in Anspruch genommenen Wagen zur Beschaffung von Schienenfahrzeugen verwendet werden.

Obstfahrzeuge werden gleichfalls für beide Unternehmen ein dringender Bedarf. Die Verbindungsstraße Waldhof-Kaiserfeld und von dort nach Mannheim ist längst projektiert. Die Linie nach Rheinau, bei der es einer absehbaren Erneuerung der Gleise bedarf, die in die Gasterfeldstraße verlegt werden müssen, beschleunigen wir gleichfalls als Obuslinie einzurichten, die dann auch den Stadtteil Altmühl-Lindenhof mit betreten würde. Es fehlt aber, wie überall, an Geld. Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass wir an weder die erforderlichen Fahrzeuge beschaffen können oder wir können unsere Konzeptionen, die uns beschleunigen, allein den Verkehr in Anspruch zu nehmen, nicht erreicht werden. Das Angebot, in 18 Monaten aus den Einnahmen zu bezahlen, ist nur problematisch, insbesondere bei der Straßenbahn, bei der der der Menschheit einen wesentlichen Beitrag leistet.

Mitgrüßend.

7. Dezember 1949

1.) An Herrn Dr. H. Wellhausen, Nürnberg 4 Fürtherstr. 1

Sehr verehrter Herr Dr. Wellhausen !

Ich komme heute zurück auf Ihren Brief an mich vom 27. November.

Bei der Städtischen Straßenbahn in Mannheim und bei der OEG, die der Stadt Mannheim gehört, besteht ein sehr dringendes Bedürfnis an Fahrzeugen. Jedoch müssen wir in erster Linie Schienenfahrzeuge beschaffen. Schon hierfür reichen unsere Mittel kaum aus. Auch Obus-Fahrzeuge brauchen wir, insbesondere mit Rücksicht auf die vielen Tages- und Wochenendpendler, die die Stadt Mannheim aufzuweisen hat. Die Schwierigkeit liegt ausschließlich bei der Bezahlung. Unsere Straßenbahn, die auch Obus-Fahrzeuge laufen läßt, ist z.Zt. ein Defizitbetrieb. Ein Angebot, eine Rechnung in 18 Monatsraten aus den Einnahmen zu bezahlen ist ^{daher} ebenso für uns sehr problematisch. Wir müßten eben einen längeren Kredit für die Beschaffung der notwendigen Fahrzeuge haben. Vielleicht kann uns die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg einmal ein Angebot in Verbindung mit einem Kredit machen, dessen Annahme wir verantworten können.

Wenn Sie wieder einmal durch Mannheim kommen sollten, bitte ich sehr um Ihren Besuch.

Mit freundlicher Begrüßung bin ich

Ihr ergebener

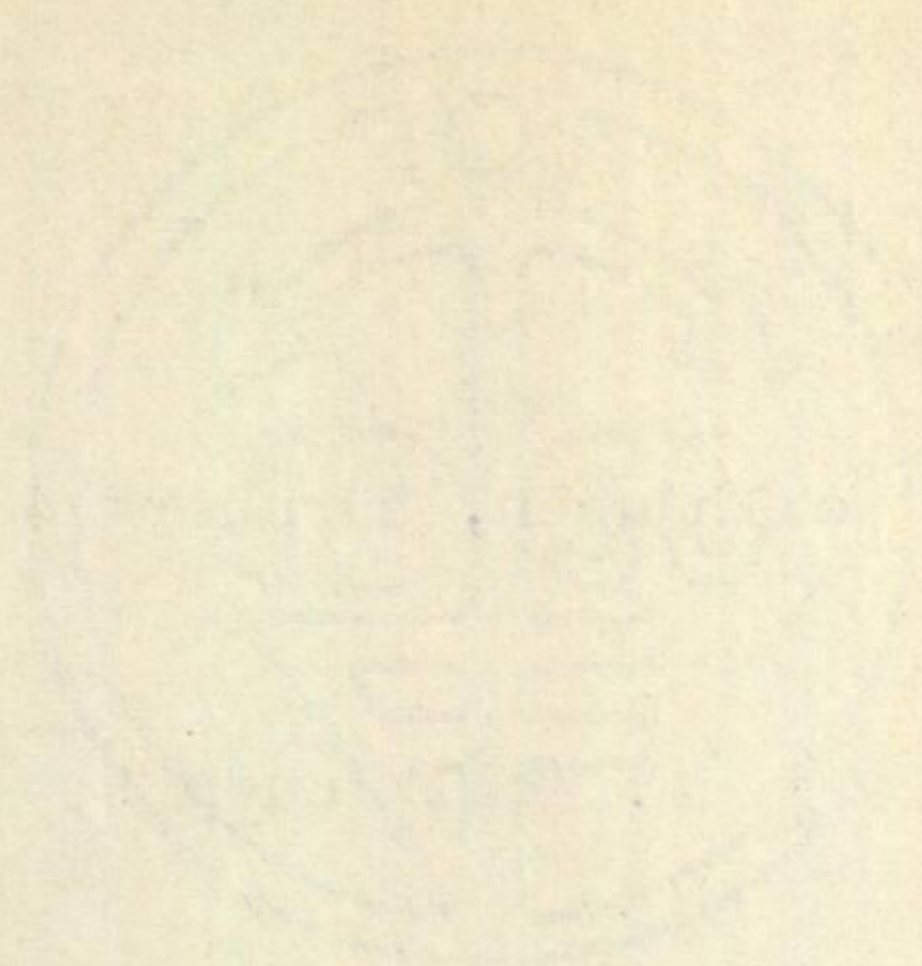
2.) W.V. 17.12.49⁵⁰

Obgmstr.

Lh.
g. Ablegen

10.1.

54.



U.S. DEPT. OF THE INTERIOR
BUREAU OF LAND MANAGEMENT
WASHINGTON, D.C.

Mannheim, den 3. Oktober 1949.

Herr Oberbürgermeister !

sollen die durch den öffentlichen Anwalt für Wiedergutmachung überlassenen Akten Witzenhausen

- a) ohne Kommentar durch mich persönlich an Herrn Beiler
- b) mit folgendem Anschreiben durch die Post zurückgegeben werden ?

Anschreiben:

Anliegend gebe ich die mir durch Herrn Beiler behändigten Akten Witzenhausen nach Einsichtnahme und Prüfung zurück. Ich habe Herrn Witzenhausen persönlich empfangen, und sehe keine Veranlassung zu einer Abänderung des seitherigen Standpunktes der Stadtverwaltung. Es ist Herrn Witzenhausen nicht gelungen, und es wird ihm auch nicht gelingen, zu beweisen, daß die Stellungnahme der Stadtverwaltung durch die von ihm angeführten Gründe verursacht wurde.

Witz

7. 8. Nov. 1949

Städtische Volksbücherei
Mannheim

Mannheim, den 17.11.1949

Sernspredher Rathaus ~~35194~~ 45151
Nebenanfluß ~~35X~~ 457

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Dr.h.c. H. Heimerich
M a n n h e i m
Rathaus K 7

K / gy

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Am gestrigen Tage habe ich die Leitung der Städtischen Volks- und Musikbücherei übernommen. In Freude über das neue Arbeitsgebiet, das mir nicht nur eine Möglichkeit neuen Wirkens, sondern auch eine Herzensangelegenheit ist, danke ich Ihnen, hochverehrter Herr Oberbürgermeister, für das geschenkte Vertrauen, das ich in der Amtsübertragung erblicken darf. Ich weiss das Vertrauen zu schätzen und ich bin voll des besten Willens, es zu rechtfertigen. Es wird mich anspornen, im Sinne Goethes die Forderung des Tages zu erfüllen. Ich werde meine ganze Arbeitskraft für den Aufbau des Volksbüchereiwesens einsetzen, damit eine grosse Tradition fortgesetzt und zu neuer Blüte gebracht wird: zum Wohle der Bevölkerung und zum Ruhme meiner Vaterstadt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

V. Ludwig

Kannheim, den 17. 11. 1947

Städtische Volkshochschule

Kannheim

Postfach 100
Kannheim

Herrn Oberbürgermeister
St. B. u. O. H. Heister

Kannheim

Postfach 100

Herrn Oberbürgermeister

An geehrten Herrn! Ich habe die Leitung der Stadtbibliothek und Stadtbücherei übernommen. Ich werde mich bemühen, die Arbeit der Stadtbibliothek, die mir nicht nur eine Möglichkeit bietet, sondern auch eine Verantwortung ist, dankbar zu empfangen. Ich werde mich bemühen, die Stadtbibliothek, die mir nicht nur eine Möglichkeit bietet, sondern auch eine Verantwortung ist, dankbar zu empfangen. Ich werde mich bemühen, die Stadtbibliothek, die mir nicht nur eine Möglichkeit bietet, sondern auch eine Verantwortung ist, dankbar zu empfangen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

W. Heister

DR. WICHER

Rechtsanwalt am Landgericht Frankfurt am Main · Steuerberater
(16) Bad Homburg Brendelstrasse 18. Auf 2308. Postscheck Ffm 8743.
Am 2. Dezember 1948.

Herrn Rechtsanwalt
Dr. Dr. Meimerich
(17a) Heidelberg
Neuenheimer Landstrasse 4.

4. Dez. 1949

Sehr geehrter Herr Kollege !

In aller Eile übersende ich Ihnen heute abend noch die Steuer-
tabelle für das erste Halbjahr 1948, die mir Fräulein Lammers
vor der Sitzung des Wirtschaftsrates gerade noch aushändigte.

Mit den besten Grüßen bleibe ich
in kollegialer Hochachtung
Ihr ergebener

Wicher

Tabelle von mir unterschrieben
W

100

100

100

100

100

100

100

14. Juli 1949 .

ditte
Dr.H./M.

Herrn
Rechtsanwalt
Dr. W i c h e r
Bad H o m b u r g
Brendelstrasse 18

Sehr geehrter Herr Kollege Wicher !

Besten Dank für Ihren Brief vom 8.Juli 1949, den ich nach Rückkunft von einer kurzen Schweizer Reise vorgefunden habe . Die Personalverhältnisse in Mannheim sind schwierig, wie in fast allen grösseren Kommunalverwaltungen. Jüngere Juristen wären sehr erwünscht . Aber auch wenn die Wahl glatt vonstatten geht, so könnte ich doch nicht gut vor einem halben Jahr eine Personaldisposition treffen . Dann würde ich natürlich sehr gerne an Sie denken .

Ich werde mich auch nach meiner Wahl für eine längere Übergangszeit noch um mein Büro kümmern und werde natürlich auch die Arbeit beim Betriebs-Berater weiterführen . Denn alle Brücken zu einer unabhängigen Tätigkeit will ich nicht abbrechen .

Der Unglückswurm B r a u n macht mir viel Arbeit .

Mit kollegialen Grüßen
verbleibe ich
Ihr

(Dr. Heimerich)

DR. WICHER

Rechtsanwalt am Landgericht Frankfurt am Main · Steuerberater
(16) Bad Homburg Brendelstrasse 18. Ruf 2308. Postscheck Ffm 8743.

Am 8. Juli 1949.

Herrn Rechtsanwalt
Dr. Dr. Heimerich
(17a) Heidelberg
Moltkestrasse 33a.

Sehr geehrter Herr Kollege!

In Journalistenkreisen verdichtet sich die Nachricht, dass Mannheim Sie als Oberbürgermeister gewinnen möchte. Wenn dieser Brief Sie erreicht, ist Ihre Wahl vermutlich schon gesichert. Zu dieser Wahl kann man die Stadt Mannheim nur beglückwünschen. Sie selbst erwarten wohl schwere Aufgaben.

Sollten Sie zu deren Bewältigung einen Mitarbeiter suchen, der nicht nur gediegen arbeitet, sondern darüber hinaus zuverlässig und Ihnen persönlich verbunden ist, so prüfen Sie bitte, ob ich dafür in Frage käme. Natürlich ahne ich nicht, ob Sie einen persönlichen Referenten, einen Pressereferenten, einen Juristen oder einen Verwaltungsmann brauchen. Nur bitte ich, zu berücksichtigen, dass ich mit 44 Jahren nicht ganz unten auf der Stufenleiter anfangen möchte.

Falls diese Angaben noch nützlich sind: ich habe beide Staatsprüfungen in Preussen mit der Note "gut" bestanden und musste 1933 aus dem Staatsdienst ausscheiden wegen meiner früheren Zugehörigkeit zur SPD.

Selbstverständlich bin ich jederzeit bereit, Sie zu einer Rücksprache in Frankfurt oder Heidelberg aufzusuchen, wenn Sie dies wünschen.

Nicht besonders hervorzuheben brauche ich wohl, dass ich den BB nicht "aufsitzten" lassen möchte. Aber gerade in diesem Augenblick ist es vielleicht besonders leicht möglich, meine Tätigkeit auf einen Nachfolger überzuleiten.

(16) und Kommandant Brandelstrasse 15. Auf 2500. Postfach 1111 1111.

Mit kollegialer Hochachtung bleibe ich

Ihr ganz ergebener

Herrn Nachbarn

Dr. Dr. Heinrich

Müller

Kollatschstrasse 300.

Sehr geehrter Herr Kollege!

In Journalistenkreisen verbreitet sich die Nachricht, dass Mannheim Sie als Oberbürgermeister gewinnen möchte. Wenn dieser Brief Sie erreicht, ist Ihre Wahl vermutlich schon gesichert. Zu dieser Wahl kann man die Stadt Mannheim nur glücklich wünschen. Sie selbst erwarten wohl schwere Aufgaben.

Sollten Sie zu deren Bewältigung einen Mitarbeiter suchen, der nicht nur gediegen arbeitet, sondern darüber hinaus zuverlässig und Ihnen persönlich verbunden ist, so bitten Sie bitte, ob ich für in Frage komme. Natürlich ohne ich nicht, ob Sie einen persönlichen Referenten, einen Pressereferenten, einen Juristen oder einen Verwaltungsmann brauchen. Nur bitte ich, zu berücksichtigen, dass ich mit 40 Jahren nicht ganz unten auf der Stufenleiter anfangen möchte.

Wäre diese Angabe noch nützlich sind: Ich habe einige Staatsprüfungen in Preussen mit der Note "gut" bestanden und musste 1933 aus dem Staatsdienst ausscheiden wegen meiner Trübsal von Ungebürlichkeit zur SPD.

Selbstverständlich bin ich jederzeit bereit, Sie zu einer Rücksprache in Frankfurt oder Heidelberg aufzusuchen, wenn Sie dies wünschen.

Nicht besonders hervorzuheben brauche ich wohl, dass ich den für nicht "zufälligen" lassen möchte. Aber gerade in diesem Augenblick ist es vielleicht besonders leicht möglich, weil die Tätigkeit auf einen Nachfolger überzuleiten.

DIREKTION
DER
STÄDT. KRANKENANSTALTEN

Prof. Dr. Zenker

MANNHEIM, 28.9.49

3. Okt. 19

Herrn

Oberbürgermeister Dr. h.c. Heimerich

M a n n h e i m

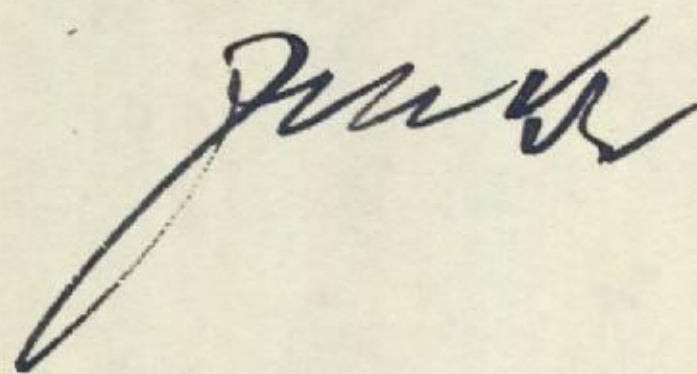
Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister!

Infolge meiner Abwesenheit von Mannheim und Heidelberg während meines Urlaubs im August d.J. fand ich nicht Gelegenheit, Ihnen zu Ihrer Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Mannheim zu gratulieren. Ich wollte dies persönlich nach meinem Urlaub nachholen, weshalb ich Anfang September in Ihrem Büro anfragen liess, wann ich Sie, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, aufsuchen könnte. Da mir bisher ein Zeitpunkt noch nicht genannt wurde, erlaube ich mir, Ihnen meine Bitte, Sie aufsuchen zu dürfen, nochmals vorzutragen und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Nachricht geben würden, wann Sie mich empfangen können.

Mit den besten Empfehlungen bin ich

Ihr

sehr ergebener



7.10. 15 Uhr
